Arbeitsschutz in China Seite 8

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 25 vom 19. Juni 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

Chef des südafrikanischen Regimes besucht Bonn und Hamburg

Rassist Vorster raus aus Deutschland!

In dieser Woche besucht der Chef des südafrikanischen rassistischen Regimes, Vorster, unser Land. Er will hier eine Konferenz seiner europäischen Botschafter abhalten. Wichtiger noch, Vorster trifft sich in Bonn mit Bundeskanzler Helmut Schmidt und in Hamburg mit dem amerikanischen Außenminister Kissinger. Vorster ist ein Verbrecher, der im Dienst der Imperialisten steht. Sein Name und das von ihm verkörperte rassistische Regime sind bei den Völkern der ganzen Welt verhaßt. Die Werktätigen der Bundesrepublik haben kein Interesse am Besuch dieses Rassisten. Er hat hier nichts zu suchen.

Unser Volk wünscht die Freundschaft mit den Völkern von Azania und Namibia, aber nicht mit dessen Unterdrückern, den südafrikanischen Rassisten. Wir begrüßen die wirklichen Vertreter des Volkes von Azania, die Genossen des „Pan Africanist Congress" in unserem Land.

Es lebe die Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und den Völkern von Azania und Namibia!

Rassist Vorster, raus aus Deutschland!

In Südafrika und Namibia leben über 20 Millionen Afrikaner. Sie werden von der kleinen Schicht weißer Siedler, Großgrundbesitzer und Kapitalisten grausam unterdrückt und ausgeplündert. Gemäß der herrschenden rassistischen Ideologie sind sie für die weißen Herren Untermenschen, Sklaven, die zu gehorchen und zu arbeiten haben. Die Regierung hat sie in öde, unfruchtbare Gebiete gepfercht, die sie zynisch als „Heimatländer" der Afrikaner bezeichnet, während es in Wirklichkeit schwerbewachte KZs sind, in denen viele am Hunger sterben. Die Schulen, Parks, Strände und Kinos der Weißen sind für die Afrikaner verboten. Sie müssen jede Arbeit, die ihnen aufgetragen wird, für einen Hungerlohn annehmen. Wer sich weigert, wird ins Gefängnis gesperrt oder zu Zwangsarbeit verpflichtet. Jeder Widerstand, jeder Streik ist verboten und kann mit dem Tod bestraft werden. „Südafrika ist in der Tat, was die Afrikaner betrifft, ein Zwangsarbeitslager", heißt es in einem Bericht der UNO. **Millionen rechtloser Afrikaner für die Profite der weißen Oberschicht und der internationalen kapitalistischen Konzerne schuften zu lassen – darin besteht das Wesen des rassistischen Regimes in Südafrika und Namibia.**

Es ist durchaus kein Zufall, daß der Rassist Vorster gerade in die Bundesrepublik kommt, um sich hier mit Kissinger, Schmidt und Genscher zu treffen. Schließlich sind es vor allem die amerikanischen Imperialisten, die das rassistische Regime in Südafrika gegen den Befreiungskampf der Völker von Azania und Namibia in jeder Hinsicht unterstützen, wobei sie Südafrika gleichzeitig als Stützpunkt im Kampf gegen das Vordringen der russischen Sozialimperialisten in Afrika benutzen. Und schließlich sind es auch die westdeutschen Imperialisten, die diesem Regime jede erdenkliche Hilfe geben. Über 5 000 westdeutsche Betriebe haben Zweigstellen oder Niederlassungen in Südafrika, darunter alie großen westdeutschen Monopole, wie Bayer Leverkusen, Hoesch, Krupp, Thyssen und VW. Sie ziehen aus der Ausbeutung der Afrikaner Millionenprofite. Die westdeutschen Imperialisten lieferten sogar Verfahren und Anlagen zur Herstellung von Atomwaffen, Luftabwehrraketen und dreihundert Leopardpanzer. Vorster Besuch hier bei uns hat keinen anderen Zweck, als mit seinen besten Freunden neue Machenschaften gegen die Völker von Azania und Namibia auszuhecken.

Denn die Völker haben sich erhoben und versetzen dem Regime Schlag auf Schlag. Unterstützen wir den Kampf der Völker von Namibia und Azania, indem wir alle gegen ihre Freiheit gerichteten Machenschaften des westdeutschen Imperialismus enthüllen und bekämpfen. Dieser Räuber wird aber sein Wesen niemals ändern. Nur sein Sturz durch die sozialistische Revolution wird die Völker von diesem Ausbeuter befreien!



Genosse Günter Routhier

2. Todestag des Genossen Günter Routhier

Wir werden Genossen Günter nie vergessen!

Am 18. Juni jährt sich zum 2. Mal der Todestag unseres Genossen Günter Routhier, Mitglied der KPD/ML. Genosse Günter Routhier starb an den schweren Mißhandlungen, die ihm Polizisten bei einem systematisch vorbereiteten, brutalen Polizeieinsatz im Duisburger Arbeitsgericht zugefügt hatten. Genosse Günter wurde von den Duisburger Polizisten ermordet. Gegen Genossen unserer Partei und anderer revolutionärer Organisationen und gegen andere fortschrittliche Menschen, die die Wahrheit über den Polizeimord an Günter verbreitet haben, wurden inzwischen über 500 000 DM Geldstrafe und 43 Monate Gefängnis verhängt. Günters Mörder aber laufen frei herum. Denn sie handelten, wie die Duisburger Staatsanwaltschaft erklärte, in „pflichtgemäßer und rechtmäßiger Amtsausübung".

Der terroristische Polizeieinsatz im Duisburger Arbeitsgericht ist ohne seine Vorgeschichte nicht richtig zu verstehen. Nur vor diesem Hintergrund wird klar, daß Günters Ermordung nicht die mehr oder weniger zufällige Folge von „Übergriffen" einiger besonders sadistischer Polizisten war, sondern Ergebnis des systematisch gesteigerten Terrors der Polizei und des gesamten Staatsapparates gegen unsere Partei.

Die Partei war in den letzten Jahren zu einem Begriff für die Arbeiterklasse in Duisburg geworden. Duisburg wird beherrscht von den Stahlkonzernen Thyssen und Mannesmann. Gerade unter den Kollegen der großen Stahlbetriebe konnte die Partei ihren Einfluß vergrössern. Bei Thyssen war durch den gemeinsamen Kampf der Partei und der Kollegen die Entlassung Günter Wagners, der von der Polizei verschleppt worden war, verhindert worden. Bei Mannesmann hatte sich

Fortsetzung auf S. 9

Die zwei Supermächte schüren den Krieg

Die Lage im Libanon spitzt sich weiter zu

Im Libanon gehen die heftigen Gefechte überall und besonders in den großen Städten wie Beirut, Tripolis, Saida und anderen weiter. An diesen Gefechten sind auch die syrischen Truppen beteiligt, die in den Libanon eingedrungen sind und weiter auf das Zentrum von Beirut vorrücken.

Der syrische Präsident Assad begründete die Intervention seiner Truppen mit der dringenden Notwendigkeit, den Bürgerkrieg im Libanon zu beenden. Tatsache ist aber, wie der Vorsitzende der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yassir Arafat, vor der Presse

Fortsetzung auf S. 2, Spalte 1

Neue Paragraphen gegen Revolutionäre

Staatsschutzgesetze werden verschärft

Der Bundestag hat die Verabschiedung neuer faschistischer Gesetze, der sogenannten „Antiterroristengesetze", für den 24. Juni festgelegt. Die CDU ruft nach „mehr Sicherheit" und nennt das Gesetz „zu lau". Die SPD/FDP dagegen spielt sich auf als Bewahrerin der „Rechtsstaatlichkeit" und will angeblich nicht zu streng verfahren. Mit diesem Theater soll eines vertuscht werden: Alle Parteien der Bourgeoisie sind sich einig, daß die Verfolgung von Revolutionären, von fortschrittlichen, revolutionären und kommunistischen Organisationen insgesamt erheblich verschärft werden soll, daß die Faschisierung des bürgerlichen Staatsapparates mit Macht vorangetrieben wird.

Sehen wir uns doch einmal genauer an, wie diese Gesetze aussehen und welche Rolle sie im Klassenkampf spielen sollen!

Bekannt ist der berüchtigte Paragraph 129, der die „Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung" unter Strafe stellt. Wir wissen, daß dieses Gesetz so gut wie nie gegen Kriminellenbanden benutzt wurde, daß dagegen Mitglieder und Sympathisanten der RAF auf dieser Grundlage angeklagt und verurteilt wurden, daß Anzeigen gegen Hausbesetzer, gegen die Rote Hilfe und auch schon gegen unsere Partei wegen dieses Paragraphens ergangen sind.

Aber das genügt der Bourgeoisie heute nicht mehr. Einer neuer Paragraph 129 a erfaßt gesondert „terro-

Fortsetzung auf S. 7, Spalte 1

AUS DEM INHALT

DDR 1953
Wie kam es zum 17. Juni?

Am 17. Juni begehen die westdeutschen Imperialisten wieder ihren „Tag der deutschen Einheit". In ihren reaktionären Feiertagsreden gedenken sie des konterrevolutionären Aufstandes vom 17. Juni 1953. Sie behaupten, die Bevölkerung hätte sich an diesem Tage gegen das „totalitäre Regime", gegen die „stalinistische Diktatur" erhoben, was beweisen würde, wie unmenschlich der Sozialismus sei.

Dabei nutzen sie den Haß der Bevölkerung auf das sozialfaschistische Honecker-Regime aus, um ihre antikommunistische Hetze zu verbreiten, und geben die heutige DDR als sozialistisch aus. Doch weder ist die DDR heute ein sozialistisches Land, noch stimmen die Behauptungen über den 17. Juni 1953.

Der Aufstand am 17. Juni 1953 war ein von den USA-Imperialisten und den westdeutschen Monopolherren gelenkter, langvorbereiteter, konterrevolutionärer Anschlag auf die damals noch sozialistische DDR. Das Ziel des Aufstandes war es, den Sozialismus in der DDR von innen her zu zerschlagen, den Kapitalismus zu restaurieren und die DDR in die Fänge der westdeutschen Monopole und in die Einflußzone des amerikanischen Imperialismus zu zwingen.

Schon lange vor dem 17. Juni wurden amerikanische und westdeutsche Agenten in die DDR geschleust, die sich in der DDR mit den reaktionären Elementen verbanden, Sabotageakte verübten und den Aufstand mit angezettelt haben. Die westliche Presse entfaltete eine großangelegte Propagandakampagne gegen die DDR. Beim Bonner Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen wurde unter Führung von Minister Jacob Kaiser der „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands" gegründet. Die Aufgabe dieses Forschungsbeirats bestand darin, schreibt die „Frankfurter Allgemeine" vom 26. 3. 53, „... daß nach dem Tage X, dem Tag der Wiedervereinigung, eine Fülle von Fragen auftauchen, die sofort gelöst werden müssen. Dazu ist es notwendig, sorgfältig zu erwägen, welche Einrichtungen in der sowjetischen Zone sofort abgeschafft werden müssen, welche Einrichtungen langsam verschwinden und welche im Grundgedanken erhalten bleiben sollen. Deshalb wird es die vordringlichste Aufgabe des Forschungsbeirats sein, einen Plan zur Sicherung der Arbeitsplätze, der Rohstoffversorgung und der Erschliessung neuer Märkte und der Kredithilfe auszuarbeiten."

Ein weiterer Beweis für den geplanten Anschlag der westdeutschen Revanchisten und amerikanischen Imperialisten ist die Tatsache, daß fünf Tage vor dem 17. Juni die Nachfrage nach „Ostwerten", das waren die zu Spekulationszwecken noch im Umlauf befindlichen Aktien der in der DDR in Volkseigentum überführten Betriebe wie Siemens, AEG, Bekula u. a. rapide anstieg. In der Hoffnung, daß der geplante Aufstand gelingen würde, hatten die Kapitalisten von Siemens, AEG usw. Order an alle Börsen gegeben, Aktien ihrer ehemaligen Konzerne in der DDR aufzukaufen.

Im Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen wurden bereits Listen der zukünftigen Regierung aufgestellt, eine Art Schattenregierung für den Tag X. Der Bonner Minister für Gesamtdeutsche Fragen Kaiser rühmte sich bereits im März 1953, „der Generalstabsplan" sei „so gut wie fertig", und „der Tag X" könne rascher kommen, „als die Skeptiker zu hoffen wagen." Zu Beginn des Aufstandes tauchten im amerikanischen Sektor in Berlin an der Grenze zu Ostberlin amerikanische Lastwagen mit Benzinflaschen auf, die zur Inbrandsetzung von Gebäuden benutzt wurden.

All das sind Beweise dafür, daß der Aufstand vom 17. Juni von den Imperialisten angezettelt wurde, und es war notwendig, diesen konterrevolutionären Putsch niederzuschlagen. Aber von nichts kommt nichts. Er hätte niemals seine Breite vor allem im Industrieproletariat erreichen können, wenn es für die äußeren nicht auch innere Ursachen gegeben hätte. Und diese inneren Ursachen waren eben darin zu sehen, daß Pragmatismus, Bürokratismus und Administrantentum in Partei und Staatsapparat sich weiter ausbreiteten, karrieristische Elemente an Einfluß gewannen, die die Arbeiter- und Bauernmacht pervertierten. So waren kurz vor dem 17. Juni in der DDR die Arbeitsnormen für die Arbeiter und die anderen Werktätigen erhöht worden, während aber zugleich der Schicht der Intelligenz Privilegien verschafft wurden. So kam am 17. Juni auch zugleich die tiefe Unzufriedenheit der Werktätigen zum Ausdruck. Sie sahen, während sie in den vergangenen acht Jahren aufopferungsvoll, unter Entbehrungen und voller Elan den Sozialismus aufbauten, nun eine bevorzugte intellektuelle Schicht entstand, aus höheren Staats- und Parteifunktionären und bürgerlichen Kapazitäten. Diese Unzufriedenheit der Werktätigen nutzten die Imperialisten bei ihrem Putsch aus. Spätestens nach dem 17. Juni hätte die Regierung der DDR das Ruder herumreißen müssen und diese revisionistischen Fehler schonungslos ausrotten und die marxistisch-leninistische Erziehung vorantreiben müssen. Doch die Regierung der DDR tat nichts von alledem.

Die Tatsache, daß die westdeutschen Imperialisten den 17. Juni zu ihrem Feiertag erklärt haben, das zeigt, daß sie ihre revanchistischen Ziele niemals aufgegeben haben.

Wenn die westdeutschen Imperialisten sich an diesem Tag als die Verteidiger der nationalen Einheit Deutschlands aufspielen und diesen Tag als „Tag der deutschen Einheit" feiern, so verstehen sie darunter nicht ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland, wie es dem Willen des deutschen Volkes entspricht, ohne Mauer und Stacheldraht, ohne Besatzertruppen, ohne Ausbeuter und Unterdrücker, sondern ein Deutschland, in dem sie die Arbeiterklasse und alle Werktätigen in Ost und West ausbeuten können. Die westdeutschen Monopolherren und die westlichen Imperialisten mit dem USA-Imperialismus an der Spitze, sie waren es selbst, die die deutsche Nation gespalten haben, während Genosse Stalin, der Führer der damals sozialistischen Sowjetunion, und die SED für die nationale Einheit Deutschlands gekämpft haben. Inzwischen hat die SED nicht nur den Sozialismus verraten, sondern auch die nationalen Interessen des deutschen Volkes.

Die russischen Sozialimperialisten haben die DDR unter ihre Kontrolle gebracht und haben mit Hilfe des Honecker-Vasallenregimes die DDR in ein sozialfaschistisches Land verwandelt. Für die Arbeiterklasse in der DDR bedeutet das, den Kampf mit dem Ziel der Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats gegen die neue Bourgeoisie zu führen. In Westdeutschland hat die Arbeiterklasse die Aufgabe den westdeutschen Imperialismus zu stürzen und die US-Imperialisten zu vertreiben. Das ist auch die Grundlage, um die nationale Einheit Deutschlands unter Führung der KPD/ML wieder herzustellen und ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland aufzubauen.

Kurz berichtet

DETMOLD

Am 29. und 30. 5. führte die ROTE GARDE Detmold zusammen mit der Gesellschaft der Freunde Albaniens, in Höxter und Detmold je eine Veranstaltung zu Albanien durch. In Höxter kamen 30, in Detmold 16 Jugendliche, um sich einen Film über ein Aktionistenlager anzusehen. Ein Genosse erzählte von seiner Reise in die Volksrepublik Albanien. Die Genossen diskutierten ausführlich mit den Jugendlichen. Zu einer Albanienausstellung, die gleichzeitig stattfand, kamen etwa 60 Besucher. Darunter war auch ein Schüler, der die Genossen einlud, den Film in seiner Klasse während des Geschichtsunterrichts vorzuführen. Das geschah mit großem Erfolg am Tag darauf.

OFFENBACH

Am 21. 5. führten die ROTE GARDE und die KPD/ML eine Veranstaltung zum Prozeß gegen den ROTEN MORGEN durch, zu der etwa 40 Freunde kamen. Am Anfang wurde Genosse Schorsch Schmidt, der am gleichen Tag für eine Woche Gefängnisurlaub erhielt, begeistert begrüßt. Nach der Rede der Partei und einem Beitrag der ROTEN GARDE, den ein Genosse, der früher im KJVD war, hielt, berichtete Genosse Schorsch von seinen Erfahrungen im Gefängnis, wie die politischen Gefangenen hier besonders schikaniert werden, wie aber auch die große Unterstützung und Solidarität ihren Kampfgeist stählt. So hat Genosse Schorsch etwa 2 000 Briefe und Postkarten erhalten. Anschließend spendeten die Veranstaltungsteilnehmer 118,11 DM zur Unterstützung politisch Verfolgter.

KAISERSLAUTERN

Hier wurde zum erstenmal ein Flugblatt der Partei verteilt, in dem die Genossen aus Kaiserslautern die KPD/ML vorstellen und ihre Ziele erläutern. Dabei wurden die Genossen am Ort unterstützt von den Teilnehmern an einem Pfingstzeltlager im Pfälzer Wald, wo die Genossen diesen Einsatz diskutiert und begeistert in Angriff genommen haben.

WESTBERLIN

Vor wenigen Tagen wurde an der Pädagogischen Hochschule eine Parteizelle der KPD/ML gegründet. Trotz der Verfolgung junger Lehrer, die fürchten müssen, keine Stellung zu bekommen, wenn sie sich nicht dem bürgerlichen Staatsapparat unterwerfen, sind die Genossen entschlossen, die Politik der Partei unter den Studenten zu propagieren und enge Verbindungen herzustellen zwischen der Partei und den studentischen Massen. Dabei nehmen sie sich besonders Clara Zetkin als Vorbild, die selbst ihren Beruf als Lehrerin nicht ausüben durfte, weil sie Kommunistin war, und deren schulpolitisches und pädagogisches Wirken ein Teil der Schulpolitik der deutschen Arbeiterbewegung war.

Die Lage im Libanon spitzt sich weiter zu

Fortsetzung von Seite 1

erklärte, daß syrische Panzer und Flugzeuge die palästinensischen Lager im Libanon beschießen. Arafat erklärte weiter, die syrischen Truppen gingen offenbar darauf aus, die palästinensische Widerstandsbewegung zu liquidieren.

Damit hat sich die Lage im Libanon weiter zugespitzt. Seit Ausbruch des Bürgerkrieges bis heute wurden über 25 000 Menschen getötet. Der Sachschaden ist unermeßlich. Wie Beirut sind auch andere Städte des Landes zu Trümmerfeldern geworden. Der internationale Flughafen von Beirut ist geschlossen. Die Bevölkerung des Libanon und die im Libanon lebenden Palästinenser machen unermeßliche Leiden durch.

Die ständige Verschärfung und Verschlechterung der Lage im Libanon und im Nahen Osten überhaupt sind unmittelbare Folgen des Eingreifens der beiden Supermächte, des amerikanischen Imperialismus und des russischen Sozialimperialismus. Es ist bekannt, daß seit Ausbruch des Krieges der amerikanische Sonderbotschafter Dean Brown mehrmals in den Libanon geflogen ist, um die Streitigkeiten zu schüren und eine für den amerikanischen Imperialismus günstige Lage zu schaffen. Die Reise des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin in den Nahen Osten diente keinem anderen Zweck. Zugleich mischten sich auch die französischen Imperialisten ein und drohten mit militärischer Intervention. An den Komplotten und Machenschaften im Libanon sind auch die israelischen Zionisten beteiligt. Einige libanesische Städte wurden in der vergangenen Woche von israelischen Flugzeugen bombardiert.

Die Feinde der arabischen Völker, allen voran die beiden imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion, aber auch die israelischen Zionisten und die arabische Reaktion versuchen mit allen Mitteln, die Einheit der arabischen Völker zu spalten, sie gegeneinander in den Krieg zu hetzen und die palästinensische Sache zu liquidieren.

Die amerikanischen Imperialisten und die russischen Sozialimperialisten haben sogar vor den Küsten des Libanon ihre Kriegsflotten aufmarschieren lassen. Bereits jetzt hat die Zahl der amerikanischen Kriegsschiffe im Mittelmeer 44 erreicht. Die russischen Sozialimperialisten haben im Mai die Anzahl ihrer Kriegsschiffe im Mittelmeer um weitere 15 erhöht. Am 6. Juni schickte die Sowjetunion einen ihrer modernsten Kreuzer vor die libanesischen Küsten. Dieses Kriegsschiff ist mit ferngelenkten Raketen bestückt und an Bord befindet sich der Stabschef der sowjetischen Aggressionsarmee, Kulikow. **Die russischen Sozialimperialisten drohten in einer offiziellen Erklärung, die von der Nachrichtenagentur Tass veröffentlicht wurde, sogar mit einer direkten militärischen Intervention. In der Erklärung heißt es:** *„Was die Mächte betrifft, die unter Hinweis darauf, daß die im Libanon entstandene Situation ihre Interessen berührt, mit direkter militärischer Einmischung in die Angelegenheiten Libanons drohen, ist die Sowjetunion gezwungen, in diesem Zusammenhang zu erklären: Der Raum des Nahen Ostens ist der Sowjetunion viel näher gelegen als jenen, die solche Drohungen äußern ihre Interessen werden in jedem Fall nicht weniger davon berührt, wie sich die Lage in und um Libanon entwickelt und entwickeln wird. Das sollte niemand aus den Augen verlieren."* Das sind offene, unverhüllte Drohungen einer imperialistischen Supermacht, die gleichzeitig versucht, die entstandene Lage auszunutzen, um ihr Projekt einer „Genfer Friedenskonferenz" wieder ins Spiel zu bringen, von der sie sich eine Verstärkung ihres Einflusses im Nahen Osten verspricht, von der sie sich gleichzeitig verspricht, die Palästinenser dazu zu bringen, auf die Befreiung ihrer Heimat zu verzichten und sich mit einem Teilstaat abzufinden. Angesichts der Tatsache, daß die amerikanischen Imperialisten mehrmals erklärt haben, ein zweites Angola niemals zuzulassen, muß man die Situation im Libanon als äußerst kritisch beurteilen. Das ist das Ergebnis der Rivalität der beiden Supermächte in diesem Raum.

Angesichts der Situation im Libanon hat der Sonderrat der Arabischen Liga eine Reihe von Sitzungen abgehalten. Zu ihrem Abschluß wurden Resolutionen angenommen, in denen die Einstellung der Kämpfe und die Entsendung einiger symbolischer Truppen der arabischen Länder gefordert wird, um die Aussöhnung herzustellen.

Die Lage, in der sich jetzt die arabischen Völker und insbesondere die Völker des Libanon und Palästinas befinden, ist nicht leicht. Aber ungeachtet der Schwierigkeiten und Hindernisse, die jetzt bestehen, der Rückschläge, die der Kampf der arabischen Völker erleiden mag, ist ihre gerechte Sache letzten Endes unbezwingbar.

Offen gesagt ...
Augenwischerei!

Den „Verbrechern mit dem weissen Kragen", war vor wenigen Tagen in den Zeitungen zu lesen, soll jetzt das Handwerk gelegt werden. Der Bundestag hat mit Einstimmigkeit ein „Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität" beschlossen. Um was geht es dabei? Es geht, wie das Bundeskriminalamt feststellt, um alljährlich 20 Milliarden DM, die durch Wirtschaftskriminalität von verschiedenen Kapitalisten zusammengerafft werden – sei es durch Kreditbetrug, durch betrügerischen Bankrott oder durch Subventionsbetrug. Die Staatsanwaltschaft Hannover spricht sogar von 50 Milliarden DM Schaden im Jahr. Dagegen betrug die Gesamtsumme des durch gewöhnlichen Diebstahl und Raub gestohlenen Vermögens 1974 1,1 Milliarden DM. Dieser Vergleich zeigt sehr anschaulich, daß – selbst nach den Kriterien des bürgerlichen Gesetzbuches – die wirklichen Schwerverbrecher in den Reihen der Kapitalistenklasse zu finden sind. Dennoch sind es nicht etwa die Kapitalisten, sondern die kleinen Diebe, die die Gefängnisse füllen. Was kann deutlicher zeigen, in wessen Interesse der bürgerliche Staatsapparat vorgeht, was klarer, daß die Justiz in unserem Staat eine Klassenjustiz im Dienst der Kapitalistenklasse ist.

Und das soll jetzt anders werden? Justizminister Vogel erklärte vor dem Bundestag zu dem neuen Gesetz: Nun wird „Schluß gemacht mit der Vorstellung, man ‚hänge den Kleinen, während man den Großen laufen lasse'". Sollte die Regierung tatsächlich gegen die Verbrechen der Kapitalisten vorgehen? Eher legt eine Henne goldene Eier! Justizminister Vogel betonte denn auch selbst in der Bundestagsdebatte, daß dieses Gesetz sich keineswegs gegen „die Wirtschaft" richtet, sondern „ein Gesetz für die Wirtschaft" sei, da es „korrekte Wirtschaftspartner" absichere. Im Klartext: Es geht überhaupt nicht darum, daß die millionenfachen „Wirtschaftsverbrechen" der Kapitalisten an den Werktätigen bekämpft werden. Besonders klar sagt das die Begründung zu dem Gesetz in der Frage des Subventionsbetrugs. Da heißt es: „Die sozialschädliche Haltung ist hier nicht die Verminderung des (in jedem Fall zur Ausgabe bestimmten) Vermögens, sondern dessen Fehlleitung, somit die Durchkreuzung staatlicher Planung ..." Das heißt: Bestraft werden nicht die Räuber, weil sie das Volk berauben, sondern bestraft werden einige kleinere Räuber, die sich mehr von der Beute nehmen wollen, als die Bandenführer des Großkapitals ihnen zugestehen. Staatliche Planung – das heißt in diesem Zusammenhang nichts anderes, als daß der kapitalistische Staatsapparat diese Raubzüge im Dienst der Kapitalistenklasse organisiert und die Verteilung unter ihnen regelt gemäß den Gesetzen, die das Großkapital, die Herren von Banken und Industrie, selbst festlegen.

Mag Minister Vogel tausende Mal beteuern, gegen Wirtschaftskriminalität vorzugehen – es ist Augenwischerei. Das eigentliche Verbrechen der Kapitalistenherrschaft, die Ausbeutung der Werktätigen durch die Kapitalistenklasse und darüberhinaus die Ausplünderung durch den kapitalistischen Staatsapparat werden niemals per Gesetz beseitigt und unter Strafe gestellt werden. Welcher Räuber wird sich schon selbst aburteilen? Das System der Räuberei, der Kapitalismus, wird nur beseitigt werden können durch den gewaltsamen Sturz der Kapitalistenklasse in der proletarischen Revolution.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

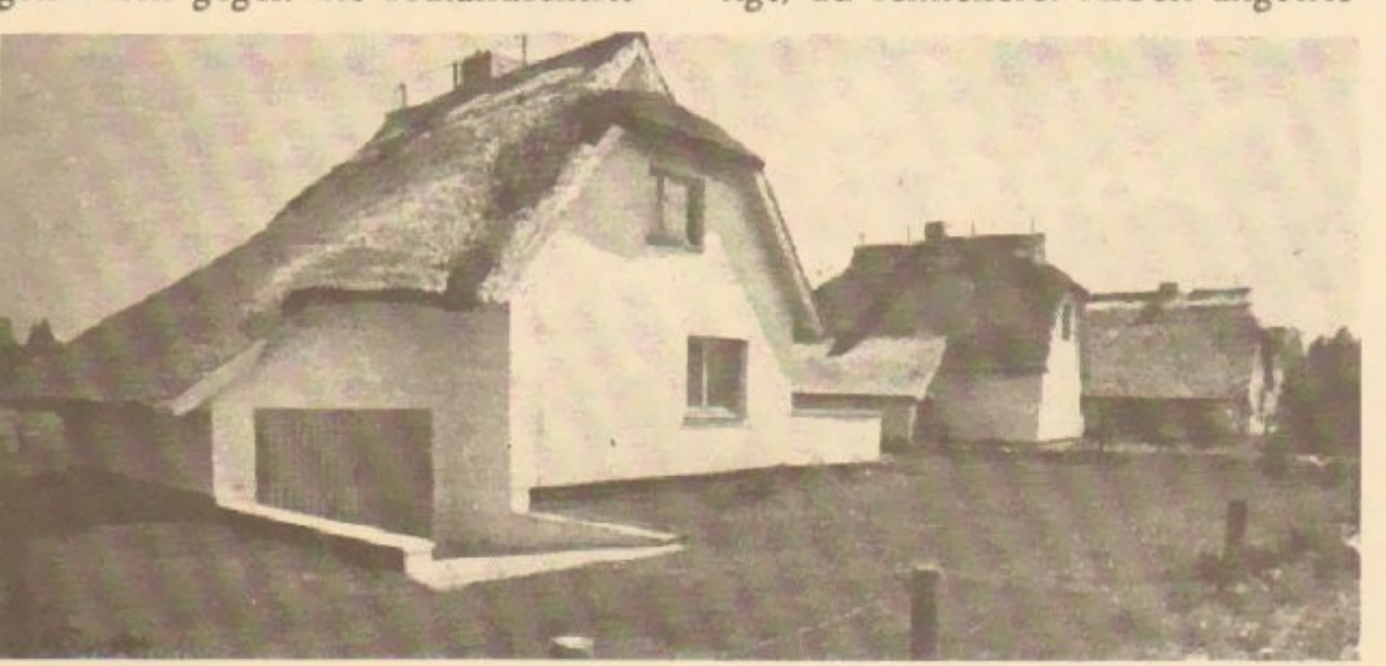
Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Hamburg Druck: Alpha-Druck GmbH, 46Dortmund Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30,-- DM für 1 Jahr, 15,--1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

X. Parlament der FDJ in Ostberlin

FDJ-Führung: Zöglinge der neuen Bourgeoisie

Vom 1. bis 5. Juni wurde in Ostberlin das X. Parlament der FDJ, der Jugendorganisation der revisionistischen SED, abgehalten. Es war kein Zufall, daß dieser Kongreß kurz nach dem IX. Parteitag der SED stattfand: Auch die Jugend soll in der DDR gemäß den Plänen der revisionistischen Honecker-Clique in den nächsten 5 Jahren noch mehr der Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung durch die neue Bourgeoisie in der DDR sowie durch die russischen Sozialimperialisten unterworfen werden. Das zeigten die Reden und Anpsrachen auf diesem Kongreß deutlich.

Es war immer ein ganz besonderes Interesse der sozialfaschistischen Honecker-Clique, sich den Anstrich zu geben, aufs engste mit der Jugend verbunden zu sein. Das ist nicht verwunderlich. Die modernen Revisionisten in der DDR wissen sehr wohl darum, daß die Jugend eine vorwärtsdringende revolutionäre Kraft ist, die stets mit an der Spitze des Kampfes der Arbeiterklasse gestanden hat, und sie fürchten diese Jugend. Sie fürchten, daß die Jugend sich gegen die sozialfaschistische Ausbeutung und Unterdrükkung erhebt und den offenen Kampf gegen das revisionistische Regime aufnimmt. Darin vor allem ist der Grund zu sehen, warum die neue Bourgeoisie in der DDR, warum die Revisionisten-Clique in der DDR mehr als ihre Kapitalistenbrüder im Westen auf die Jugend einzuwirken versucht.



Während die neue Bourgeoisie auf Kosten der Werktätigen an der Ostseeküste bei Wustrow in eigenen Ferien-Bungalows residiert . . .

Die D„K"P-Zeitung „UZ" nahm daher das X. Parlament der FDJ sogleich zum Anlaß, um Reklame für die DDR zu machen und einen „Beweis" zu liefern, daß in der DDR doch der Sozialismus herrsche. Sie berichtete unter dem Titel „In der DDR hat die Jugend was zu sagen" über den Jugendkongreß. Groß wurde darin herausgestrichen, daß man in der DDR „der Jugend Vertrauen schenkt und ihr Verantwortung überträgt". Dreißigjährige würden Betriebe leiten und 41 000 Abgeordnete - nicht älter als 26 Jahre - würden in den Parlamenten sitzen. Betriebsleitung und Abgeordnetensitze — was für Ziele für die Jugend! Hier zeigt sich in aller Klarheit, worauf die modernen Revisionisten der D„K"P aus sind. Auch in Westdeutschland gibt es — wenn auch vielleicht nicht in einem solchen Umfang — 26jährige in Parlamenten und dreißigjährige Betriebsleiter. Aber hat in Westdeutschland die Jugend deshalb etwas zu sagen? **Die Frage ist eben: In wessen Interesse leiten diese Jugendlichen Betriebe, in wessen Interesse sitzen sie in diesen Parlamenten? Diese vergleichsweise kleine Minderheit von Jugendlichen vertritt in Westdeutschland ebenso wie in der DDR die Interessen der Bourgeoisie, die in der DDR mit der Ulbricht- und Honecker-Clique wieder die Macht errungen und den Kapitalismus vollständig restauriert hat.**

Dort auf dem Podium im Palast der Republik in Ostberlin hatte nicht etwa die Jugend etwas zu sagen, sondern dort sprachen junge Bonzen, Karriere-Zöglinge der neuen Bourgeoisie — und vielleicht auch einige betrogene Kinder. Denn dort wurde gegen die Interessen der Arbeiterjugend gesprochen und beschlossen. Da wurden Ergebenheitsadressen an das sozialfaschistische Regime samt seinen Diktatoren in Ostberlin und Moskau verabschiedet. Da wurde geplant und beraten, wie man in den kommenden Jahren die Jugend noch mehr antreiben, noch mehr ausbeuten und ausplündern könne, um die Profite der neuen Bourgeoisie in der DDR und der sowjetischen Oberherren im Kreml zu erhöhen. Ein Jahr lang bereits wurden die Möglichkeiten dafür in einer Kampagne der FDJ unter dem Titel „Parteitagsinitiative der FDJ" erprobt. Die Jugendlichen wurden zu Sondereinsätzen genötigt, zu schnellerer Arbeit angetrieben, was der Bourgeoisie Millionen-Profite erbrachte. Von einem Beispiel berichtete die DDR-Zeitung „Neue Welt" Anfang des Jahres: Als „Beitrag" zum IX. Parteitag der SED-Revisionisten wurden die jugendlichen Bauarbeiter in Ostberlin dazu gebracht, durch Rationalisierungsmaßnahmen, Überstunden usw. die gleiche Arbeit in einer um 375 000 Arbeitsstunden kürzeren Zeit durchzuführen. Für die neue Bourgeoisie bedeutete das 1,6 Millionen Mark Lohn weniger auszuzahlen und in die eigene Tasche zu stecken bzw. 1,6 Mio. DM mehr aus den jugendlichen Bauarbeitern herauszupressen.



. . . müssen die Jugendlichen der FDJ-Brigaden in den Ostseebädern unbezahlte Arbeit leisten, wie hier beim Ausheben von Gräben.

Rationalisierung und Arbeitshetze sollen jetzt in allen Arbeitsbereichen der Jugendlichen verschärft werden — ohne Rücksicht auf Gesundheit oder auch nur auf das jugendliche Alter. Auf dem X. Parlament hörte sich das dann in einem Beitrag so an: Die Jugendlichen sollen „bei der Verstärkung der Schichtarbeit und der besseren Ausnutzung der Arbeitszeit mitwirken". Das ist die Wirklichkeit dessen, was die D„K"P mit ihren Worten preist „In der DDR hat die Jugend etwas zu sagen." Nun — jeder Jugendliche auch in Westdeutschland dürfte bei seinem Kapitalisten etwas zu sagen haben, wenn er Reklame dafür macht, Schichtarbeit für Jugendliche einzuführen, die Arbeitshetze bei den Jugendlichen zu verschärfen und den Ausbeutungsgrad zu erhöhen.

Neben der schärferen Ausbeutung der Arbeiterjugend in der DDR wurden auf dem X. Parlament auch verschiedene Maßnahmen diskutiert, wie der Einfluß des russischen Sozialimperialismus unter der Jugend weiter gestärkt werden könne. Dabei wurde hervorgehoben, daß noch breiter dafür gesorgt werden müsse, daß die Jugend bereits in ihrer Schulzeit militärisch gedrillt wird unter der Anleitung des DDR-Militärapparates, der unter der direkten Führung der Kremlzaren steht. Weiterhin sollen künftig verstärkt Treffen mit den russischen Besatzersoldaten in der DDR arrangiert werden, um so die verhaßten Besatzer vor allem durch Folklore und russische Schlager populärer zu machen. Insbesondere hervorgehoben wurde aber, daß noch mehr qualifizierte Jungarbeiter aus der DDR veranlaßt werden sollen, um in der Sowjetunion unter den schlimmsten Bedingungen in der Ukraine, wo im Winter unter 30 Grad Kälte herrschen, Erdgasrohre für die russischen Sozialimperialisten zu verlegen und zu verschweißen. Diese Sklavenarbeit für die Kremlzaren, die zynischerweise auch noch mit dem Titel „Drushba" — „Freundschaft" benannt wurde, zeigt, daß die revisionistische FDJ nicht nur ein Instrument der neuen Bourgeoisie in der DDR ist, sondern zugleich auch den russischen Sozialimperialisten dient.

Mit der einstigen Freien Deutschen Jugend, die einst in ganz Deutschland die Kampforganisation der deutschen Arbeiterjugend war, die im Westen für die proletarische Revolution, im Osten für den Aufbau des Sozialismus mutig und vorwärtsschreitend kämpfte, hat die FDJ der Honecker, Stoph und Krenz nichts mehr gemeinsam. Heute, unter der Führung der neuen Bourgeoisie und der russischen Sozialimperialisten ist sie ein sozialfaschistisches Kampforgan gegen die Jugendlichen, das dazu dient, die Jugendlichen zu kontrollieren im Dienste der neuen Kapitalistenklasse und sie vor deren Karren zu spannen. Auf der einen Seite versucht sie dies mit ihren verlogenen Phrasen vom Sozialismus, um die Begeisterungsfähigkeit der Jugend, ihre warmen Sympathien für den Sozialismus auszunutzen. Und wo das keinen Erfolg zeigt, wo die Jugend dennoch gegen die sozialfaschistische Ausbeutung und Unterdrückung rebelliert, da dient die FDJ auch direkt als Disziplinierungsorgan, das mit sozialfaschistischen Methoden der Bespitzelung und des Drucks die jugendfeindlichen Maßnahmen der neuen Bourgeoisie durchsetzt.

Was Honecker wie die ganze revisionistische SED-Führung auf dem X. Parlament der FDJ als enge Verbundenheit mit der Jugend ausgaben, war in Wirklichkeit nichts anderes als enge Verbundenheit mit ihren jüngeren Zöglingen, die eines Tages nach dem Wunsch der SED-Revisionisten ihr sozialfaschistisches Werk fortsetzen sollen. Und es wird die deutsche Arbeiterjugend sein, die unter der Führung der Sektion DDR der KPD/ML diese Wunschträume der Honecker-Clique zunichte machen wird, indem sie das neue Ausbeuterpack samt seinen jungen wie alten Funktionären stürzen wird, um ein Deutschland zu schaffen, in dem es wirklich wieder eine freie deutsche Jugend geben wird.

Spendet zur Unterstützung des Aufbaus der KPD/ML SEKTION DDR auf das Spendenkonto des Vorstands der KPD/ML Stadtsparkasse Dortmund Kto.: 321 004 - 547 Stichwort KPD/ML Sektion DDR

Grussadresse der Revolutionären KP Chiles zur Gründung der Sektion DDR der KPD/ML

Liebe Genossen:

Mit großer Freude haben wir von der Gründung der Sektion DDR Eurer Partei gehört. Empfangt die herzlichsten Glückwünsche von uns und der ganzen PCR, die die große Bedeutung dieses Sieges vollkommen versteht. Wir bitten Euch auch, diese Grüße den Genossen der Sektion DDR und Eurer ganzen Partei zu übermitteln.

Dieser Sieg ist ohne Zweifel ein wichtiger Schritt im Kampf der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Führung, der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten, zur Eroberung der Macht, der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus in beiden Staaten, was die Bedingungen dafür schaffen wird, ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland aufzubauen. Wir begrüßen die gerechten Ausführungen der Gründungserklärung der Sektion DDR. Schon vor längerer Zeit verriet die von der Ulbricht-Honnecker-Clique geführte SED den Marxismus-Leninismus und die Arbeiterklasse, errichtete eine sozialfaschistische Diktatur der neuen revisionistischen bürokratischen Bourgeoisie, restaurierte den Kapitalismus und beutet zusammen mit ihren Oberherren, den russischen Sozialimperialisten die Arbeiterklasse und das Volk in Ostdeutschland aus und gestattet die Besetzung ihres Territoriums durch die sozialimperialistischen Truppen.

Völlig richtig heißt es in der Gründungserklärung, daß die Arbeiterklasse und das Volk in der DDR, ebenso wie im Westen, keinen anderen Ausweg hat als die Revolution und den Sozialismus. Wir unterstützen vollständig die Parole Eurer Partei des Kampfes für den Sozialismus in Ost und West und begrüßen ihre feste Entschlossenheit, unter den schweren Bedingungen des revisionistischen und sozialimperialistischen Faschismus den Kampf erbarmungslos zu führen.

Dieser Sieg von Euch ist auch ein wichtiger Sieg der Marxisten-Leninisten, der Arbeiterklasse und der revolutionären Völker der ganzen Welt, die für den Sozialismus und die nationale Befreiung, gegen die Supermächte und ihr Ringen um Weltherrschaft kämpfen. Die Gründung Eurer Sektion in der DDR ist ein direkter Schlag gegen den Sozialimperialismus und den internationalen Revisionismus, sie ruft die Arbeiterklasse und das Volk in der DDR auf, sich aktiv und konsequent diesem Kampf anzuschließen, der heute eine weitreichende historische Bedeutung hat. Er zeigt, daß die marxistisch-leninistischen Kräfte sich überall entwickeln, in den Ländern der „bürgerlichen Demokratie", in den kolonialen Ländern und dort, wo der Faschismus herrscht, auch wenn diese Regimes vom nordamerikanischen Imperialismus oder vom russischen Sozialimperialismus errichtet und geführt werden.

Wie Ihr selber sagt, haben wir auch Vertrauen, daß so wie die Kommunistische Partei Polens seit 1o Jahren kämpft und sich entwikkelt und nun auch Eure Sektion in der DDR, bald neue marxistisch-leninistische Parteien in den anderen vom russischen Sozialimperialismus beherrschten Ländern und Territorien entstehen werden, was heute eine zwingende Notwendigkeit ist für die Entwicklung der Gesamtheit der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung und der Weltrevolution.

Wir beglückwünschen Euch herzlich zu diesem wichtigen Sieg und wünschen Euch neue und größere Erfolge im revolutionären Kampf.

ES LEBE DER UNSTERBLICHE MARXISMUS-LENINISMUS!

ES LEBE DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS / MARXISTEN-LENINISTEN!

Zentralkomitee der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles, Santiago de Chile, April 1976

Verfolgung griechischer Marxisten-Leninisten in der CSSR

Im Folgenden geben wir eine Korrespondenz wieder, die vor einiger Zeit von der griechischen marxistisch-leninistischen Zeitung Laikos Dromos abgedruckt wurde. Es wird darin berichtet über die Maßnahmen der tschechoslowakischen Behörden gegenüber griechischen Marxisten-Leninisten.

„Während die Karamanlis-Regierung ihrer intoleranten Politik treu bleibt und sich weigert eine freie und vollständige Rückkehr aller politischen Flüchtlinge zu ermöglichen — finden in der Tschechoslowakei auf Weisung der Männer von Florakis (Sekretär der sowjethörigen revisionistischen KP Griechenlands) verstärkte polizeiliche und repressive Maßnahmen gegen die politischen Flüchtlinge statt.

Parallel zu den Verfolgungsmaßnahmen gegen die Marxisten-Leninisten, Mitglieder der OMLE (Organisation der Marxisten-Leninisten Griechenlands), verstärken sich jene gegen Michael Anastasiadis. Nachdem man ihm die Möglichkeit entzogen hat, zusammen mit seiner Familie Griechenland zu besuchen, ist man jetzt noch weiter gegangen. Durch eine Anweisung des Verantwortlichen für öffentliche Bildung des Bezirks Korvina hat man Michael Anastasiadis seine Arbeit als Russisch-Lehrer entzogen und ihn genötigt als Hilfsarbeiter zu arbeiten. Um diese illegalen Maßnahmen gegen den griechischen Kämpfer zu verdecken, hat man gegen ihn einen Prozeß inszeniert mit der Anklage „das sozialistische System beleidigt zu haben", als er gegen die Verweigerung seiner Ausreise auf der Polizei protestierte.

Diese repressiven Maßnahmen gegenüber den Flüchtlingen haben eine breite Welle von Entrüstung und Protest ausgelöst.

Eine Protestresolution, unterschrieben von mehr als 500 politischen Flüchtlingen ist von einer Kommission unserer Organisation der tschechoslowakischen Regierung übergeben worden.
In ihr heißt es u.a.: „Wir fordern die Einstellung der Maßnahmen und Verfolgungen gegen unseren Landsmann Michael Anastasiadis, daß alle Maßnahmen aufgehoben werden und daß mit allen Verfolgungen gegen die politischen Flüchtlinge, Kämpfer unseres Volkes, die gegen Faschismus und Imperialismus gekämpft haben, Schluß gemacht wird."

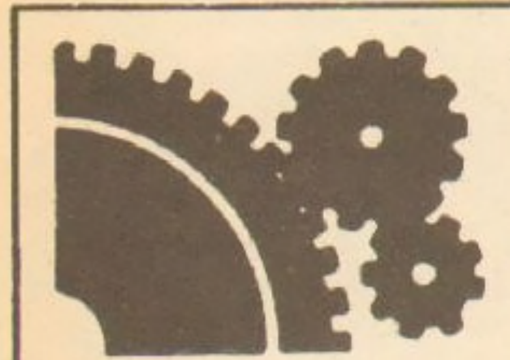
Der Prozeß der gegen Michael Anastasiadis inszeniert wurde, wurde auf den 12.12.75 festgelegt. Mit den anderen polizeilichen Maßnahmen, die sich verstärken, glaubt man die politischen Flüchtlinge terrorisieren zu können, um sie der „offiziellen" Partei von Florakis unterzuordnen.

Aber die politischen Flüchtlinge, integrierter Bestandteil unseres Volkes, weisen jetzt wie in der Vergangenheit die ausländischen Eingriffe, die polizeiliche Repression und die Einschüchterungen zurück, die von den Schergen von Florakis vorangetrieben werden.

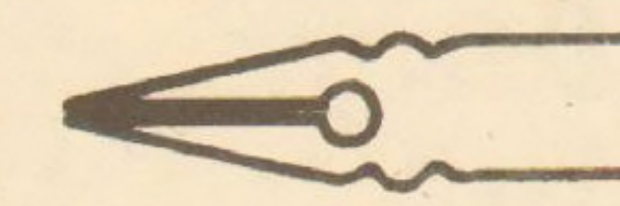
Jede neue Maßnahme gegenüber den Flüchtlingen kann nichts anderes als einhellige Verurteilung provozieren".

Tschechoslowakei 2.12.75

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Zwei revolutionäre Vertrauensleute gewählt

Vor kurzem fanden bei uns, in einem der größten Chemiebetriebe Westdeutschlands die Vertrauensleutewahlen statt. Wie in anderen Chemiebetrieben, gibt es auch bei uns eine Betriebsvereinbarung nach der betriebliche Vertrauensleute gewählt werden. D. h. die Vertrauensleute müssen nicht Mitglieder der IG Chemie sein und sie können von allen Kollegen gewählt werden.

Von unserer Betriebszelle wurde ein Flugblatt verteilt, indem wir zur Wahl revolutionärer Vertrauensleute aufriefen und den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition propagierten. In zwei Fällen wurden Genossen von den Kollegen aus ihren Abteilungen zum Vertrauensmann vorgeschlagen. Wir hatten uns vorgenommen, die Rolle des Gewerkschaftsapparates zu entlarven, die Notwendigkeit eines klaren Trennungsstriches zwischen uns und den Handlangern der Kapitalisten zu ziehen, und den Unterschied zwischen Vertrauensleuten, wie sie die Chemie-Kapitalisten und Gewerkschaftsbonzen gerne hätten und revolutionären Vertrauensleuten aufzuzeigen.

Anlaß boten da solche Äußerungen der Geschäftsleitung wie: „Die Vergangenheit hat vielfach gezeigt, daß V-Leute nur erfolgreich wirken können, wenn zu den Kollegen, zu den Vorgesetzten und zu dem Betriebsrat ein ausgewogenes „Vertrauensverhältnis" besteht." Daran haben wir gezeigt, daß Vertrauensleute, die sich so verhalten, zu Handlangern der Geschäftsleitung werden.

Am Anfang haben wir das Vertrauen und das Bewußtsein der Kollegen ziemlich unterschätzt. So waren wir überrascht, als uns sehr viele Kollegen ihre Unterstützung anboten. Doch wir haben daraus gelernt. In der einen Abteilung hatten sich zwei Kollegen, die zuerst auch kandidieren wollten, sich auf Grund der Kandidatur unseres Genossen nicht aufstellen lassen und sogar die anderen Kollegen in der Abteilung aufgefordert, den Genossen zu wählen. In anderen Abteilungen haben mehrere Kollegen den zur Wahl stehenden Genossen aktiv unterstützt, indem sie mit den anderen Kollegen ausführlich über die Wahl und die Aufgaben des Vertrauensmannes und den DGB-Apparat diskutiert haben. Überhaupt war die Bereitschaft zur Diskussion mit den Genossen sehr groß. In vielen Diskussioen kamen wir auch immer wieder auf den Kommunismus zu sprechen und ob und wie man ihn erreichen kann.

Der Erfolg war, daß beide Genossen gewählt worden sind. In einem Fall wurde ein Genosse mit fast der doppelten Stimmenzahl vor dem nächsten Kandidaten gewählt. Dabei erhielt der Genosse auch die große Unterstützung seiner ausländischen Kollegen.

Nachdem das Wahlergebnis bekannt gegeben wurde, war die Freude bei vielen Kollegen groß. Teilweise herrschte sogar eine richtige Jubelstimmung und verschiedene Kollegen haben den Genossen auch nach der Wahl ihre Unterstützung zu gesichert.

Das wichtigste ist jetzt für uns, dem Vertrauen, das die Kollegen in uns gesetzt haben, auch gerecht zu werden. Wir wollen uns als Kommunisten weiter mit den Kollegen verbinden und weitere Schritte zum Aufbau einer RGO-Gruppe in unserem Betrieb machen.

Rot Front, ein revolutionärer Vertrauensmann

ROTER MORGEN-Verkauf verbessert

Ich habe lange Zeit unter den Kollegen in unserer Halle keine ROTEN MORGEN verkaufen können. Ich habe mir nochmal überlegt, woran das liegt, denn viele Kollegen nehmen die Betriebszeitung der Partei, „Der Hammer", mit in den Betrieb und lesen sie recht gern. Ich habe vor allem mein eigenes Vorgehen gegenüber den fortschrittlichen Kollegen überprüft und dabei gemerkt, daß ich bei Diskussionen fast nie den ROTEN MORGEN erwähnt habe oder darauf zurückgriff. Eine andere Schwäche war, daß ich gegenüber einigen interessierten Kollegen vorschnell auf den Verkauf des ROTEN MORGEN bedacht war und gleich sagte: „Kostet 50 Pfennig". Dadurch dachte der Kollege: „Der will ja nur seine Zeitung verkloppen", und hielt sich zurück.

Ich bemühte mich deshalb von da an, in den Diskussionen mit den Kollegen, diese Fehler zu verbessern. Ich gab einem Kollegen auch öfter einen ROTEN MORGEN zum Lesen einfach so oder gab ihm den ROTEN MORGEN während der Pausen oder wenn er lange Laufzeit auf seiner Maschine hatte, später gab er ihn mir dann wieder zurück. Um diesen Kollegen bemühte ich mich auch intensiver, diskutierte mit ihm auch über seine Lage, wie wir den Kampf führen könnten. Das Ergebnis ist heute, daß der Kollege seine anfängliche Zurückhaltung aufgegeben hat und heute oft den ROTEN MORGEN im Voraus kauft. Er interessierte sich auch für die „Radio-Tirana"-Sendungen und hat sie sofort nach dem ersten Heft für ein Vierteljahr abonniert.

Unerhörte Behandlung der ausländischen Kollegen im Arbeitsamt

Am Dienstag ging ich mit einem jugoslawischen Kollegen nach Arbeitsschluß zum Arbeitsamt Neukölln. Jede Woche hat das Arbeitsamt einmal von 17-19 Uhr Sprechstunde für ausländische Kollegen. Man sollte meinen, da am Nachmittag sehr viele Arbeiter nach Arbeitsschluß um die Verlängerung ihrer Arbeitserlaubnis „nachsuchen" müssen, daß mehrere Büros dafür offen sind. Aber nichts dergleichen. Pustekuchen. Ein einziges Büro mit einer Besetzung von zwei Mann sollte einer Gruppe von ca. 30-40 Mann Herr werden.

Viele standen vor der Bürotür und wußten nicht, wie das hier laufen sollte. Es wurden keine Wartenummern ausgegeben oder eine irgendwie geartete Regelung getroffen, um eine Wartereihe zu schaffen.

Öffnete sich die Tür und der „allherrliche Arbeitsamtmensch" erschien, streckten sich ihm fast alle Hände mit den Formularen entgegen. Die Macht über die ausländischen Kollegen spielte sich in seinem arroganten Gesichtsausdruck wider. Herablassend nahm er einigen der ihm am nächsten stehenden Kollegen die Papiere ab, drehte sich um und knallte die Tür wie ein Kommishengst zu. Nach einer halben Stunde öffnete sich erneut die Tür und er rief einige mit Namen auf, um die Papiere zurückzugeben. Fragten einige, wann denn die Arbeitserlaubnis zu bekommen sei, und ob sie wieder nur für eine ganz bestimmte Tätigkeit ist, wurden sie mit „Du" angeschrien. Wie: „Du kannst froh sein, wenn Du überhaupt eine Arbeitserlaubnis bekommst. Die kommt dann in die Firma in einer Woche, oder so."

In diesem Ton und in dieser Art verfährt das Arbeitsamt mit unseren Kollegen. Hatte jemand noch eine Frage oder versuchte sogar in das Zimmer zu gehen und gelang ihm dies teilweise, wurde er mit: „Raus, sofort raus!", und anderen „netten Sachen" angebrüllt. Der letzte Kollege wurde kurz vor 19 Uhr abgefertigt.

Ein Büro im Arbeitsamt dafür, der Ton und die Herrschsucht der zwei Bürohengste zeigen uns deutlich, daß man unsere ausländischen Kollegen als Menschen zweiter Klasse behandelt.

Rot Front, ein Sympathisant aus Kreuzberg

Nach Entlassung aus Betrieb und Schule

Lehrlinge kämpfen für ihren Schulsprecher

Im April wurde Genosse Christian B., Maschinenschlosserlehrling im 3. Lehrjahr, aus der Maschinenbaugesellschaft-Würzburg fristlos entlassen. Gleichzeitig wurde er auch aus der Berufsschule rausgeschmissen, als Schulsprecher abgesetzt, und er erhielt Hausverbot. Christian ist Kommunist, und er ist sehr beliebt bei seinen Kollegen. Gemeinsam mit ihnen und der Unterstützung durch die ROTE GARDE kämpfte er gegen diesen Gesinnungsterror, und sie errangen einen Sieg; denn Christian mußte wieder eingestellt werden, das Hausverbot mußte aufgehoben werden, und er kann auch wieder die Berufsschule besuchen. Das ist ein Erfolg der Solidarität seiner Kollegen und ihres entschlossenen Kampfes.

Christian wurde nicht aus dem Betrieb entlassen, weil er ein „schlechter" Lehrling war, sondern weil er als Kommunist zusammen mit den anderen Lehrlingen gegen die Unterdrückung und Schinderei gekämpft hat. Es wurde ein regelrechter Gesinnungsterror gegen ihn veranstaltet. Die Schulleitung feuerte ihn aus der Berufsschule, setzte ihn einfach gegen den Willen der Lehrlinge als Schulsprecher ab, und erteilte ihm Hausverbot. Dabei störte sich die Schulleitung nicht daran, daß der „Schlichtungsausschuß" der Industrie- und Handelskammer die Lehre für nicht aufgelöst erklärt hatte. Auch die kommende Arbeitsgerichtsverhandlung wurde nicht einmal abgewartet. Es ging der Schulleitung nur darum, Christian schnell loszuwerden. Warum?

Christian wurde Anfang des Jahres zum 2. Male zum Schulsprecher gewählt, was der Schulleitung überhaupt nicht paßte, denn Christian tritt dafür ein, daß die Lehrlinge sich zur Durchsetzung ihrer Forderungen auf ihre eigenen Kräfte stützen und revolutionär kämpfen müssen und nicht der Schulleitung und dem Stadtrat vertrauen dürfen. Er propagierte unter den Lehrlingen den Kommunismus und die ROTE GARDE, die Jugendorganisation der KPD/ML. Gemeinsam mit der ROTEN GARDE arbeitete er in einem Schülerkomitee, das sich die Aufgabe gestellt hatte, die Interessen der Lehrlinge aufzugreifen und den Kampf dafür zu organisieren.

Schon vor einiger Zeit versuchte die Schulleitung deshalb gegen den Genossen vorzugehen. Als er aus dem Betrieb flog, sah die Schulleitung ihre Stunde gekommen und begründete den Rausschmiß damit, er sei ja aus dem Betrieb heraus und wegen seines Alters (19 Jahre) nicht mehr berufsschulpflichtig.

Bereits 1972 erlebte Christian den Gesinnungsterror dieses „Rechtsstaates". Er sollte damals aus der Volksschule geschmissen werden und in ein Erziehungsheim eingeliefert werden. Begründung: „Geistige Verwahrlosung"! Die „geistige Verwahrlosung" bestand darin, daß Christian die erbärmlichen Wohnungsverhältnisse in Zellerau, einer Arbeitersiedlung in Würzburg, angriff und daß er das kapitalistische Schulsystem anprangerte. Von diesem faschistischen Terror ist es nicht mehr weit zu den Methoden, wie sie in der Sowjetunion gegen Leute, die das sozialfaschistische System angreifen, angewendet werden, die nämlich in Irrenhäuser verschwinden.

Durch die Solidarität und den Kampf der Bevölkerung konnte damals die Einweisung in das Erziehungsheim verhindert werden. Aber auch heute hat Christian die Unterstützung und Solidarität seiner Kollegen. Zur Veranstaltung gegen die Entlassung kamen 60 Freunde und Genossen, darunter Lehrlinge aus der Berufsschule. Das Schülerkomitee verlas eine Solidaritätsadresse, und es verteilte verschiedene Flugblätter an der Berufsschule. Die ROTE GARDE gab ebenfalls mehrere Flugblätter heraus und veröffentlichte diesen unverschämten Angriff der Kapitalisten und der Schulleitung.

Als dann der Arbeitsgerichtsprozeß begann, erschienen 20 Kollegen und Genossen. Aber der Richter brach den Prozeß ab, weil der Rechtsanwalt der Kapitalisten angeblich nicht vorbereitet war. Der Richter sagte: „Dann verschieben wir eben die Sache, überlegen Sie sich noch Gründe, denn mit denen, die Sie bis jetzt haben, werden wir wahrscheinlich nicht durchkommen." Hier zeigt sich offen die Zusammenarbeit zwischen dem Arbeitsgericht und den Kapitalisten. Das ganze Gerede von Meinungsfreiheit und Demokratie offenbart sich als einzige Lüge.

Vom Arbeitsgericht wurde der Prozeß vorläufig eingestellt und die Kündigung für nicht wirksam erklärt. Den Kapitalisten wurde aber eine Einspruchsfrist gewährt. Doch die wagten angesichts der Solidarität der Kollegen mit Christian und ihres Kampfes nicht, einen Einspruch einzulegen, sie fürchteten, daß ihr Gesinnungsterror noch offensichtlicher würde. So mußten sie Christian wieder im Betrieb einstellen. Der Schulleiter mußte das Hausverbot zurücknehmen und Christian wieder in die Schule aufnehmen. Jetzt führen die Kollegen und Genossen noch den Kampf darum, daß Christian auch wieder zu ihrem Schulsprecher erklärt wird.

Kluncker s Streit mit der DAG

Wie berichtet wird, ist bei den Tarifverhandlungen im Speditions-, Möbel- und Transportgewerbe in Baden-Württemberg die „Verhandlungsgemeinschaft" zwischen der Gewerkschaft ÖTV und der DAG (Deutsche Angestellten Gewerkschaft) „auseinandergebrochen". Im Gegensatz zur ÖTV ging die DAG auf ein „Arbeitgeberangebot" in Höhe von 5,4% ein. Bereits vor einigen Wochen war es auch zwischen der Gewerkschaft HBV (Handel, Banken und Versicherungen) und der DAG zum Bruch gekommen.

ÖTV-Boss Kluncker erklärte, wenn die DAG ihre Beschlüsse von ihrem letzten Gewerkschaftstag nicht ändere, sei eine Zusammenarbeit der DGB-Gewerkschaften mit der DAG „für absehbare Zeit überhaupt nicht mehr denkbar". Ein Sprecher des ÖTV-Bonzenapparates in Baden-Württemberg verkündete, das „arbeitgeberfreundliche Verhalten der DAG" bestärke die ÖTV, künftig jegliche gemeinsamen Verhandlungen mit der DAG abzulehnen.

Wie sind diese Widersprüche zwischen den DGB-Gewerkschaften und der DAG einzuschätzen? Welche Motive haben die Bonzen des DGB-Apparates für ihr Verhalten gegenüber der DAG?

Zweifellos ist die DAG eine besonders reaktionäre Gewerkschaft, die als „Standesorganisation der Angestellten" eine offene Spalterpolitik unter den Werktätigen betreibt und sich kaum Mühe gibt, ihren reaktionären, arbeiterfeindlichen Charakter zu tarnen. Heißt das aber, daß die DGB-Bonzen auch nur um ein Haar besser sind, als die Herren vom DAG-Apparat? Keineswegs! Wenn die Herren Kluncker und Konsorten bei den Tarifverhandlungen um einige mikrige Zehntelprozent höher abschließen, als die DAG-Bosse, dann ändert dies nichts daran, daß es beiden gleichermaßen darum geht, die Bourgeoisie und den kapitalistischen Staat bei der Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Massen zu unterstützen und die Kämpfe gegen Lohnraub, Rationalisierung und Massenentlassungen zu sabotieren. Es zeigt nur, daß der DGB-Apparat einem viel stärkeren Druck „seiner" Mitgliederbasis ausgesetzt und damit zu entsprechendem Manövrieren gezwungen ist, weil die überwältigende Mehrheit seiner Mitglieder aus Arbeitern und kleinen Angestellten besteht, was bei der DAG nicht der Fall ist. Die DAG hat rückständigere Teile der Angestellten und teilweise mittlere und höhere Angestellte organisiert, wobei die letzteren mehr oder weniger eng mit den Interessen der Kapitalisten verbunden sind.

Abgesehen davon, daß zwischen den Bonzen des DGB-Apparates und den DAG-Bonzen natürlich auch ein Konkurrenzverhältnis besteht (Kampf um bestimmte Pöstchen, gegenseitige Abwerbung von Mitgliedern usw.), ist die Abgrenzung und die Kritik der Vetter, Klunker und Konsorten an der DAG ein Manöver, mit dem diese Lakaien des Monopolkapitals von ihrem eigenen arbeiterfeindlichen Treiben, von dem durch und durch reaktionären Charakter des DGB-Apparates ablenken wollen. Über die DAG machen sich nur wenige Werktätige noch große Illusionen. Der DGB-Apparat jedoch tritt in viel stärkerem Maße im Kostüm des „Kämpfers für die Arbeiterinteressen" auf. Mit seinen reformistischen und teilweise den modernen Revisionisten der D„K"P entlehnten Losungen und Konzeptionen verbreitet er gezielt Illusionen über den Kapitalismus unter den breiten Massen der Werktätigen und insbesondere des Industrieproletariats. Indem er sich an die Spitze der Kämpfe der Massen gegen Ausbeutung und Unterdrückung setzt, um sie in die Sackgasse der Klassenversöhnung und damit in Bahnen zu lenken, die für die Kapitalistenklasse und ihren Bonner Staat ungefährlich sind, ist er der weit gefährlichere Spalter und Wasserträger des Monopolkapitals in den Reihen der Werktätigen.

Aber trotz aller Manöver der Gewerkschaftsbonzen erkennen immer mehr Menschen, daß es notwendig ist, die Einheit der Werktätigen auf der Grundlage des revolutionären Klassenkampfes zu schmieden. Um auf diesem Weg vorwärtszuschreiten, ist es notwendig, die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufzubauen. Die RGO wird die klassenbewußten Werktätigen in Betrieb und Gewerkschaft gegen die reaktionären Gewerkschaftsapparate zu einer festen revolutionären Front zusammenschließen, und sie wird jede Art der Spaltung der Werktätigen von Grund auf bekämpfen.

Auf dem Rücken der Arbeiter fettestes Geschäftsjahr seit 1945

Rekordprofite für Mannesmann bei Kurzarbeit und Entlassungen

Der Mannesmann-Konzern, einer der größten Konzerne der Bundesrepublik, machte im vergangenen Jahr seine höchsten Profite seit dem 2. Weltkrieg. Und dies ausgerechnet im gleichen Jahr, als er am stärksten von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise erfaßt wurde und Kurzarbeit und versteckte Massenentlassungen durchführte. Obwohl bereits das Jahr 74 ein Rekordergebnis für Mannesmann brachte, hat sich der Überschuß (der Profit abzüglich der Neuinvestitionen) im Inlandsbereich in diesem Jahr gegenüber 1974 verdoppelt! Dies bei einer Steigerung der Gesamtinvestitionen um 83%. So konnten die Mannesmann-Konzernherren außer der hohen Dividende von 14% noch zusätzlich einen Bonus von 2% an die Aktionäre ausschütten. Die Kurse für die Mannesmann-Aktien sind auf den höchsten Stand seit dem 2. Weltkrieg geklettert.

Aber wo die Mannesmann-Kapitalisten ein vergoldetes Jahr erlebten, das ihnen die größten Profite ihres ganzen Schmarotzerdaseins bescherte, mußten sich die Arbeiter des Stahlriesen den Gürtel noch enger schnallen, wurden sie gezwungen, für weniger Reallohn noch mehr zu schuften und sich stärker als zuvor schikanieren zu lassen. Das Gespenst der Entlassung und der Arbeitslosigkeit saß ihnen im Nacken und so mancher Stahlwerker erhielt den gefürchteten blauen Brief: „...leider zwingen uns wirtschaftliche Schwierigkeiten infolge der konjunkturellen Lage, das Arbeitsverhältnis mit Ihnen fristgemäß zu kündigen ..." Um 2000 Mann ging die Belegschaftsstärke des Mannesmann-Konzerns im Rekordjahr 75 zurück. Sogar die WAZ gab zu: „Weniger Mannesmänner machen mehr Gewinn." Die Mannesmannbosse fürchten natürlich, daß diese Tatsachen die Arbeiter in Empörung versetzen und sie zu heftigen Kampfmaßnahmen herausfordern. Sie haben deshalb angekündigt, daß Belegschaftsaktien ausgegeben würden, die nur den halben Kurswert kosten: in der Hoffnung, die Arbeiter dadurch „auf andere Gedanken zu bringen". Aber abgesehen davon, daß die meisten Kollegen der Sache mit größtem Mißtrauen begegnen, denn die Aktien, von denen bis zu fünf Stück erworben werden können, kann man frühestens nach fünf Jahren wieder abstoßen, kann Folgendes nicht verwischt werden: **Die hohen Kursgewinne und Dividenden, welche Millionen in die Taschen der Großaktionäre fließen ließen, sind nur die Kehrseite der Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter und unteren Angestellten, die Kehrseite der brutalen Verschärfung ihrer Ausbeutung und der Verelendung eines Teils von ihnen.** Abgesehen von der Verringerung der Belegschaftszahl mußten 15000 Kollegen durch Kurzarbeit zur „Lohnkostensenkung" beitragen; d.h. sie mußten mit Lohneinbußen von durchschnittlich 100 DM monatlich dazu beitragen, daß der Anteil der Kosten für Löhne und Gehälter am Umsatz stark zurückging und die Profite der Kapitalisten entsprechend hochschnellten. Dazu kamen natürlich noch andere Formen des Lohnraubs, wie z.B. die niedrigen Tarifabschlüsse, die bei weitem nicht die gestiegenen Preise und sonstigen Kosten, die der Arbeiter aufbringen muß (Steuern, Sozialabgaben usw.) ausgleichen konnten.

Loderer, unter dessen Regie die Schandabschlüsse getätigt wurden, ist ja nicht nur Boß der IGM – er sitzt gleichzeitig als stellvertretender Vorsitzender und „Mitbestimmer" der „Arbeitnehmerseite" im Aufsichtsrat des Mannesmann-Konzerns. **Kann man aber von solchen Gewerkschaften erwarten, daß sie den Kampf gegen die Kapitalistencliquen, mit denen sie ja selbst verfilzt sind, organisieren und die Forderungen der Arbeiter durchsetzen? Das kann man nicht! Das zeigt: Mitbestimmung und „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" nützen nicht den Arbeitern, sondern nur den Kapitalisten. Sie sind Mittel, um die Arbeiter auf die kapitalistischen Interessen zu orientieren, die ihren eigenen Interessen diametral entgegengesetzt sind. So sollen wir am unversöhnlichen Kampf für unsere Interessen und gegen den Kapitalismus gehindert werden.** Was es mit der angeblichen „gemeinsamen Interessenbasis" zwischen Arbeitern und Kapitalisten auf sich hat, von der die Mitbestimmungspropaganda uns überzeugen will, zeigt sich auch an den Rationalisierungsmaßnahmen, die ein wichtiger Hebel waren, mit dem der Mannesmann-Konzern seine Profite trotz Krise so sagenhaft steigern konnte. Die außerordentlich schweren Arbeitsbedingungen (Hitze, Staub, giftige Gase, Contischicht, d.h. Siebentagewoche bei Wechselschicht) wurden durch die Rationalisierungsmaßnahmen weiter verschärft. Was das heißt, kann man sich ausmalen, wenn man weiß, daß praktisch jeder Kollege, der schon einige Jahre oder gar Jahrzehnte Contischicht auf dem Buckel hat, an ernsten gesundheitlichen Schäden leidet, wie z.B. Magengeschwüren, Kreislaufstörungen u.ä. Und die Rationalisierung ist im direkten Wortsinn mörderisch, denn sie hat vielen Kollegen nicht nur durch verschärfte Arbeitshetze und Hektik bleibende körperliche Schäden, sondern einigen sogar den Tod gebracht. Als Beispiel dafür soll der letzte tödliche Betriebsunfall auf der Mannesmann-Hütte in Duisburg-Huckingen dienen: Der türkische Kollege Enver Guentay arbeitete im Einsatzbetrieb, d.h. daß er je nach Bedarf in allen möglichen Werken und Abteilungen der Hütte zu verschiedenen Tätigkeiten eingesetzt wurde. **Weil man ihm die jeweiligen Gefahren und Besonderheiten der Arbeit nicht erläuterte, wurde er am 6. April dieses Jahres auf Nachtschicht von einer Maschine erfaßt und auf entsetzliche Weise vollkommen zerfleischt. Er wird mit Sicherheit nicht der Letzte sein, der in diesem Jahr bei Mannesmann sein Leben auf grausame Weise dem Profit der Kapitalisten opfern muß.**

DER RÖHRENKIEKER

Die Mannesmann-Kapitalisten haben auch im Ausland Profite aus den Knochen der Arbeiter herausgepreßt. Die MAG betreibt in wachsendem Maße Kapitalexport, d.h. sie investiert im Ausland, baut dort Fabriken und beutet die Arbeiter aus. Die größten Werke im Ausland hat Mannesmann bezeichnenderweise in Brasilien und der Türkei. Das sind Länder mit besonders niedrigen Löhnen, Länder, in denen faschistische Regimes herrschen und wo mit Militär und blutigen Terrormaßnahmen gegen streikende Arbeiter vorgegangen wird.

In diesem Zusammenhang ist auch Folgendes interessant: Mit dem Generaldirektor der MAG, H. Overbeck, nahm das kapitalistische Wirtschaftsmagazin „Wirtschaftswoche" (WiWo) vor einiger Zeit ein Interview auf. Auf die Frage von WiWo, ob es für Mannesmann nicht sinnvoller wäre, im Ausland zu produzieren, wo die Löhne niedriger sind, sagte Overbeck: „Wir kommen alle um einen Wandel in der Struktur nicht herum. Einer der Gründe sind die Lohnstückkosten. Sie haben sich besorgniserregend erhöht." Darauf fragte WiWo: „Welche Konsequenzen ergeben sich daraus?" Overbeck: „Mehrere. Eine ist die Notwendigkeit, daß Löhne und Gehälter, aber auch die sozialen Ausgaben in Zukunft langsamer steigen müssen als bisher." Dies sagt Overbeck zur gleichen Zeit, als sich abzeichnete, daß Mannesmann den höchsten Gewinn seit mehr als 30 Jahren machte und als bereits beschlossen war, Hunderte von Millionen DM an die Aktionäre, Cuponschneider und Börsenspekulanten auszuschütten, und als der MAG-Vorstand sich selbst seine Bezüge um 37% erhöht hatte. Nebenbei: Overbeck gehörte im 2. Weltkrieg als General dem Kommandostab der Hitlerarmee an, worauf er heute noch stolz ist. Unter Hinweis auf diesen Ausgangspunkt seiner Konzernkarriere kommentiert die WiWo: „So gradlinig wie er selbst ist auch seine Karriere." Kommentar überflüssig!

Der Haß der Arbeiter und kleinen Angestellten auf die Konzernherren, ihre Empörung über die Ausbeutung wächst; Es ist bekannt, daß die Mannesmann-Arbeiter besonders kampfbereit sind. Unvergessen ist der Streik der Profilwalzwerker, der besonders militant war und sich über neun Tage und Nächte erstreckte. Als die Krise sich im vergangenen Sommer auf die Mannesmann-Arbeiter mit Kurzarbeit und Rationalisierung stärker auswirkte, war dies sicherlich zunächst ein Hemmschuh für die Kämpfe der Arbeiter, eine Erschwerung der Kampfbedingungen, denn der Druck der Konzernherren auf die Belegschaften wurde dadurch verschärft. **Aber inzwischen wächst der Widerstand der Stahlwerker von Tag zu Tag. Beispielsweise auf den Hüttenwerken in Duisburg-Huckingen fordern Kollegen in verschiedenen Betrieben und Abteilungen die Einstufung in höhere Lohngruppen als Ausgleich für die Verschärfung der Arbeitsbedingungen, die sich aus den Rationalisierungsmaßnahmen ergeben. Auf Belegschaftsversammlungen haben Arbeiter die Rationalisierungmaßnahmen angeprangert und die Kollegen dazu aufgerufen, ihre Reihen zusammenzuschliessen und Kampfmaßnahmen zu ergreifen.**

Die Konzernherren versuchen, mit verschiedenen Mitteln, die Arbeiter zu spalten, ihre Bewegung zu zerschlagen und sie zu unterdrücken. Vor allem aber versuchen sie, die KPD/ML aus den Betrieben auszumerzen, indem sie jeden Genossen, von dem sie erfahren, daß er bei unserer Partei organisiert ist, entlassen. Sie haben schon mehrere Mannesmann-Arbeiter mit Polizeigewalt aus dem Betrieb gejagt. Zuletzt den Roten Betriebsrat Uwe B. im Röhrenwerk Düsseldorf-Rath, der im April letzten Jahres bei den Betriebsratswahlen die Stimmen von 600 Kollegen bekommen hat. Dabei erhalten die Mannesmannbosse natürlich die volle Unterstützung der bürgerlichen Klassenjustiz. **Die Arbeitsgerichte haben alle politischen Entlassungen von Mannesmann-Arbeitern bisher bestätigt, auch die des Roten Betriebsrates in Düsseldorf. Der bisher schärfste Ausdruck der Hilfe, die der kapitalistische Staat den Overbeck und Co. bei der politischen Unterdrückung ihrer Arbeiter leistet, ist der Polizeimord im Duisburger Arbeitsgericht an unserem Genossen Günter Routhier vor zwei Jahren. Günter war zum Arbeitsgericht gekommen, um den entlassenen Mannesmann-Arbeiter Hanfried B. in seinem Kampf gegen die Konzernherren und das bürgerliche Gericht zu unterstützen.**

Aber die Konzernherren haben auch ihre Handlanger in den Reihen der Arbeiterschaft selbst. Dazu gehört der IGM-Funktionärsapparat. Die gefährlichsten Agenten der Kapitalisten unter den Mannesmann-Arbeitern jedoch sind die D„K"P und die mit ihr eng verbundene Clique um den Betriebsratsvorsitzenden der Duisburger Hüttenwerke, H. Knapp. Sie spielen sich mit radikalen Gesten als entschiedene Gegner der Kapitalisten und als konsequente Arbeitervertreter auf. Aber mit reformistischen und pazifistischen Illusionen versuchen sie, die Arbeiter irrezuführen und ihre Kämpfe in die Sackgasse der Klassenversöhnung zu lenken. Mit ihrer Parole: „Der Osthandel sichert Arbeitsplätze und festigt den Frieden" (Mannesmann macht die größten Profite durch seine Geschäfte mit den russischen Sozialimperialisten), erweisen sie sich sowohl als Handlanger der Mannesmannkapitalisten als auch als Agenten Moskaus. Ihre sozialfaschistische Visage zeigten sie schon mehrmals, als sie den Anstoß für die Entlassung revolutionärer Arbeiter und ihren Ausschluß aus der IGM gaben. Sie spielen sich jetzt wieder groß als linke Opposition innerhalb des IGM-Apparates auf, indem sie z. B. Loderer wegen seiner Äußerungen gegen „das Gerede vom Nachschlag" und seiner allzuoffenen Zusammenarbeit mit Vertretern des Finanzkapitals und der Regierung kritisieren und nach dem Motto „jetzt können die Bosse bezahlen" einen „Konjunkturzuschlag" fordern. **In Wirklichkeit zielt das darauf, die Arbeiter auf die Erfordernisse der kapitalistischen Wirtschaft zu fixieren (in der Konjunktur „können" die Kapitalisten zahlen, da „dürfen" wir auch mehr fordern). Gleichzeitig wollen sie die spontane Revolte der Kollegen gegen die Gewerkschaftsbonzen so kanalisieren, daß sie nicht eine revolutionäre Tendenz annimmt und sich nicht gegen den reaktionären Gewerkschaftsapparat als Ganzes gerichtet.**

Die Herren des Mannesmannkonzerns verschärfen die Ausbeutung der Arbeiter. Sie gehen den Weg, den die Gesetzmäßigkeiten des Monopolkapitalismus ihnen vorzeichnen: im wilden Konkurrenzkampf mit den internationalen Monopolen und Kapitalgruppen jagen sie nach Höchstprofiten, und um die Ausweitung ihrer Märkte. Damit rufen sie unweigerlich immer stärker die Empörung und die Kämpfe der Arbeiter hervor. Deshalb wird es ihnen weder mit Entlassungsterror noch durch die Handlangerdienste der revisionistischen Arbeiterverräter gelingen, zu verhindern, daß unsere Partei sich nach und nach immer tiefer und breiter in den Mannesmann-Belegschaften verwurzelt und dabei immer größere Teile der Arbeiter und kleinen Angestellten im revolutionären Klassenkampf zusammenschließt.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Westberlin

Der Kampf in den ÖTV-Betriebsgruppen

Schon seit einiger Zeit versuchen die ÖTV-Bonzen in Westberlin die Betriebsgruppen der ÖTV an verschiedenen Krankenhäusern gegen den Widerstand der Mitglieder aufzulösen, weil sich in diesen Betriebsgruppen eine Opposition gegen den ÖTV-Apparat herangebildet hat. Wie die SEW-Revisionisten diese Politik und Machenschaften unterstützen, das zeigt folgender Artikel aus der Krankenhauszeitung der KPD/ML, das „Rote Rezept". (Die SEW ist die Partei der modernen Revisionisten in Westberlin).

Klinikum Steglitz: Im Januar versuchten die reaktionären Kräfte der SEW und SPD die Öffentlichkeit aus den Vertrauensleutesitzungen auszuschließen oder den Kollegen zumindest das Rederecht zu nehmen. Das scheiterte am Widerstand der Kollegen, die u.a. dagegen Unterschriften sammelten. Seit Dezember wird am Klinikum auch versucht, den V-Leute-Vorstand, in dem auch eine Reihe revolutionärer und oppositioneller Kollegen ist, abzusetzen. Am 6. 5. schafften es die SEW-Leute nach mehrmonatigen Mauscheleien, den Vorstand abzuwählen, am 2. 6. wurde auf ihre Initiative ein neuer Vorstand gewählt, den sie selbst einen Vorstand der „schweigenden Mehrheit" nannten.

Auf dieser Betriebsgruppen-Sitzung zeigte sich aber auch, daß die Mehrheit der Anwesenden weiterhin dafür eintritt, daß der Vorstand von allen Kollegen gewählt wird und nicht nur von den Vertrauensleuten. Mit 17:13 nahmen die Kollegen eine entsprechende Resolution an, während die Vertrauensleute dieselbe Resolution mit ca. 32:7 ablehnten. Die Kollegen werden weiter für die Erhaltung der Betriebsgruppe kämpfen.

Ausschluß der Öffentlichkeit

Krankenhaus Neukölln: Hier gelang es der SEW auf einer V-Leute-Sitzung im Mai, die Öffentlichkeit auszuschließen. Kaum die Hälfte aller Vertrauensleute waren da, aber die Mehrheit der Anwesenden stimmte für den Ausschluß, es wurde deutlich, daß sie lange von der SEW bearbeitet worden waren. Als vier fortschrittliche Kollegen sich so nicht rauswerfen ließen, ließ die SEW die ganze Sitzung platzen. Unter dem Eindruck von über 50 dagegen gesammelten Unterschriften sind sie inzwischen bereit, die Kollegen „zuhören zu lassen". Rederecht sollen die Kollegen weiterhin nicht haben.

Hinter all diesen Vorgängen steckt die Absicht des ÖTV-Apparates, die Betriebsgruppen in den Krankenhäusern zu liquidieren und sich mit dem V-Leute-Apparat einen gefügigen Handlanger an den Krankenhäusern zu schaffen.

Seit langem waren die Betriebsgruppen den Bonzen ein Dorn im Auge. Sie konnten von revolutionären Kollegen gut als Plattform im Kampf gegen Bettenstreichungen und Stellenstopp genommen werden. Hier konnte gut an praktischen Beispielen das reaktionäre Wesen des ÖTV-Apparates gezeigt werden.

Im letzten Herbst gingen die Bonzen dann in die Offensive: V-Leute-Wahlen wurden anberaumt und zugleich Richtlinien herausgegeben, nach denen nur noch V-Leute in den Vorstand wählbar sind und wählen können. Die Betriebsgruppen sollten verschwinden, jeder V-Mann sollte vom ÖTV-Vorstand bestätigt werden. In vielen Krankenhäusern wehrten sich die Kollegen dagegen, so gab sich die Betriebsgruppe in Neukölln eine Satzung, in der festgehalten wurde, daß die Betriebsgruppe oberstes Organ bleibt, daß die Sitzungen öffentlich sein müssen.



SEW = Sachverwalter des Senates

Prompt brachte daraufhin der mehrheitlich von der SEW beherrschte Abteilungsvorstand „Gesundheitswesen" in der ÖTV eine sogenannte Rahmengeschäftsordnung heraus, in der all das unmöglich gemacht werden soll. Gleich als erstes ist darin verankert, daß alle V-Leute-Sitzungen nicht mehr öffentlich sein sollen. Und die SEW an den Krankenhäusern versucht das am aktivsten durchzusetzen, so Welters am Klinikum oder Theiß/Skibbe in Neukölln. Ihr Argument dabei: „Damit endlich die Politik draußen bleibt." Und so betreiben sie genau die Befriedungs- und Abwiegelungspolitik, die der Senat an den Krankenhäusern bracht, um seine Rationalisierungs- und Sparmaßnahmen durchsetzen zu können.

Vorwärts beim Aufbau der RGO!

Es wird immer notwendiger, den Aufbau der RGO voranzutreiben, der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, die die revolutionären Kämpfe innerhalb und außerhalb der Gewerkschaft vereint und organisiert, die den Kampf gegen den Gewerkschaftsapparat zusammenfaßt und auf das Ziel der Arbeiterklasse – den Sozialismus – ausrichtet. Muß man deshalb raus aus den Gewerkschaften? Nein – wir müssen weiter in ihr kämpfen. Der ROTE MORGEN schreibt dazu: „Das heißt aber nicht, sich Illusionen zu machen, daß man den reaktionären Bonzenapparat ändern oder abwählen kann. Es heißt nicht, sich durch die arbeiterfeindlichen Beschlüsse des Gewerkschaftsapparates binden zu lassen. Natürlich gehören auch die Kollegen, die wegen ihrer revolutionären Haltung ausgeschlossen wurden, in die RGO und auch diejenigen, die noch nicht einsehen, daß es trotz des reaktionären Bonzenapparates zweckmäßiger ist, in den Gewerkschaften zu bleiben. Die RGO aufbauen heißt, sich für die kommenden harten und großen Kämpfe gegen Lohnraub, Rationalisierung, Entlassung usw. zu rüsten."

Meldungen aus den Betrieben

„WER AUFMUCKT, WIRD AUSGESCHLOSSEN!"

Aus der Betriebszeitung „Roter Lautsprecher" bei Siemens in München haben wir folgende Meldung entnommen.

Vor ein paar Wochen stellte die Betriebsratsclique um Mooshammer und Stocker bei Siemens in München gegen 26 Gewerkschaftsmitglieder den Antrag auf Durchführung eines Ordnungsverfahrens. Was war vorausgegangen? Die Gewerkschaftsführung will die Vertrauensleutekörper (VLK) in den Betrieben noch direkter unter ihre Fuchtel bringen. So wurde vor einiger Zeit der Beschluß gefaßt, daß Flugblätter vom Bezirksvorstand vor Herausgabe genehmigt sein müssen, und jetzt sollen bei Siemens die Bereichs-VK-Leitungen abgeschafft werden.

Dagegen stellten die 26 IGM-Mitglieder einen Antrag, der von der Mehrheit des VLK angenommen wurde. Die Antwort der Bonzen Mooshammer und Co. zeigt deutlich, wie sie „Gewerkschaftsdemokratie" auffassen: nur wer bedingungslos der Politik des IGM-Apparates zustimmt, der hat in der IGM was zu suchen. Um Mehrheiten wird sich da gar nicht gekümmert.

Ist das nicht ein Lehrbeispiel, ein Beweis dafür, daß diese Gewerkschaft nicht unsere ist? Ist das nicht ein Beweis dafür, wie notwendig der Aufbau einer RGO-Gruppe bei Siemens ist?

Und noch eins: auch die Politik der D„K"P hat sich hier vor den Augen der Kollegen entlarvt. Nicht nur, daß diese Verräter uns immer wieder aufrufen, die IGM zu unterstützen, Mooshammer und Co. zu wählen, sie hat diesmal offen den Kampf der 26 Kollegen verraten. Vier D„K"P-Mitglieder, die von dem Antrag betroffen waren, weigerten sich, ein Gegenschreiben der 26 an die IGM-Mitglieder zu unterschreiben.

Soweit der Redaktion vor Redaktionsschluß bekannt wurde, ist das Ordnungsverfahren vorläufig gestoppt worden.

Revisionistisches

D„K"P LOBT STREIKBRUCHTAKTIK DES GEWERKSCHAFTSAPPARATES

„Der Schrittmacher", die Betriebszeitung der D„K"P-Revisionisten für die Kieler Krankenhäuser protestierte kürzlich in einem Extrablatt gegen eine Sendung des Fernsehmagazins „Report" über den Streik der Druckereiarbeiter. Nun handelte es sich dabei in der Tat um ein übles Machwerk, wo die Kapitalisten und ihre journalistischen Handlanger gegen die streikenden Drucker und Setzer zu Felde zogen, um die Werktätigen in unserem Land gegen ihre streikenden Kollegen aufzuhetzen. „Das Fernsehen", so die D„K"P-Revisionisten, „steht fest und zuverlässig hinter der Unternehmerfront ..."

In dieser „Front" stehen aber eben auch die modernen Revisionisten der D„K"P, auch wenn sie sich den Mantel der Solidarität mit den streikenden Druckereiarbeitern umhängen. Der „Schrittmacher" zeigt das ganz klar. Dort heißt es: „Kein Sterbenswörtchen (in „Report" – RM) über die Beweglichkeit, die von der IG Druck & Papier mit dem gestrigen Beschluß an den Tag gelegt wurde, den totalen Streik durch einen regionalen Schwerpunktstreik abzulösen." Die angebliche Solidarität der modernen Revisionisten entpuppt sich also in Wirklichkeit als Verrat an den Interessen der Druckereiarbeiter, als Unterstützung der Streikbruchtaktik, die vom IG-Druck-&-Papier-Apparat eingeschlagen wurde, um die Streikfront der Druckereiarbeiter zu spalten, den Lohnraubabschluß durchzusetzen und jeden entschlossenen und kompromißlosen Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten zu verhindern.

Wir wissen, daß gerade dieser streikbrecherische Beschluß bei vielen Kollegen auf berechtigte helle Empörung gestoßen ist. Über tausend Druckereiarbeiter verabschiedeten auf einer Streikversammlung in Stuttgart sogar eine Resolution dagegen, die Arbeiter vieler kleinerer Betrieb weigerten sich, den Beschluß zu beachten und im Bezirk Nordmark der IG Druck & Papier (dem Erscheinungsgebiet des „Schrittmacher"), wagte es der Gewerkschaftsapparat angesichts der Empörung der Kollegen sogar nicht, den Vollstreik abzubrechen. „Der Schrittmacher" ist beileibe kein Einzelfall, auch das Zentralorgan der modernen Revisionisten der D„K"P unterstützte bekanntlich die Streikbruchtaktik des Gewerkschaftsapparates von Anfang bis zu Ende. Die modernen Revisionisten sind Feinde der Arbeiterklasse, eine Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung. Verhindern, daß sich die Arbeiterklasse im Kampf zusammenschließt, stählt und immer klarer die Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft erkennt; den Arbeitern in ihren Tageskämpfen in den Rücken zu fallen, um den Kapitalisten den Sieg zu erleichtern – das ist ihre Aufgabe.

JAPANS REVISIONISTEN SPRECHEN NICHT MEHR VON "MARXISMUS-LENINISMUS"

Die japanischen Revisionisten folgen den ausgetretenen Spuren der italienischen, französischen, englischen und anderen revisionistischen Parteien des Westens. Nachdem sie schon längst zu Feinden der sozialistischen Revolution, des Marxismus-Leninismus und der Arbeiterklasse entartet sind, hat das ZK der „K"P Japans jetzt beschlossen, den Begriff der „Diktatur des Proletariats" aus ihrem Parteiprogramm zu streichen. Die japanischen Revisionisten begnügen sich jedoch nicht damit. Wo sie schon einmal dabei waren, beschlossen sie außerdem, auch noch den Begriff „Marxismus-Leninismus" nicht mehr zu verwenden und ihn durch „wissenschaftlicher Sozialismus" zu ersetzen. Das klingt doch irgendwie „neutraler", oder hoffen sie vielleicht ihren Verrat am Marxismus-Leninismus so besser als „Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus" verkaufen zu können? Die japanischen Revisionisten bezeugen mit diesen Streichungen ihre völlige Entartung. Natürlich haben sie auch vorher nicht für, sondern gegen die Diktatur des Proletariats gekämpft, standen sie auch vorher nicht auf dem Boden des Marxismus-Leninismus (oder des wissenschaftlichen Sozialismus, was dasselbe ist), sondern haben ihn wütend bekämpft. Ihre Programmänderungen bedeuten etwas anderes. Die japanischen Revisionisten wollen der japanischen Bourgeoisie ihre völlige Ergebenheit bezeugen, um, wie es der Revisionistenführer Myamoto ausdrückte, „eine größere Rolle im politischen Leben" zu spielen, d. h., sie wollen von der Bourgeoisie in größerem Maße an der Verwaltung und Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft beteiligt werden.

Der Kampf der Bevölkerung gegen Atomkraftwerke ist gerecht!

Eine Untersuchung des Bundestagsausschusses für „Strahlenschutz und Reaktorsicherheit", die sich mit Lagerungs- und Aufbereitungsanlagen für Kernkraftwerke befaßt, mußte im Anschluß an eine öffentliche Anhörung vor wenigen Tagen zugeben: In den achtziger Jahren wird die Endlagerung von hochradioaktivem Material „das Sicherheitsproblem Nummer eins" in der Bundesrepublik sein. Auf Grund der offensichtlichen Gefahren, die sich aus der Lagerung und Aufbereitung abgebrannter Uranstäbe von Kernkraftwerken ergeben, soll der Bau von Aufbereitungsanlagen verschoben werden: Wie die Untersuchung zugab, ist man noch nicht einmal in der Lage, die Sicherheitsfragen annähernd zu bestimmen.

Dennoch aber – obwohl alle diese Fragen völlig ungelöst sind, soll das Energieprogramm der Bundesregierung, daß eine verstärkte Errichtung und Inbetriebnahme von Kernkraftwerken vorsieht, weiter durchgeführt werden.

Das Energieprogramm der Bundesregierung sieht vor, daß im Jahre 1990 bereits über 50% des Strombedarfs der Bundesrepublik aus Kernkraftwerken gedeckt werden sollen. Dazu müßten jedoch noch ca. 40 weitere Groß-Kernkraftwerke (KKW) errichtet werden. Die Atomkonzerne – vor allem Siemens und AEG (zusammengeschlossen in der Kraftwerkunion) sowie BBC und Krupp – hoffen auf das große Geschäft, das ihnen einen Umsatz von über 100 Milliarden DM bringen soll. Angesichts des wachsenden Widerstandes der Bevölkerung gegen die Errichtung von KKWs (so in Whyl, Hamm, Esenshamm), betreiben Kernindustrie, Energiewirtschaft und Bundesregierung momentan verstärkt Propaganda für die angeblich „notwendige, billige, umweltfreundliche und sichere" Kernenergie.

Ist Kernenergie notwendig?

In einer Erklärung der Landesregierung von Baden-Württemberg vom 27. 2. 1975 heißt es: „Ohne das KKW Whyl werden bis Ende des Jahrzehnts in Baden-Württemberg die ersten Lichter ausgehen." Mit derartiger Angstmacherei versuchen die Propagandisten der Kernenergie, der Bevölkerung vorzugaukeln, daß die herkömmlichen (fossilen) Energieträger versiegt seien, und daß der verstärkte Aufbau der Kernenergie der „letzte Ausweg aus der Energiekrise" sei. Dem ist jedoch entgegenzuhalten, daß allein in Westdeutschland die gesicherten Steinkohlevorkommen – bei einer Abbautiefe von 2 000 m – den Energieverbrauch der Bundesrepublik für ca. 500 Jahre decken könnten. Ca. 130 Jahre lang ließe sich der gesamte Energieverbrauch des Jahres 1973 aus den hiesigen gesicherten Braunkohlevorkommen decken. Nimmt man diese und alle anderen fossilen gesicherten Brennstoffe der Welt (Öl, Erdgas, Kohle) zusammen, so betragen sie 7 518 Mrd. t SKE (Steinkohleeinheiten), die gesicherten Uranoxid-Vorkommen für Kernreaktoren jedoch nur 58 Mrd. t SKE. Hinter dem forcierten Ausbau der Kernenergie steckt also nicht die Sorge um die Bevölkerung, der demnächst „die Lichter ausgehen", sondern allein die Sorge um den Profit der Atomindustrie. Im Kapitalismus ist es eben so, daß Energiequellen, die keinen oder zu wenig Profit abwerfen, nicht, bzw. nicht mehr nutzbar gemacht werden.

Das zeigt sich auch an den Vorgängen in den 60er Jahren, als die Energieversorgung der Bundesrepublik von 60% Steinkohleanteilen im Jahre 1960 auf 22% im Jahre 1973 umgestellt wurde. Dafür wuchs im gleichen Zeitraum der Anteil des Mineralöls von 21% auf 55%. 300 000 Kumpel verloren dabei ihren Arbeitsplatz. Die Energiepolitik für den Profit der Konzerne wird auf dem Rücken des Volkes ausgetragen.

Ist Kernenergie billig?

Um der Bevölkerung die Kernenergie schmackhaft zu machen, behauptet die Energiewirtschaft, Kernenergie sei besonders billig. Die Energiekosten für die Bevölkerung haben sich jedoch noch nie verringert, gerade durch die Erhöhung des „Kohlepfennigs" vor einiger Zeit, haben die Kapitalisten erneut bewiesen, auf wessen Kosten sie Energiewirtschaft betreiben. Im übrigen wäre die Atomwirtschaft schon längst bankrott, wenn sie alle Kosten, die sie bisher verursacht hat, hätte selbst bezahlen müssen. Es sind dies die Kosten für Forschung und Entwicklung der Kernenergie (in der Bundesrepublik bis 1975 18 Mrd. DM), Ausfallgarantieen und Bauzuschüsse der Regierung, Wiederaufbereitungsanlagen und Mülltransport, Lagerung radioaktiver Abfälle und Atommüll, Versicherungskosten für den Fall eines nuklearen Unfalls, Kosten für Lungenkrebs bei Uranbergarbeitern. Hinzu kommt noch die staatlich geförderte Uranversorgung – ebenfalls aus Steuergeldern bezahlt. Trotz all dieser Zuschüsse ist die Kernindustrie nicht in der Lage, Kernenergie billiger zu liefern als Energie aus herkömmlichen Kraftwerken, geschweige denn, den Energiepreis für die Bevölkerung zu senken.

Sind Kernkraftwerke umweltfreundlich?

Daß die Kapitalisten unsere Umwelt rücksichtslos verschmutzen, wird – besonders durch die diversen Giftmüllskandale – immer offensichtlicher. Nun behaupten die KKW-Betreiber, KKWs seien besonders „umweltfreundlich": kein Schwermetallregen auf die Bevölkerung, keine Verschmutzung von Flußwasser, keine verrußten Wohnungen in der Nähe von KKWs, usw. Doch der Schein trügt: Ein Kraftwerk ist auf Grund physikalischer Gesetzmäßigkeiten nicht in der Lage, die gesamte erzeugte Wärmeenergie in elektrische Energie umzuwandeln. Die nicht in elektrische Energie umgesetzte Wärme wird an die Umgebung als sogenannte „Abwärme" abgegeben. Diese Abwärme ist bei KKWs besonders hoch. Wird sie an Flüsse abgegeben, so wärmen sich die Flüsse um einige Grad auf, was das biologische Gleichgewicht des Flusses empfindlich stören kann. Wird die Abwärme über Kühltürme an die Atmosphäre abgegeben – wie z. B. in Whyl – kann dies in erheblichem Maße das Klima beeinflussen.

Doch die größte Umweltbelastung für die Bevölkerung verursachen die radioaktiven Spaltprodukte, die ein KKW an die Umgebung abgibt.

– Da wird z. B. radioaktives Strontium 90 abgegeben, welches sich bevorzugt in den Knochen ablagert und ein sogenannter „beta"-Strahler ist. Das Knochenmark ist bei Bestrahlung Entstehungsort für Leukämie, da dort die Blutzellen gebildet werden.

– Da wird radioaktives Jod 131 abgegeben, welches sich bevorzugt in der Schilddrüse anlagert und dort Krebs hervorrufen kann.

Neben dem gasförmigen Jod entweichen noch weitere Gase aus KKWs, wie z. B. diverse radioaktive Edelgase. Mittels komplizierter Filterverfahren könnte man diese Schadstoffe aus der Abluft entfernen, das ist den KKW-Betreibern aber viel zu kostspielig, ihr Profit ist ihnen wichtiger als die Gesundheit der Bevölkerung. Technisch ungelöst ist, wie man radioaktives Tritium (überschwerer Wasserstoff), aus dem Wasser entfernen soll.

– Es werden radioaktive Substanzen abgegeben, die sich in Ei- und Samenzellen anlagern und dort Mutationen hervorrufen können (z. B. Verkrüppelungen). Heute ist noch nicht abzusehen, wie groß die Erbschäden sein werden, die durch KKWs erzeugt werden, zumal sie sich erst in der 3. und folgenden Generation bemerkbar machen. Man hat aber berechnet, daß heute schon allein durch die erhöhte radioaktive Belastung der Bevölkerung bei Normalbetrieb aller KKWs in der Bundesrepublik, sich die Zahl der Mißbildungen um 600 und die Zahl der Krebserkrankungen um 9 200 pro Jahr erhöhen wird.

KKWs arbeiten nicht ohne eine umfangreiche Hilfsindustrie zu ihrer Ver- und Entsorgung mit Brennmaterial. Dazu gehören die Isotopenanreicherungsanlagen, Brennelementfabriken, Wiederaufbereitungsanlagen, Abfall-Lagerung. Sie alle zusammen belasten unsere Umwelt vielfach stärker radioaktiv als die KKWs selbst.

Sind Kernkraftwerke sicher?

Bis heute hat sich noch keine Versicherungsgesellschaft gefunden, die ein KKW versichern will, warum? Viel diskutiert wird der Fall, daß ein KKW nicht mehr in „Normalbetrieb" arbeitet, sondern sich ein sogenannter GAU (Größter anzunehmender Unfall) bzw. Super-GAU ereignet. Was hat man darunter zu verstehen? Bricht in einem Reaktor die Hauptkühlmittelleitung, so verdampft das Wasser im Reaktorkern und verläßt ihn über Bruchstellen, d. h. es fließt nicht mehr durch die Kühlwasserkanäle zwischen den Brennstäben. Der Reaktor muß jetzt sofort abgeschaltet werden und das Notkühlsystem in Gang gebracht werden (GAU). Versagt auch das Notkühlsystem, spricht man von einem Super-GAU.

Bei einem GAU erhöht sich die Abgabe von Radioaktivität um das 200fache, bei einem Super-GAU entweicht die gesamte Aktivität, was den Abfallprodukten von ca. 1 000 Hiroshima-Bomben entspricht. Die maximale Zahl der Todesopfer bei einem Super-GAU beträgt einige Hunderttausend. Angesichts dieser Tatsachen versuchen die Betreiber von KKWs, die Möglichkeit eines solchen Unfalls herabzuspielen. Tatsache ist jedoch, daß – selbst nach Berechnungen von Befürwortern der Kernenergie – in 17 Jahren mit mindestens einem solchen Unfall gerechnet werden muß, wenn 1000 KKWs in Betrieb sind. Gegner der Kernenergie rechnen mit einer noch höheren Eintrittswahrscheinlichkeit für derartige Unfälle.

Der Standpunkt der Bevölkerung von Whyl oder Esenshamm ist gerecht: Kein weiterer Bau von Kernkraftwerken! Weder das Interesse, Energiequellen zu sichern, noch die Bedürfnisse der Bevölkerung treiben die Monopole wie Siemens, AEG, BBC und Krupp und ihren kapitalistischen Staatsapparat zum Bau von Kernkraftwerken, sondern allein ihr Streben nach größerem Profit. Für diesen Profit nehmen die Kapitalisten ohne weiteres in Kauf, daß Tausende mit Krankheit und Tod bedroht sind. Und mehr noch: sie kalkulieren damit; denn die Kapitalistenklasse samt ihrer Regierung wissen sehr wohl um die Gefahren, die von ihren unsicheren Kernkraftwerken ausgehen. Daß der Staatsapparat durch seine Polizei gewaltsam den Bau der Kernkraftwerke gegen den Widerstand der Bevölkerung durchzusetzen sucht, zeigt, daß Petitionen und Bittschriften nichts zu ändern vermögen. Eine Energiewirtschaft im Interesse der Werktätigen wird es erst dann geben, wenn die Werktätigen die politische Macht errungen haben, unter der Diktatur des Proletariats.

Vom Aufbau des Sozialismus

KEINE ARBEITSLOSIGKEIT IN CHINA

In Artikel 27 der Verfassung der Volksrepublik China heißt es: „Die Staatsbürger haben das Recht auf Arbeit." Heute gibt es in ganz China keine Arbeitslosigkeit mehr. Unter den 800 Millionen Einwohnern nehmen sogar die körperlich Behinderten, wie Taube oder Blinde, unter Obhut der Partei und des Staates an der Arbeit teil, soweit das in ihren Kräften steht. Die Ausrottung der Arbeitslosigkeit, die vor der Befreiung ein großes Problem für das chinesische Volk war, – damals gab es Millionen Arbeitslose – wurde mit dem Aufbau der sozialistischen Wirtschaft möglich. Heute sind die Arbeiter die Herren der Fabriken, und keine Leitung hat das Recht, sie zu entlassen. In Tschangtschau beispielsweise, einer mittelgroßen Stadt in der Nähe Schanghais, sind von 290 000 Einwohnern 150 000 beschäftigt. Das heißt, daß außer den Studenten, Kindern und Rentnern alle arbeitsfähigen Männer und Frauen einen Arbeitsplatz haben.

Die Regierung hat es auch den Frauen ermöglicht, an der Produktion teilzunehmen. Ältere Frauen oder Frauen, die viel Hausarbeit zu bewältigen haben, erhalten die Möglichkeit, in Nachbarschaftsproduktionsgruppen oder Dienstleistungszentren nach ihren Möglichkeiten zum Aufbau des Sozialismus beizutragen.

Auch unter den älteren Arbeitern, die im Kapitalismus die ersten sind, die entlassen werden, ist in China Arbeitslosigkeit völlig unbekannt. Arbeiter im fortgeschrittenen Alter, die nicht mehr an Schwerarbeit teilnehmen können, erhalten leichtere Arbeit, ohne daß sie dadurch weniger Lohn bekämen.

Im Kapitalismus bedeutet technischer Fortschritt, Rationalisierung, immer auch Entlassung von Arbeitern. Ganz anders in China. Die menschliche Arbeitskraft, die durch die technische Erneuerung eingespart wird, kann an anderen Arbeitsplätzen eingesetzt werden. In Datsching, Chinas größter Ölbasis, wurde die Technologie ununterbrochen entwickelt, aber kein einziger Arbeiter entlassen. Von den Arbeitern, die durch technische Veränderung freigesetzt wurden, bohren einige nach neuen Ölquellen, andere arbeiten auf neuen Ölfeldern, oder in der Forschung.

DAS CHINESISCHE FERNSEHEN

Seit 1958, dem Jahr des Großen Sprungs nach vorn, gibt es in China ein eigenes Fernsehen, das sich vor allem seit der Großen Proletarischen Kulturrevolution stürmisch entwickelte. Heute gibt es 37 Sender für das ganze Land, und die Zahl der Zuschauer hat sich in den letzten 10 Jahren auf das zehnfache erhöht.

Das chinesische Fernsehen spielt eine wichtige Rolle im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben Chinas. Das chinesische Volk benutzt es, um die Diktatur des Proletariats weiter zu festigen und die Erziehung des neuen Menschen voranzutreiben. So wurden beispielsweise während der Großen Proletarischen Kulturrevolution, während der Kampagnen zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius und Deng Hsiao-ping Massenversammlungen, Diskussionen in Betrieben und ähnliche Veranstaltungen übertragen. Es gibt Filme über die Entwicklung verschiedener Fabriken, über die Entwicklung der technischen Errungenschaften, über die Landwirtschaft, über Kultur und Geschichte. Als zum Beispiel in Tientsin nach dem 9. Parteitag der KP Chinas das philosophische Studium der Arbeiter, Bauern und Soldaten einen großen Aufschwung nahm, drehte das Fernsehen insgesamt 30 Filme zu diesem Thema, um diese Bewegung zu vertiefen, und trug so dazu bei, daß das Studium der philosophischen Werke des Vorsitzenden Mao Tsetung von den Massen noch besser durchgeführt werden konnte.

Um ein Fernsehprogramm im Dienste des Proletariats gestalten zu können, ist es notwendig, daß die Werktätigen in den Sendern engen Kontakt halten mit den Massen. Die Fernsehstationen arbeiten eng zusammen mit den örtlichen Parteiorganisationen, sie haben ein Netz von Korrespondenten in den Betrieben, unter den Bauern, Studenten usw. Etwa ein Drittel aller Filme, die in der letzten Zeit gesendet wurden, stammten von diesen Korrespondenten.

Der chinesische Staat sorgt auch dafür, daß möglichst viele Menschen dieses Fernsehprogramm verfolgen können. Seit der Großen Proletarischen Kulturrevolution wurden Fernsehräume in Fabriken, Dörfern, Armeeeinheiten, Wohngebieten und Volkskommunen eingerichtet.

VDS-Demonstration in Bonn

Sternmarsch-ein Betrugsmanöver

Für den 22. Juni hat der VDS zu einer zentralen Demonstration in Bonn aufgerufen. Diese Demonstration dient nicht dem Kampf der Studenten gegen das Hochschulrahmengesetz, sondern soll gerade von einem wirkungsvollen Kampf ablenken. Sie ist durch und durch ein Betrugsmanöver der Gruppen im VDS-Vorstand wie Jusos, LHV, SHB und MSB Spartakus.

Angeblich richtet sich diese Demonstration gegen den „Abbau demokratischer Rechte." Doch wer ist der Gegner in diesem Kampf, gegen wen und wie müssen die Studenten diesen Kampf führen? Im VDS-Aufruf heißt es dazu „Unter der demagogischen Parole ‚Freiheit oder Sozialismus' mobilisieren reaktionärste Kräfte — CDU/CSU und Unternehmerverbände — offen gegen jeden gesellschaftlichen Fortschritt." Liegt wirklich alles an der CDU, am dem Rechtskartell? Hat nicht die SPD das Hochschulrahmengesetz genauso durchgepeitscht, sind nicht gerade unter der jetzigen Regierung Maßnahmen wie die 14. Strafrechtsänderung verabschiedet worden, die in Richtung Faschismus gehen? Die Gruppen im VDS-Vorstand wollen den Studenten einreden, es gälte eben nur die „reaktionären Kräfte" zurückzudrängen und die fortschrittlichen Kräfte zu stärken. Der Staat wird als eine an sich unabhängige Institution hingestellt. So wird an die Vernunft der Regierung appelliert, sich jetzt doch endlich mal wieder mehr für die Studenten einzusetzen. Der MSB behauptet z.B., das HRG sei eine „Reformleiche", als ob der bürgerliche Staat ursprünglich wirklich eine Reform im Interesse der fortschrittlichen Studenten geplant hätte.

Tatsache aber ist, daß das HRG von Anfang an ein Mittel zur Unterdrückung, zur Disziplinierung und Straffung des Studiums war.

Tatsache ist auch, daß der Staat durch und durch ein Instrument der Bourgeoisie zur Niederhaltung der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes ist mit Hochschulrahmengesetz, Landeshochschulgesetzen, Studienordnungen und Prüfungsordnungen und wenn nötig auch mit Polizei, wie zuletzt in München, versucht der Staat die Studenten niederzuhalten und zu reglementieren, sei es in Bayern, Hessen, Berlin oder Baden-Württemberg.

Indem die CDU als der große Feind beschworen wird, wird vom wirklichen Feind, dem gesamten Staatsapparat, abgelenkt, so sollen die Studenten in die Irre geleitet werden.

Vor allem der MSB Spartakus versucht systematisch Illusionen in den Staatsapparat zu schüren. So stellt er die Forderung nach „Novellierung des HRG" auf, was soviel heißt, das HRG solle noch einmal im Bundestag beraten werden. Als ob dann etwas anderes herauskommen würde! MSB und Jusos schüren Vertrauen in Staat und Regierung, um zu verhindern, daß die Studenten wirklich revolutionär gegen den Abbau demokratischer Rechte kämpfen, daß sie erkennen, **daß der Faschismus nicht durch das friedliche Zurückdrängen einiger Reaktionäre zu verhindern ist, sondern nur durch die gewaltsame Zerschlagung des Staatsapparates an der Seite und unter Führung der Arbeiterklasse.**

Demagogisch greifen die Revisionisten den Wunsch vieler Studenten auf, sich mit der Arbeiterklasse zu verbinden und versuchen diese Studenten auf die Gewerkschaften zu orientieren „Stärkt die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, besonders mit der Gewerkschaftsjugend", heißt es im VDS-Aufruf. Der DGB aber ist selber einer der größten Kapitalisten in der Bundesrepublik, hat selbst den Lohnraubabschlüsse in den letzten Tarifrunden zugestimmt und versucht überall den Kampf der Arbeiter zu unterdrücken.

Hinzu kommt, daß im VDS-Aufruf vom Mai die entscheidenden Punkte des HRG nicht einmal erwähnt werden nämlich Ordnungsrecht und Regelstudienzeit; so soll verhindert werden, daß sich die fortschrittlichen Studenten wirklich um zentrale Forderungen zusammenschließen.

Wie verlogen dieser Sternmarsch ist, wird auch daran deutlich, daß die gleichen Leute, die sich hier als Kämpfer gegen das HRG aufspielen, praktisch selbst das HRG mit umsetzen. Überall sitzen Jusos und MSB in Gremien und arbeiten konstruktiv an neuen Prüfungs- und Studienordnungen mit, die nichts anderes bedeuten als die Durchsetzung des HRG.

Studenten, die schon länger an der Universität sind, wissen, daß die Sternmarschtaktik nicht neu ist. **Einmal im Semester sollen die Studenten „Dampf ablassen", damit sie insgesamt ruhig bleiben.** Immer wenn auf Vollversammlungen von Studenten unbefristete Streiks, Klausurenboykotts, Raumbesetzungen und andere gute Kampfmaßnahmen vorgeschlagen werden, versuchen MSB und Jusos abzuwiegeln und werben für ihre Sternmärsche. So auch im letzten Semester in Marburg, wo die Studenten gegen die Abschaffung der ASten kämpften, und der MSB alles tat, um die Studenten vom revolutionären Kampf, vom unbefristeten aktiven Streik abzuhalten. Stattdessen forderte er auf weiter zu studieren und pries eine Demonstration am 8. 11. in Dortmund an.

Der KSB/ML wird nach Kräften alle Kämpfe der Studenten unterstützen, die sich gegen den bürgerlichen Staat richten. Ein wirkungsvolles Mittel im Kampf gegen das HRG ist ein bundesweiter unbefristeter Vorlesungsstreik, wie ihn auch die Darmstädter Kommilitonen vorschlagen. In den Kämpfen der Studenten gilt es den Einfluß des MSB und auch der Jusos zurückzudrängen, die versuchen, jeden revolutionären Funken auszutreten, die vor allem verhindern wollen, daß die fortschrittlichen Studenten unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der KPD/ML, für die sozialistische Revolution kämpfen.

Nieder mit dem Sternmarschmanöver!

Weg mit dem Hochschulrahmengesetz!

Für das revolutionäre Bündnis der fortschrittlichen Studenten mit der Arbeiterklasse!

Staatsschutzgesetze werden verschärft

Fortsetzung von Seite 1

ristische Vereinigungen" und erhöht gleichzeitig das Strafmaß beträchtlich — auf 6 Monate bis 5 Jahre Gefängnis für Mitglieder und auf 1 bis 10 Jahre für „Rädelsführer". **Jedermann weiß, wen die Bourgeoisie als „Terroristen" bezeichnet: So nennt sie Demonstranten, die sich militant gegen die Polizei zur Wehr setzen, so nennt sie Hausbesetzer, so nennt sie Bauern, die, wie in Whyl gegen Kernkraftwerke, kämpfen, so nennt sie Streikende, die sich Streikbruch und Polizeieinsätze nicht gefallen lassen, so nennt sie vor allem revolutionäre Organisationen und die Kommunistische Partei, die den Kampf führen zum Sturz des Staatsapparates.**

Sie alle werden mit diesem Gesetz zu „Verbrechern" erklärt und können für Jahre eingesperrt werden. Der CDU ist sogar diese Verschärfung noch zu lasch, dieses Gesetz führe „zu einer Erschwerung des Schußwaffengebrauchs durch die Polizei" — mit anderen Worten, jeder, der im Verdacht steht, ein „Terrorist" zu sein, soll ohne viel Worte über den Haufen geknallt werden können.

Aber sehen wir weiter zu! Jeder Kämpfer, der sich in Zukunft revolutionär organisiert, hat nicht nur eine hohe Strafe zu fürchten, er soll auch vor seinen Nachbarn, seinen eigenen Familienangehörigen zittern. Denn die „Antiterrorgesetze" führen die „Anzeigepflicht" ein, die es bei anderen Vergehen nicht gibt. In der Praxis wird das so aussehen, daß beispielsweise Passanten, die Zeuge einer militanten Auseinandersetzung zwischen Polizei und Demonstranten werden, bei Strafe verpflichtet sind, die Revolutionäre anzuzeigen und gegen sie auszusagen. So soll ein ganzes Volk in Angst und Schrecken versetzt und zum Denunziantentum erzogen werden.

Auch den „Kronzeugen" führt das Gesetz ein. Durch Zusicherung von Straffreiheit sollen wankelmütige Elemente zum Verrat und zur Denunziation gebracht, vor allem aber die eingeschleusten Polizeispitzel geschützt werden. Diese widerwärtigen Lumpen, die die Volksmassen zutiefst verachten und hassen, können jedes Verbrechen, jeden Verrat begehen, die Klassenjustiz garantiert ihre weiße Weste.

Jeder Revolutionär, der mit Hilfe dieses Gesetzes einmal in die Fänge von Justiz und Polizei geraten ist, läuft Gefahr, für Jahre seine Freiheit zu verlieren — sogar ohne gültiges Gerichtsurteil. Während es bisher nur möglich war, einen Verdächtigen in Untersuchungshaft zu nehmen, wenn Flucht- oder Verdunklungs- oder Wiederholungsgefahr bestand, werden diese Bedingungen nun einfach beseitigt: Jeder kann eingesperrt werden, „wenn der vorläufige Freiheitsentzug geboten erscheint".

Zweifellos: Hier haben die westdeutschen Imperialisten bei allen faschistischen Regimen gelernt, vor allem vom Hitlerfaschismus, wo Tausende jahrelang eingekerkert wurden, ohne überhaupt den Grund dafür zu erfahren.

Auch die Verteidigung von Revolutionären wird durch das Gesetz bedeutend erschwert. In Zukunft soll jedes Gespräch, jeder Briefwechsel zwischen einem Rechtsanwalt und seinem Mandanten überwacht werden. Jeder Rechtsanwalt, der in Verdacht steht, seine Klientel zu unterstützen — und in dieser Verdacht gerät er praktisch, bereits, wenn er die Verteidigung eines „Terroristen" übernimmt, kann ausgeschlossen werden, nicht nur von diesem, sondern auch von allen anderen Verfahren gegen Revolutionäre, er kann zeitweise oder auf Dauer von seinem Beruf vollkommen ausgeschlossen werden, ohne daß die Bourgeoisie den umständlichen Weg über ein „Ehrengericht" gehen muß. Damit will sie verhindern, daß der Kampf vor Gericht weitergeführt wird. Wir wissen ja aus den Prozessen gegen die Genossen der RAF, wie es der Klassenjustiz am liebsten wäre: Sie selbst bestimmt „Pflichtverteidiger", die möglichst während der ganzen Verhandlung den Mund nicht öffnen und mit der Bourgeoisie Hand in Hand arbeiten.

Auch wenn die westdeutschen Imperialisten behaupten, diese Gesetze dienten „dem Schutze und der Sicherheit des Volkes", zeigen schon diese wenigen Beispiele, gegen wen sie sich richten: Gegen die kämpfenden Volksmassen, die überall beginnen, sich auf revolutionärer Grundlage zu organisieren, gegen diese Organisationen selbst, vor allem aber gegen die Kommunistische Partei. **Sie zeigen, daß es der Staatsapparat selbst ist, der die Faschisierung heute offen und schnell vorantreibt.**



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

MÜNCHEN

Freigesprochen wurde der presserechtlich Verantwortliche der KPD/ML den der RCDS-Führer und Denunziant Günter Dörr angezeigt hatte. Dörr war in einem Flugblatt des KSB/ML als Helfershelfer der Polizei entlarvt worden, der bereits mehrmals Fotos von revolutionären Studenten ausgeliefert und schon 19 Beschwerden und Anzeigen gegen fortschrittliche Studenten gemacht hatte.

NÜRNBERG

In Zukunft ist jeder Genosse, der in den Mensen bayrischer Universitäten die ‚Rote Fahne' Zentralorgan der GRF, verkauft, von einer Geldstrafe von 500 000 DM oder einem halben Jahr Gefängnis bedroht. Dieses Terrorurteil sprach jetzt das Landgericht Nürnberg aus. Mit diesem Urteil setzt die Bourgeoisie ihre Politik fort, revolutionäre und kommunistische Zeitungen zu verbieten.

MÜNCHEN

Im Januar 1975 hatte der Münchner Polizist Peter Presse den 18jährigen Erich Wiesneth erschossen Er hatte den Jungen, der nachts ohne Führerschein gefahren war, angehalten, die Seitenfenster des Wagens eingeschlagen und ihn aus nächster Nähe mit zwei gezielten Schüssen ermordet. Jetzt trat das Urteil für Presse in Kraft 9 Monate Gefängnis auf Bewährung ...

KÖLN

Wegen eines Wahlflugblattes während der Landtagswahlen in NRW wurden jetzt die beiden Landtagskandidaten der GRF der verantwortliche Redakteur der „Roten Fahne", Willi Jasper, und die vom Berufsverbot bedrohte Lehrerin Helga Hirsch, zu Geldstrafen von 900 bzw. 600 DM verurteilt. Sie hätten, so die Urteilsbegründung, die Bundesrepublik dem „unbefangenen Durchschnittsleser" als Staat hingestellt, „in dem das Grundgesetz mißachtet, Opposition unterdrückt und niedergeknüppelt werden, so daß dieser der allgemeinen Mißachtung anheimfalle und ‚hinweggefegt' werden müsse".

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Sparkasse Dortmund
Kto.Nr. 321 004 547
Stichwort: Solidarität

SCHREIBT DEN GENOSSEN IN HAFT:

Heinz Baron, 44 Münster, Gartenstr. 21

SASCHA HASCHEMI VERLEGT

Genosse Sascha wurde in eine neue Haftanstalt verlegt. Seine neue Adresse lautet:
Alexander Haschemi, 8000 München, Hirschenburgstr. 12, JVA.

GENOSSE GEORG SCHMIDT AUS DER HAFT ENTLASSEN

Genosse Georg Schmidt, der seit dem 15. Juli 1975 wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 im Gefängnis saß, ist aus der Haft entlassen worden. Die Reststrafe wurde zur Bewährung ausgesetzt.

Frankreich·

Freiheit für Romain Le Gal!

Seit mehr als zwei Monaten kämpft unsere französische Bruderpartei, die Kommunistische Partei Frankreichs/Marxisten-Leninisten, die in der Illegalität arbeitet, um die Freiheit des Genossen Romain Le Gal. Diesen Kampf unterstützen die Kommunisten/Marxisten-Leninisten Frankreichs, der Jugend- und Frauenverband, zahlreiche Solidaritätskomitees und gewerkschaftliche Gruppen. Genosse Le Gal sitzt seit Anfang April im Gefängnis in Fresnes auf Anweisung des Staatssicherheitshofes, eines politischen Sondergerichtes. Er ist, wie zwei weitere Genossen, angeklagt wegen „Wiederaufbaus der Kommunistischen Partei Frankreichs/Marxisten-Leninisten".



Genosse Romain Le Gal

Mit dem Aufschwung der Klassenkämpfe in Frankreich ging die Justiz immer brutaler gegen Werktätige, vor allem gegen Revolutionäre und Kommunisten vor. Zahlreiche politische Gefangene sitzen im Gefängnis. Seit einigen Wochen steht der korsische Freiheitskämpfer Simeoni vor Gericht. In Südfrankreich ist der Weinbauer Teysseire bereits seit Wochen im Gefängnis und steht unter Mordanklage. Angeblich soll er während der großen Kämpfe der Winzer im März einen Polizisten erschossen haben. Die Justiz hat keinen anderen „Beweis" gegen ihn als ein Pressefoto, auf dem er angeblich — von hinten — identifiziert wurde. Der Bretone Perig Loquet sitzt bereits seit 12 Monaten in Untersuchungshaft, obwohl sein Gesundheitszustand lebensgefährlich ist. Der Kleinbauer Jacques Villiers wurde zu 8 Monaten verschärfter Haft verurteilt, weil er einen Richter ohrfeigte. Und diese Liste ließe sich fortsetzen.

Romain Le Gal wurde Anfang April mitten in der Nacht verhaftet, zusammen mit zwei weiteren Genossen, als sie Parolen malten. Während die beiden anderen Genossen, die heute ebenfalls unter Anklage stehen, nach kurzer Zeit wieder freigelassen wurden, sitzt Romain noch immer im Gefängnis — das ist sogar ein Bruch der eigenen Gesetze der Bourgeoisie. Was die Klassenjustiz erreichen will, ist offensichtlich: Sie will der KPF/ML einen Schlag versetzen, sie will vor allem einschüchtern und verhindern, daß immer mehr Menschen sich der Partei anschließen, wie das in der letzten Zeit geschehen ist.

Doch dieser Angriff der Bourgeoisie hat sich längst gegen sie gerichtet. Die KPF/ML hat eine breite Mobilisierung durchgeführt. In ganz Frankreich wurden Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen durchgeführt, an denen sich Tausende Menschen beteiligten. Streikende Arbeiter, Mieter und Studenten schickten Solidaritätsadressen, ebenso wie verschiedene Gewerkschaftsgruppen. Am 26. Juni wird in Paris wieder eine Großveranstaltung stattfinden unter der Losung „Freiheit für Romain Le Gal!"

GRF sabotiert Kampf um Einheit

Natürlich trifft es die GRF-Führung besonders, wenn unter den Genossen der GRF in Düsseldorf, die sich seit dem Roten 1. Mai 1976 der Partei angeschlossen haben (inzwischen ist es die Hälfte der Mitglieder und die Mehrheit der früheren Ortsleitung), sich auch die einzige Werktätige des Regionalkomitees Rhein/Ruhr der GRF befindet, deren Stellungsnahme zu ihrem Austritt wir im ROTEN MORGEN Nr. 22 abdruckten.

Zur Veröffentlichung dieser Stellungnahme behauptet die „Rote Fahne" in ihrem Kommentar zum Gemeinsamen Kommunique zur Generallinie, das sei „ein schlechtes Beispiel für den Kampf um die Einheit", das den „Kampf zweier Linien, der in dieser Stadt geführt wurde, verschweigt". Ist das so? Wer wirklich dem prinzipienfesten Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten ausweicht, kann man gerade an der Entwicklung in Düsseldorf sehr gut sehen.

Auf der letzten gemeinsamen Veranstaltung, die kurz nach dem 1. Mai zum Thema „Moderner Revisionismus" stattfand, war für jedermann offensichtlich geworden, wer den Marxismus-Leninismus verteidigt und anwendet, und wer seine Position mit Verdrehungen bis hin zu offensichtlichen Fälschungen zu rechtfertigen versucht. Noch am selben Tag vereinbarten die beiden Ortsleitungen die nächste Veranstaltung für den 11.6. 1976. Sie sollte das Thema behandeln „Gründung und Grundlagen der Partei". Das wurde auch in beiden Organisationen bekanntgegeben.

Nach der Veranstaltung zum modernen Revisionismus spitzten sich in den Reihen der GRF die Auseinandersetzungen um die Frage des Hauptwiderspruchs und des Etappenziels weiter zu, auch auf Grund der Auseinandersetzung mit der Präsidiumserklärung der KPD/ML. Immer mehr Genossen waren nicht mehr bereit, die Klärung dieser Fragen hinauszuschieben.

In dieser Situation schlugen wir vor, eine gemeinsame Veranstaltung zur Präsidiumserklärung und zu den Fragen, die zum Austritt vieler Genossen geführt hatten, durchzuführen. Erst sagte das Regionalkomitee der GRF den Termin am 23.5. zu, dann zwei Tage vorher, bat es um Verschiebung auf den 26.5., um wiederum einen Tag vorher abzusagen. Die Begründung lautete: Der Prozeß von Kritik und Selbstkritik der alten Ortsleitung sei noch nicht abgeschlossen, sie hätten noch keine ausreichende Klarheit zur Präsidiumserklärung, obwohl es dazu schon innerorganisatorische Stellungsnahmen gab.

Die Partei entschloß sich deshalb, auch auf Grund des Wunsches der ausgetretenen Genossen, diese Veranstaltung allein durchzuführen. Die GRF tat alles, damit keiner ihrer Genossen dorthin gehen konnte. Trotzdem kamen Sympathisanten der Liga zur Veranstaltung, die sehr beeindruckt waren.

Wer nun glaubt, die GRF-Führer hielten wenigstens den vereinbarten Termin der Veranstaltung über die Gründung der Partei am 11. 6. ein, der sah sich getäuscht. Plötzlich hieß es, sie hätten an diesem Tag schon eine andere Veranstaltung geplant – stattdessen wollten sie jetzt am 9. 6. eine Veranstaltung zur Präsidiumserklärung der KPD/ML durchführen. Mitgliedern und Sympathisanten war von dieser anderen Veranstaltung, die so plötzlich angesetzt wurde, zu diesem Zeitpunkt noch gar nichts bekannt.

Aber auch diese Veranstaltung fand nicht statt. Die GRF-Führer verlegten sich wieder auf Verhandeln. Jetzt wollen sie eine Veranstaltung zum Gemeinsamen Kommunique am 15. 6. durchführen, und die Veranstaltung zur Gründung der Partei auf den 2. Juli verschieben. Ob sie diesmal ihr Wort halten werden?

Diese Taktiererei zeigt jedenfalls, wie sehr gewisse Leute den aktiven Kampf um die Einheit fürchten, und entlarvt zugleich das Gerede der „Roten Fahne", die KPD/ML müsse zu gemeinsamen Veranstaltungen „gezwungen" werden.

Korrespondenzen

Redaktion
„ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

WIE KLEIDER GEMACHT WERDEN

Wer glaubt, daß Kleider mit deutschem Firmenzeichen aus Deutschland kommen oder Kleider mit holländischen Firmenzeichen aus Holland, der hat sich schwer getäuscht. Wie sie wirklich hergestellt werden, das habe ich bei der Firma „Schneeberger" kennengelernt:

Es werden Stoffe gekauft, dazu Taft, Vliseline, Reißer, Nähgarn, Kleiderbügel, bis man einschließlich der selbstgedruckten deutschen Etiketten alles für ein Kleid zusammen hat. Der ganze Kram geht auf einem Lastwagen nach Bulgarien. Und nach einigen Wochen kommen dann „deutsche Damenmoden" zurück. Das Ganze klingt unglaublich, aber die Lösung ist einfach, nämlich die maßlose Ausbeutungsrate in den revisionistischen Ländern. So plaudern dann die Handlanger der Kapitalisten im Betrieb auch, daß man früher in Griechenland genäht hätte, aber in Bulgarien, das sei heute einfach billiger. Daß die bulgarischen Näherinnen dann auch Samstag und Sonntag durchmachen müssen, wundert niemand mehr. Die bulgarischen Revisionisten zahlen solche Hungerlöhne, daß es für die Firma „Schneeberger" billiger ist, die Kleider drei Tage und Nächte lang hin und dann wieder zurückzufahren, als sie im Land nähen zu lassen. Wahrhaftig – eine „sozialistische" Errungenschaft für die westdeutschen Imperialisten!

Aber damit nicht genug. Die Kleider kommen, hübsch signiert mit deutschen Etiketten, zurück. Dann werden die Etikette abgerissen. Man muß dabei sehr sorgfältig arbeiten, sonst könnte der Zoll was merken! Dann wird die „Damenmode" nach Holland verfrachtet. Dort „produziert" man holländische Kleider – indem einfach holländische Etikette eingenäht werden, und „exportiert" das Ganze in die Bundesrepublik. Dafür bekommt der holländische Kapitalist pro Kleid 10 Mark mehr, vor allem durch Exportüberschüsse. Bei 10 000 Kleidern, die auf einen Zug gehen, macht das immerhin 100 000 DM aus, für nichts und wieder nichts.

Man sieht: ob es nun bulgarische Revisionisten, westdeutsche Kapitalisten, oder ihre holländischen Kumpane sind, alle sind sich einig. Erst durch die sozialistische Revolution in den einzelnen europäischen Ländern wird diesem Banditenpack das Handwerk gelegt!

Rot Front, eine Genossin aus Münster

BUNDESWEHR: SOLDATEN WEHREN SICH GEGEN SCHIKANEN

Liebe Genossen,

ich bin Soldat bei der Bundeswehr und war vor kurzem zu einem Manöver auf dem Truppenübungsplatz Bergen-Hohne. Ich möchte Euch von einigen Dingen berichten, die sich dort zugetragen haben:

Obwohl es fast täglich regnete, mußten wir 14 Tage lang zu zweit in winzigen Zelten schlafen. Oftmals waren die Zelte sogar undicht und es regnete durch. Man muß sich vorstellen, was das bedeutet: Morgens beim Aufstehen muß man nasse Klamotten anziehen. Die Stiefel wurden während der ganzen Zeit nicht trocken. Natürlich hatten wir kaum Gelegenheit, uns vernünftig zu waschen.

Ganz anders die Offiziere und Unteroffiziere: Für sie mußten wir ein großes Zelt mit Schlafsaal, Aufenthaltsraum, Fernsehen, Radio usw. aufbauen. Für sie war das Ganze eine Art Campingurlaub. Natürlich waren Wut und Empörung der Soldaten groß.

Eines Tages kam der General ins Lager und wollte auf die leutselige Art Gespräche so „von Du zu Du" mit den „Kameraden" führen. Da ist er aber glatt abgeblitzt. Der erste Soldat, den er ansprach, sagte ihm gleich: „Das einzige, was für mich zählt, ist, daß ich nur noch 121 Tage hier hab'". Auch andere Soldaten wollten ihre Wut zum Ausdruck bringen, aber Batteriechef und Bataillonskommandeur nötigten den General ganz schnell zum Gehen.

Die Geschichte hatte ein Nachspiel. Als Strafe für unser „ungebührliches Verhalten" setzte der Batteriechef sofort eine Stunde „Kampfausbildung" an, das ist die größte Schleiferei beim Bund. Unser Unteroffizier ließ uns am Rand einer Kiesgrube antreten, dann ging er gut 200 m rüber auf die andere Seite. Offensichtlich wollte er uns durch die ganze Grube hetzen. Aber als er drüben war, waren wir uns schon einig: Keiner von uns konnte ihn mehr sehen, und als der Uffz dann das Handzeichen „Sprung' auf, marsch, marsch" gab, rührte sich bei uns nichts. Er schrie und tobte, aber wir blieben eisern.

Hinterher mußte er sich harte Worte vom Zugführer sagen lassen, weil der uns allein und ohne „Führung" fand. Ganz klein wurde der Schleifer!

Die Geschichte zeigt: Es gibt nur ein Mittel gegen die Schikanen: Die geschlossene Solidarität der Soldaten. Einige meiner Kameraden haben das bei dieser Sache gelernt.

Rot Front, ein Rotgardist

Arbeitsschutz in China

Kurz nach der Gründung der VR China gab Vorsitzender Mao die Anweisung: „In dem Bemühen, die Revolution zu steigern und sparsam zu wirtschaften, muß man zugleich der Sicherheit, Gesundheit und dem notwendigen Wohlstand der Arbeiter und Angestellten Aufmerksamkeit schenken." Diese Weisung ist zu einem Grundprinzip der Verwaltung der sozialistischen Betriebe Chinas geworden.

Eine dementsprechende Politik verfolgend, hat China eine Reihe von Gesetzen, die den Arbeitsschutz und die Arbeitsunfallversicherung betreffen, festgelegt und in die Tat umgesetzt. Jährlich stellt die Volksregierung dafür beträchtliche Geldsummen zur Verfügung und sorgt dafür, daß die Arbeitsbedingungen ständig verbessert werden. Staatsorgane für Arbeit und Produktion stellen hinsichtlich der Arbeitssicherheit und des Arbeitsschutzes konkrete Forderungen, die in Fabriken und Bergwerken erfüllt werden müssen. Letztere arbeiten jedes Jahr neben ihrem Produktionsplan auch Pläne für die Verbesserung des Arbeitsschutzes und der Arbeitsbedingungen aus.

Im heutigen China ist die Arbeiterklasse der Herr des Staates. Das heißt unter anderem, daß bei allen Arbeiten die Massenlinie durchgeführt wird. So stützt man sich auch in Fragen des Arbeitsschutzes und der Arbeitssicherheit voll und ganz auf die Arbeiterklasse. Konkret sieht das so aus, daß z.B. die Mitarbeiter der in manchen Städten und für einige Industriezweige errichteten Forschungsinstitute in Fabriken und Bergwerke gehen, um gemeinsam mit den Arbeitern Anlagen und Meßgeräte für die Verbesserung des Arbeitsschutzes zu entwerfen und herzustellen. Überdies werden in allen Fabriken und Bergwerken Arbeiter gewählt, die für Arbeitsschutz mitverantwortlich sind. Jährlich werden mehrmals umfassende Untersuchungen über die Produktionssicherheit angestellt, um latente Gefahren festzustellen und zu beseitigen. Bei dieser Untersuchungsarbeit ist es absolut notwendig, die Meinung der Massen zu hören. Im Vergleich zu den Jahren vor der Befreiung haben sich die Bedingungen für Arbeiten unter Tage, im Fracht- und Transportwesen, bei hohen Temperaturen oder in großer Höhe sowie in jenen Produktionsbereichen, wo die Luftverunreinigung besonders gesundheitsgefährdend sein kann, gründlich verbessert. Auf den Arbeitsschutz für die Arbeiterinnen legt der Staat besonderen Wert.

Kohle wurde im alten China zum größten Teil manuell abgebaut und abtransportiert. Nötige Lüftungs- und Beleuchtungsanlagen fehlten unter Tage. Auch in jenen Gruben, wo es schon Grubenlüftung gab, bekam jeder Kumpel pro Minute höchstens 1 Kubikmeter Frischluft. Stolleneinbrüche, Gasexplosionen und andere Unfälle kamen öfters vor. 1917 z.B. haben über 900 Arbeiter bei einer Gasexplosion im Kohlenbergwerk Fuschun in der Provinz Liaoning ihr Leben verloren.

Seit der Befreiung hat die Mechanisierung des Kohlenabbaus und -transports bedeutende Fortschritte gemacht. Fast in allen staatlichen Kohlenbergwerken verfügt man nun über ausreichende Grubenventilation. Im Durchschnitt bekommt nun jeder Kumpel pro Minute über 4 Kubikmeter Frischluft. Im Kohlenbergwerk Fuschun, wo früher das nach wie vor entweichende Grubengas eine große Gefahr bildete, werden heute vor dem Abbau die Gase aus den Schächten abgesaugt und als Rohstoff der chemischen Industrie oder als Haushaltsbrennstoff verwendet. 1953 wurde zur Verbesserung der Arbeitssicherheit eine Fabrik für Meßgeräte gegründet. Mehr als 30 Meßgeräte hat man inzwischen hergestellt, die solche Gefahren wie Gasansammlung, Sauerstoffmangel, Kohlenstaubkonzentration und Stolleneinbrüche signalisieren. Dazu zählt ein optisches Gerät für Gaskontrolle und ein Kontrollgerät, mit dessen Hilfe der Kumpel sich rechtzeitig außer Gefahr bringen kann. In anderen Kohlenbergwerken hat man auch wirksame Maßnahmen gegen Wasser- und Gaseinbrüche, zum Feuer- und Staubschutz und für eine bessere und ungefährliche Beleuchtung ergriffen.

Für die Hafenarbeiter im alten China gab es nur ein einziges Gerät: die Tragstange. Man kann sich vorstellen, wie anstrengend das war! In den neuen Häfen, und durch Modernisierung und Ausbau der alten, sind die Verlade- und Transportarbeiten im wesentlichen mechanisiert bzw. halbmechanisiert.

Früher hatten die Arbeiter in den Hüttenwerken, Maschinen- und Textilfabriken unsäglich unter den hohen Temperaturen zu leiden, die dort herrschten. Heute sind in den Textilwerkhallen Klimaanlagen installiert, die für angenehme Temperatur und gute Lüftung sorgen. In Eisen- und Stahlwerken sowie in Maschinenfabriken sind im allgemeinen außer Entlüftungsanlagen und Ventilatoren auch Luftbefeuchter und spezielle Kaltluftdüsen installiert. In einem Teil der Betriebe können aufgrund der Mechanisierung und Automatisierung die Produktionsprozesse schon von Kontrollräumen aus ferngesteuert werden. Im Sommer gibt es in den Hüttenbetrieben und den Werkstätten, wo hohe Temperaturen herrschen, gratis eisgekühlte Getränke für die dort Arbeitenden.

Um die Arbeiter vor Silikose zu schützen, hat der Staat schon 1956 eine Sicherheitsnorm festgelegt. Nach ihr darf die Quarzstaubdichte in den betreffenden Betrieben 2 Milligramm pro Kubikmeter nicht übersteigen. In zahlreichen Betrieben wird diese Forderung erfüllt. In manchen Werkstätten ist die Luftverschmutzung sogar unter 1 Milligramm pro Kubikmeter gesenkt worden. Gemäß dem Grundsatz „Vorbeugung an erster Stelle" hat man eine ganze Reihe von Maßnahmen ergriffen, wie das Absaugen von Staub, gute Durchlüftung und das Besprühen des Materials mit Wasser. Je nach Bedarf bekommen die Arbeiter gratis Schutzmittel und zusätzliche Nahrungsmittel, regelmäßig werden sie ärztlich untersucht.

Auf der Jagd nach Profit war den Kapitalisten im alten China keine Werkstätte zu klein und zu eng. Die Lüftungsanlagen und Staubsauger waren primitiv und wenig wirksam. Nach der Befreiung wurden solche Werkstätten eine nach der anderen um- und ausgebaut.

Zum Schutz der Arbeiter und der Umwelt haben die chemischen Fabriken Maßnahmen ergriffen, um die in der Produktion entstehenden giftigen und schädlichen Nebenprodukte zu beseitigen. Abgase werden gefiltert und gereinigt, Abwasser geklärt, und vieles dabei Abfallende kann, wie die Schlacke, einer Weiterverarbeitung zugeführt werden. Nicht wenige Betriebe reformierten die Produktionstechnologie und konnten giftige Rohstoffe durch harmlose ersetzen.

Eine chemische Fabrik in Schengyang, Nordostchina, hat zweimal die Technologie für die Herstellung von Benzenylchlorid reformiert, um die Umwelt und die Gesundheit der Arbeiter zu schützen. Alte Arbeiter können sich noch sehr genau daran erinnern, daß in der Provinz Liaoning, wo diese Stadt liegt, vor der Befreiung in einer chemischen Fabrik in einem Jahr über 2 000 Arbeiter durch Chlordämpfe vergiftet wurden. Diese Zeiten sind vorbei. Ohne geeignete Umweltschutzmaßnahmen getroffen zu haben, dürfen, laut staatlicher Verordnung, neue Betriebe ihre Produktion nicht aufnehmen.

Die staatlichen Vorschriften für Arbeitsunfallversicherung geben den Arbeitern das Recht auf kostenlose ärztliche Behandlung. Die bei einem Arbeitsunfall Verletzten erhalten während der gesamten Dauer der Behandlung ihren vollen Lohn. Die an Berufserkrankungen Leidenden erhalten während ihrer Erholung 90% bis 100% ihres Lohnes.

In der alten Gesellschaft mußte die Schwangere befürchten, daß die Aufseher und Kapitalisten etwas von ihrer Schwangerschaft erfuhren. Dann wurden sie nämlich sofort entlassen. Nach der Gründung der Volksrepublik werden die Schwangeren sorgfältig betreut. Eine Wöchnerin hat Anrecht auf einen Urlaub von 56 Tagen bei vollem Lohn. Später dann, wenn die Mutter wieder ihre Arbeit aufgenommen hat, kann sie in der Arbeitszeit ihren Säugling stillen, ohne daß ihr Lohn deshalb gesenkt wird.



Ruheplatz für Schwangere in einer Pekinger Textilfabrik

Die Textilfabriken Pekings, Schanghais und einiger anderer Städte verfügen nun über verschiedene elektrisch betriebene Arbeitsstühle. Für die Arbeiterinnen ist das eine große Erleichterung; das lange Stehen oder Hin- und Herlaufen bleibt ihnen erspart.

Die Studenten und Lehrer des Pekinger Instituts für Körperkultur und Sport gehen regelmäßig in die Kohlenbergwerke, Eisen- und Stahlwerke sowie Textilfabriken. Dort machen sie sich mit den Merkmalen des Arbeitsprozesses vertraut und untersuchen, welchen gesundheitsschädigenden Einfluß er möglicherweise auf die Arbeiter haben könnte. Auf dieser Grundlage haben sie schon eine Reihe von Turnübungen ausgearbeitet. Nun werden diese von vielen Arbeitern vor und nach der Arbeitsschicht oder in der Arbeitspause gemacht.

Abschließend ist hinzuzufügen, daß der Staat außerdem in vielen landschaftlich schönen Gegenden Sanatorien für die Arbeiter errichtet hat.

(Von Wu Yi, aus „China Features").

Wir werden Günter nie vergessen!

Fortsetzung von Seite 1

gezeigt, daß die KPD/ML die einzige Kraft war, die konsequent auf der Seite der Kollegen stand und sie zum revolutionären Klassenkampf führte. Gegen die fristlose Entlassung des Genossen Hanfried Brenner, der auf Betriebsversammlungen wiederholt die Verrätereien der Betriebsratsclique um Knapp und der modernen Revisionisten entlarvt und angegriffen, und die Kollegen zum Kampf aufgerufen hatte, protestierten über 150 Mannesmann-Kollegen durch ihre Unterschrift. Seine Klage gegen die Mannesmann-Kapitalisten wurde in dem Arbeitsgerichtsprozeß, bei dem Günter von der Polizei ermordet wurde, verhandelt . Rund einen Monat vor dem Arbeitsgerichtsprozeß hatte die Rote 1. Maidemonstration, zu der die Partei in Duisburg aufgerufen hatte, den wachsenden Einfluß der Partei in Duisburg gezeigt. Zum ersten Mal seit langer Zeit wurde in Duisburg am 1. Mai wieder unter revolutionären Losungen demonstriert. 260 Kollegen und Genossen nahmen an der Demonstration teil. Spitzelfotografen der Polizei wurden von unseren Genossen in die Flucht gejagt.

Unmittelbar nach dem 1. Mai werden vom K 14 , der politischen Polizei, ein „Gutachten" über die Entwicklung der KPD/ML in Duisburg sowie eine Auswertung der Ereignisse am 1. Mai erstellt. „Gutachter" ist Kriminalhauptwachtmeister Walter Schabronat, der dann auch maßgeblich an der Planung des Terroreinsatzes und an der Ermordung des Genossen Günter Routhier beteiligt ist. Schabronat gehörte 1970 zur „Sonderkommission des Bundeskriminalamtes zur Bekämpfung der Baader-Meinhoff-Gruppe". Er führte die Verhöre in Oberhausen durch, bei denen Ruhland als Kronzeuge der Bundesstaatsanwaltschaft gegen die RAF präpariert worden war.

Bereits 6 Wochen vor dem Arbeitsgerichtsprozeß des Genossen Brenner kündigte das Duisburger K 14 in einer sogenannten „WE-Meldung" (Wichtiges Ereignis-Meldung) den Arbeitsgerichtstermin an. Die Meldung geht an die Sicherungsgruppe Bonn-Bad-Godesberg (Bundeskriminalamt), an das Innenministerium NRW Abteilung Verfassungsschutz und an sämtliche K-14-Dienststellen in NRW. Daß der Termin eines Zivilprozesses zu einer WE-Meldung gemacht wird, ist eine völlig ungewöhnliche Maßnahme und beweist, daß der Terroreinsatz der Polizei im Duisburger Arbeitsgericht von langer Hand geplant war.

Im Laufe des Mai wird für den Einsatz im Arbeitsgerichts eine Sondergruppe aus neun Mann – vergleichbar einem „mobilen Einsatzkommando" (MEK) aufgestellt. Sie besteht aus K-14-Leuten (Sauerwald, Schabronat, Kuhnberg, Riede), aus den Mitgliedern eines GSK (Gemeinsames Sonderkommando) Walter, Gayk, Schwengler sowie aus 2 Mann vom Schutzbereich III (Duisburger Innenstadt) Steglich (Dienststellenleiter) und Schedlock. Alle treten am 5. 6., dem Tag des Arbeitsgerichtsprozesses, in Zivil auf.

Am Morgen des 5. 6. wird eine Einsatzreserve aus insgesamt 20 Polizisten gebildet, die in mehrere Gruppen aufgeteilt werden und über Sprechfunk Kontakt zur Gruppe im Arbeitsgericht haben. Unter diesen 20 Polizisten befinden sich Kluten und Werner, die später Günter Routhier die Treppen hinunterstoßen. Außerdem befinden sich noch einige Streifenwagen und Kräder in der Nähe des Arbeitsgerichts. Die eingesetzten Polizisten wurden vorher mit dem Hinweis, daß wegen der Arbeitsgerichtsverhandlungen mit Auseinandersetzungen zu rechnen sei, scharf gemacht.

Diese umfassende operative Planung des Einsatzes ist eine klare Widerlegung der Lüge vom „normalen Überwachungsauftrag", die die Duisburger Polizei nach der Ermordung Günters auftischte. Sie beweist, daß der brutale Polizeieinsatz im Duisburger Arbeitsgericht systematisch geplant und vorbereitet war. Alarmiert durch den wachsenden Einfluß der Partei in Duisburg war es das Ziel des Einsatzes, im Arbeitsgericht, wo mit Sicherheit eine größere Anzahl von Mitgliedern und Anhängern unserer Partei anwesend sein würden, durch überfallartige und extrem brutale physische Gewaltanwendung, Sympathisierende abzuschrecken, ihre revolutionäre Entschlossenheit zu brechen und – als unmittelbares taktisches Ziel – die Genossen erkennungsdienstlich zu erfassen. Die Durchführung dieses Einsatzes setzte bedingungslose Gewaltanwendung gegen die im Verhandlungsraum anwesenden Zuhörer voraus. Die Möglichkeit, daß Genossen dabei erschlagen wurden, war von Anfang an einkalkuliert.

Um zu vertuschen, daß der terroristische Polizeiüberfall von Anfang an geplant war, hatte die Polizei nach der Ermordung Günters die Lüge verbreitet, der Einsatzleiter habe von Hanfried Brenner die Herausgabe des Megaphons, mit dem er nach der Urteilsverkündung aus dem Fenster des Raumes zu Personen auf der Straße sprach, gefordert, worauf die Genossen über ihn hergefallen seien. Damit sollte vor allem die Polizeiversion aufrechterhalten werden, erst die Handlung des Genossen Brenner (Verunglimpfung der BRD, Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, nicht genehmigte Versammlung usw.) hätte den Polizeieinsatz hervorgerufen, dabei sei die Gewaltanwendung von den Genossen im Gerichtssaal ausgegangen. Diese Polizeilügen werden eindeutig durch die Aussage der Gerichtsprotokollantin widerlegt, die außer den Genossen die einzige Zeugin des Polizeiüberfalls war, die nicht von der Polizei war oder auf deren Seite stand: "Sie kamen hastig . . . es kam keine Warnung von der Polizei . . . zuerst wurden die Frauen unsanft weggerissen . . . zu Beginn flog einer in die Stuhlreihen, 2-3 m weit . . . er lag dort, die Beine nach oben . . . die Tür wurde von der Polizei von innen zugehalten . . ."

Schabronat war es, der Günter, von dem er wußte, daß er Bluter war, mit großer Wucht in die Stuhlreihen schleuderte. Diese Tatsache kann die Bourgeoisie heute nicht mehr direkt leugnen. Stattdessen behauptet die Polizei nun, Günter sei zur Seite „gedrängt" worden und dabei in die Stuhlreihen gefallen. Diese Lüge wird nicht nur durch die Aussagen von Augenzeugen widerlegt, sondern auch durch die Photos, die die Polizei nach dem Einsatz am Tatort macht. Die stabil befestigten Stuhlreihen des Gerichtssaals gleichen auf diesen Fotos einem Trümmerhaufen, von einem Stuhl ist die Lehne abgerissen.

Im Anschluß daran wurde Günter von den Polizisten Kluthen und Werner die Treppe des Arbeitsgerichts hinuntergestoßen. Günter schlug mit dem Kopf gegen die Wand und war bewußtlos. Kluthen und Werner, die ebenfalls von der Bluterkrankheit Günters wußten, zerrten unseren bewußtlosen Genossen hoch und schleppten ihn zum Einsatzwagen. Im Einsatzwagen, wo bereits festgenommene Genossen die Polizisten erneut auf die Krankheit Günters aufmerksam machten, ließen sie Günter auf dem Boden liegen und während der Fahrt zum Polizeipräsidium schlug sein Kopf bei jeder Unebenheit hart auf, bis der Rechtsbeistand des Genossen Brenner, der als einziger nicht gefesselt war, seinen Kopf aufnahm und hielt. Im Polizeipräsidium wurde Günter, wie er seiner Frau und anderen Genossen vor seinem Tod berichtete, an den Füßen die Treppen hochgeschleift, wobei sein Kopf wieder auf die Stufen aufschlug. An den Folgen dieser schweren Mißhandlungen durch die Polizei starb Genosse Günter am 18. Juni 1974.

Sofort als klar wurde, daß Genosse Günter sterben würde, daß er von den Polizisten nicht nur schwer mißhandelt, sondern ermordet worden war, nahm die Partei den Kampf für die Verbreitung der Wahrheit über den Polizeimord an unserem Genossen auf. Innerhalb weniger Tage wußten Zigtausende Werktätige durch Wandparolen, Aufkleber, Flugblätter usw., daß der kommunistische Arbeiter Günter Routhier in Duisburg von der Polizei ermordet worden war. Mit brutalem Terror versuchte der Staatsapparat, diese Wahrheit zu unterdrücken. Flugblattverteiler wurden von der Polizei überfallen und häufig zusammengeschlagen, Protestkundgebungen gegen den Polizeimord wurden verboten. Die bürgerliche Presse druckte ausnahmslos die Lügen der Polizei ab. Innerhalb von fünf Tagen wurden 80 Genossen festgenommen. Aber wie die Nachricht von der Ermordung von Günter, stieß auch dieser Terror der



„Wir standen, geballt unsere Fäuste, als Deine Rächer am Grab."

Polizei auf breite Empörung unter den Werktätigen. Trotz des Polizeiterrors nahmen rund 5 000 Menschen an dem Trauerzug zu Ehren des Genossen Günter Routhier teil. Und auch der brutale Polizeiüberfall auf den Trauerzug konnte nicht verhindern, daß die Beerdigung des Genossen Günter Routhier zu einer machtvollen Demonstration der proletarischen Solidarität gegen den konterrevolutionären Terror des Klassenfeindes, des Hasses auf die Diktatur der Kapitalistenklasse, der Entschlossenheit, für die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats zu kämpfen, wurde.

Nicht nur mit den Mitteln des brutalen, physischen Terrors versuchte die Bourgeoisie die Wahrheit über den Mord an Genossen Günter zu unterdrücken. Auch in anderer Form setzte sie ihre Macht ein, um ihre Lügen glaubhaft zu machen, der Tod des Genossen Günter stünde in keinem Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz im Duisburger Arbeitsgericht. So ließ sie die Krankengeschichte des Genossen Günter verschwinden. Der Grund wurde klar, als diese Krankengeschichte dann bei einem der zahlreichen Prozesse gegen Genossen, die die Wahrheit über den Mord an Günter verbreitet haben, wohl auf Grund einer Panne wieder auftauchte. Aus den ersten Seiten der Krankengeschichte geht nämlich hervor, daß die Ärzte bei der Aufnahme Günters in das Duisburger Unfallkrankenhaus diagnostiziert hatte: „Verdacht auf Schädelbasisbruch und Schädelprellungen." Diese Vermutung der Duisburger Ärzte stand natürlich im krassen Widerspruch zu der Behauptung der Polizei und der Staatsanwaltschaft, im Zusammenhang mit Günters Tod gäbe es keinerlei Anzeichen für äußere Gewaltanwirkung. Auf einem späteren Blatt der Krankengeschichte findet sich dann folgende handschriftliche Notiz: „Anruf von der Kripo: KPD/ML!" Von da ab fehlt jeder Hinweis auf die zunächst festgestellten Symptome, auf die die Ärzte ihren Verdacht auf Schädelbasisbruch und Schädelprellungen gegründet hatten.

Stattdessen bediente sich die Polizei eines willfährigen Werkzeugs, um zu vertuschen, daß es medizinisch erwiesen ist, daß Günter an den Folgen der Mißhandlungen im Duisburger Arbeitsgericht starb. Der Essener Gerichtsmediziner Prof. Dr. Adebahr wurde zum Gutachter bestellt und mit der Obduktion von Günters Leiche beauftragt. Nach dem Muster der KZ-Lagerärzte, die die Liquidierung von Häftlingen mit der Standardformel „Todesursache: Herzschwäche bei Lungenentzündung" vertuschten, bescheinigte Adebahr im Fall des Genossen Günter ebenfalls eine „natürliche Todesursache", nämlich eine spontane Blutung ohne äußere Gewalteinwirkung auf Grund der Bluterkrankheit Günters. Aber schon die Umstände dieser Obduktion zeigten, mit welchen verbrecherischen Methoden hier die Wahrheit unterdrückt werden sollte. Die Anwesenheit einer Ärztin des Vertrauens von Frau Rotraud Routhier wurde mit der Begründung abgelehnt, sie sei nicht „neutral". Als neutral dagegen galten nicht nur Richter und Staatsanwalt, sondern auch Duisburger Kripobeamte. Zum ersten Mal im Essener Klinikum wurde Medizinstudenten, die der Obduktion beiwohnen wollten, dies verweigert. Als die Studenten dagegen protestierten, wurde das Gebäude mit Polizei umstellt.

Das Gefälligkeitsgutachten Adebars schien der Bourgeoisie zunächst eine geeignete Grundlage zu sein, um einerseits das von Günters Frau beantragte Todesermittlungsverfahren niederzuschmettern und andererseits gegen jeden vorzugehen, der die Wahrheit über den Mord an Genossen Günter verbreitete. Hunderte von Genossen wurden vor Gericht gezerrt. Der ROTE MORGEN und andere revolutionäre Zeitungen wurden beschlagnahmt, gegen verantwortliche Redakteure und Verleger, wie gegen die Genossen Karin Wagner und Gernot Schubert, wurde Strafanzeige erhoben. Aber dieser ungeheure Terror der bürgerlichen Klassenjustiz hat keinen einzigen Genossen dazu gebracht, sich vor Gericht zu beugen und die Wahrheit zu leugnen. Im Herbst 1975 gelang es in einem Prozeß in Westberlin durchzusetzen, daß ein neues gerichtsmedizinisches Gutachten erstellt wird. Dieses Gutachten des Gerichtsmediziners Prof. Krauland entlarvt vollständig das Gefälligkeitsgutachten Adebahrs. Prof. Krauland kommt in seinem Gutachten zu dem Schluß, daß vom medizinischen Standpunkt aus mit hoher Wahrscheinlichkeit die Mißhandlungen Günters beim Polizeieinsatz im Duisburger Arbeitsgericht zu seinem Tode führten. Mit diesem Gutachten ist das Lügengebäude von Polizei und Staatsanwaltschaft, Günters Tod stehe in keinem Zusammenhang mit den Vorgängen im Duisburger Arbeitsgericht, völlig zusammengebrochen. Auf Grund dieses Gutachtens hatte Günters Frau eine Wiederaufnahme des Todesermittlungsverfahrens beantragt. In der Ablehnung dieses Antrages, die wegen des Widerspruchs von Genossin Rotraud Routhier noch nicht rechtskräftig ist, wird deutlich, wie die Bourgeoisie eine neue Verteidigungslinie aufbaut. Die alte Taktik, einen Zusammenhang zwischen Günters Tod und den Mißhandlungen durch die Polizei vollständig zu leugnen, wird aufgegeben. Von der Vertuschung des Mordes geht die Bourgeoisie zu seiner offenen Rechtfertigung über. In der Ablehnung der Anzeige von Rotraud Routhier erklärt der Duisburger Staatsanwalt Jäger, es sei nicht entscheidend, ob Günter bei dem Polizeieinsatz getötet wurde, entscheidend sei für ihn einzig und allein, „daß die Art und Weise des Vorgehens der Beamten bei der Festnahme und dem Abtransport rechtmäßig war."

Das Recht der Kapitalistenklasse aber, durch das die Staatsanwaltschaft Günters Tod als „rechtmäßig" erkennt, wird von immer mehr Menschen nicht anerkannt. Sie haben erkannt, daß Genosse Günter Routhier von der Bourgeoisie ermordet wurde, weil er mit seiner Partei für die Interessen der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus kämpfte. Sie werden nicht aufhören, den Mord an Günter Mord zu nennen. Gerade in der letzten Zeit hat es, nachdem es der Bourgeoisie durch den Kampf der Partei nicht gelungen war, die Wahrheit über den Polzeimord an unserem Genossen zu unterdrücken, im In- und Ausland neue Initiativen in dieser Richtung gegeben. So wurde vor kurzem einen „Initiative zur Wahrheitsfindung in den Routhier-Prozessen" gegründet. Ihr gehören in der Bundesrepublik vor allem die Evangelische Studentengemeinde und im In- und Ausland bekannte Persönlichkeiten an. Im Ausland wurde in Presseberichten und Fernsehsendungen Günters Tod erneut aufgegriffen.

Noch entscheidender aber ist, daß in diesem Kampf immer mehr Menschen klar wird, warum unser Genosse ermordet wurde, daß sie hinter der Fassade der Rechtsstaatlichkeit das Wesen dieses Staates als einer brutalen Diktatur der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse erkennen. Der Mord an Günter hat viele Menschen mit großem revolutionären Haß gegen die Kapitalisten und ihren Staatsapparat erfüllt und sie begreifen, was Genosse Günter kurz vor seinem Tod allen Werktätigen unseres Landes als Vermächtnis hinterließ:

„Die Partei hat schon vor einem Jahr immer wieder gesagt: ‚Die Imperialisten haben ihren Staatsapparat und sie werden ihn äußerst gewaltsam gegen die kämpfende Arbeiterklasse und ihre Partei einsetzen, deshalb kann es nur einen Weg geben: Revolution, gewaltsame Zerschlagung des Staatsapparates.' Ich hatte bisher Illusionen in diesen Staat. Ich habe versucht, mit der Polizei zu diskutieren, ich habe gedacht, das sind auch Menschen. Heute sehe ich, daß die Partei recht hat. Wenn ich diese Verletzung überlebe, dann will ich noch besser mit der Partei kämpfen."

Diese revolutionäre Entschlossenheit ergreift immer mehr Menschen. Es bewahrheitet sich, was die Partei kurz nach dem Mord an Günter in der „Dokumentation" schrieb: „Doch das Entsetzen schlug um in Haß, in Abscheu vor den feigen Mördern . . . Was die Menschen entmutigen sollte, stachelte sie an zum Kampf. Was Kämpfer aus unseren Reihen reißen sollte, führte dazu, daß sich nur noch mehr anschlossen. . . . wo die Bourgeoisie unsere Reihen schwächen wollte, bewirkte sie, daß Tausende an Günters Grab schworen: „Wir werden ein Ende machen mit der Ausbeuter- und Unterdrückerherrschaft, der unser Genosse zum Opfer fiel. **Wir werden wir unseren gefallenen Genossen vergessen. Sein Tod wird nicht ungesühnt bleiben, er war nicht umsonst!"**

Aus aller Welt

BRASILIEN/PORTUGAL

Kürzlich trafen sich in Europa Delegationen der Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Brasiliens und der Kommunistischen Partei Portugals (Wiederaufgebaut). Nach einem fruchtbaren Erfahrungsaustausch veröffentlichten beide Bruderparteien ein gemeinsames Kommunique zum Treffen der Revisionistenhäuptlinge aus ganz Lateinamerika mit der Cunhal-Clique in Portugal. Das Kommunique entlarvt ausführlich die Verräterrolle der revisionistischen Parteien in Lateinamerika und die konterrevolutionäre Politik der Cunhal-Partei. Weiter heißt es: „Die Delegation des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Brasiliens und die Delegation der Kommunistischen Partei Portugals (Wiederaufgebaut) weisen die portugiesischen Arbeiter unermüdlich hin auf die wahre Natur der revisionistischen Verräterecliquen Cunhal, Prestes, Arismendis u.a. Sie können absolut nichts beitragen zur nationalen und sozialen Befreiung ihrer Völker, der Völker, die auf heroische Traditionen des Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung durch die Bourgeoisie, bzw. den Yankee-Imperialismus zurückblicken. In den Ländern, die von faschistischen, blutigen und möderischen Militärdiktaturen beherrscht werden, die im Dienst des nordamerikanischen Imperialismus stehen, wie Brasilien, Uruguay, Paraguay, Bolivien, Chile, wo die Völker in ihrem gerechten Widerstand den Weg der Revolution, des bewaffneten Kampfes eingeschlagen haben, versuchen die bürgerlichen revisionistischen Verräter unermüdlich, den Weg der „Liberalisierung" der faschistischen Militärdiktaturen zu propagieren und werden so zu ihren Komplizen. (. . .) Die kommunistischen marxistisch-leninistischen Parteien stehen diesen konterrevolutionären Cliquen in einem antagonistischen, unversöhnlichen Widerspruch gegenüber, sie zeichnen sich durch ihre revolutionäre proletarische Linie aus und kämpfen an der Spitze des Proletariats ihrer Länder." Die Delegationen beider Parteien grüßen die Kämpfer, die von der Klassenjustiz in Lateinamerika und Portugal gefangengehalten werden, und versichern ihnen ihre brüderliche Solidarität. Das Kommunique schließt mit den Worten, daß die Zentralkomitees beider Parteien entschlossen sind, „die unzerstörbare militante Einheit beider Bruderparteien auf der Basis des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus weiter zu festigen.

SAHARA

Eine Stunde lang beschossen nach Angaben bürgerlicher Nachrichtenagenturen Kämpfer der Front POLISARIO den Präsidentenpalast der mauretanischen Hauptstadt Nouakchott mit Gewehren und Mörsern. Die Kämpfer der FPOLISARIO sind damit bereits zum zweitenmal auf mauretanisches Gebiet eingedrungen, um den Soldaten der mauretanischen Armee den Weg in das Gebiet der Demokratischen Republik Sahara zu verlegen, die Marokko und Mauretanien unter sich aufteilen wollen und überfallen haben. Der Angriff auf den Präsidentenpalast von Nouakchott zeigt zugleich die wachsende Stärke des Widerstandes des Volkes der Sahara gegen die mauretanisch-marokkanische Invasion.

ZIMBABWE

Die Patrioten von Zimbabwe versetzen den Truppen des rassistischen Smith-Regimes weitere Schläge. Am 31. Mai, am 1. und 2. Juni griffen sie im Norden des Landes einige Male Rassistentruppen an und fügten ihnen Verluste an Menschen und Material zu. In den ersten drei Tagen des Juni töteten die patriotischen Kräfte damit insgesamt 19 Rassistensoldaten, verwundeten viele weitere und erbeuteten eine große Menge an Heeresausrüstungen. Angesichts dieser Schläge hat das Smith-Regime die Mobilmachung weiterer Söldnereinheiten sowie neue Unterdrückungsmaßnahmen bekanntgegeben. Danach wird jeder, der den bewaffneten Kampf gegen das Regime unterstützt, mit der Todesstrafe bedroht.

PALÄSTINA

Die israelischen Zionisten verstärken ihren Terror in den besetzten arabischen Gebieten immer mehr, um den entschlossenen Widerstand der arabischen Einwohner gegen die israelische Besetzung zu unterdrücken. Anfang Juni haben die israelischen Besatzungstruppen in Jerusalem eine breite Verhaftungskampagne gestartet. Auch in Ramallah wurden Dutzende von Arabern, darunter Arbeiter und Jugendliche, festgenommen. Die verhafteten arabischen Patrioten werden von den Zionisten brutal gefoltert. So starb am 2. Juni bereits ein verhafteter Araber an den Folgen solcher Foltern.

NORDIRLAND

Am 1. und 2. Juni führten die nordirischen Patrioten in verschiedenen Städten des Landes zahlreiche Angriffe gegen die englischen Besatzer durch und fügten ihnen schwere Verluste zu. So überfiel in Belfast eine Einheit Patrioten eine britische Militärpatrouille und tötete einen englischen Soldaten. Die britischen Imperialisten reagierten darauf mit neuen Terrormaßnahmen. Insbesondere kündigten sie neue Besatzertruppen an, die im südlichen Teil Nordirlands, wo die Patrioten sehr stark sind, stationiert werden sollen. Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist auch das kürzlich von den Staaten der EG beschlossene Abkommen über die Zusammenarbeit gegen die Revolutionäre. Danach sollen „Terroristen", d. h. Revolutionäre, kein politisches Asyl mehr in anderen Länder erhalten. Gemäß dieser Vereinbarung hat die irische Regierung bereits die Unterdrükkung der nordirischen Patrioten verschärft.

KANADA

Am 3. Juni veranstalteten in Ottawa einige tausend kanadische Bauern einen Protestzug gegen ihre schwierige wirtschaftliche Lage. Um die Demonstranten auseinanderzutreiben, setzte die Regierung zahlreiche Polizisten ein. Zwischen ihnen und den protestierenden Bauern kam es zu heftigen Kämpfen. Die Demonstranten bekundeten ihre Entschlossenheit, den Kampf bis zur Erfüllung ihrer Forderungen fortzusetzen.

USA

Über sieben Wochen lang stehen jetzt die Gummiarbeiter der USA bereits im Streik. Die Arbeiter haben Streikposten aufgestellt, um Streikbrüche zu verhindern. Immer wieder müssen sie sich mit der Polizei auseinandersetzen, die mit Gewalt versucht, die Streikposten zu vertreiben. Am 14. Mai versammelten sich die Arbeiter der Firma B. F. Goodrich vor den Toren ihres Werkes in Akron, um das Eindringen von Streikbrechern zu verhindern. Innerhalb von Minuten erschienen zahlreiche Streifenwagen der Polizei, und die Polizisten stürzten sich mit Gummiknüppeln auf die streikenden Arbeiter. Angesichts der Polizeiüberfälle haben die Arbeiter jedoch überall ihre Streikposten verstärkt. Ihre Kampfentschlossenheit konnte auch nicht durch den Beschluß der Führer der Gummiarbeitergewerkschaft, die Streikunterstützung einzustellen, gebrochen werden. „Wir stehen auch ohne Streikunterstützung, wenn es sein muß, ein Jahr lang auf Streikposten", erklärte einer der Arbeiter.



Spanien

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES POVOS E NAÇÕES OPRIMIDAS UNI-VOS!

BANDEIRA VERMELHA

ORGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUIDO)

Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Türkei



Spanien: Politische Parteien „legalisiert"

Ein Betrugsmanöver des faschistischen Regimes

Das monarchofaschistische Regime des Königs Juan Carlos will in Zukunft politische Parteien in Spanien zulassen. Handelt es sich dabei wirklich um einen wesentlichen Schritt der „allmählichen Demokratisierung" Spaniens, wie die bürgerlichen Zeitungen bei uns und in anderen kapitalistischen Ländern behaupten? Die Tatsachen zeigen, daß dieser Beschluß nur ein Betrugsmanöver der spanischen herrschenden Klassen und ihrer imperialistischen Hintermänner mit dem USA-Imperialismus an der Spitze ist, um ihre Ausbeuter- und Unterdrückerherrschaft über das spanische Volk aufrechtzuerhalten.

Selbstverständlich gilt dieser Beschluß des monarchofaschistischen Regimes weder für die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten und die FRAP noch für andere revolutionäre Organisationen, die für den revolutionären Sturz des faschistischen Regimes kämpfen. An der Unterdrückung der Streiks der Arbeiter, der Kämpfe der werktätigen Volksmassen, der militanten Demonstrationen in den Städten wird sich nichts ändern. In den Gefängnissen des Regimes bleiben weiter Tausende von politischen Gefangenen eingekerkert und grausamen Foltertorturen ausgesetzt.

Gedacht ist der Beschluß für die Verräter des revolutionären Kampfes des spanischen Volkes, die Sozialisten eines Felipe Gonzales und Tierno Galvans und die modernen Revisionisten Carrillos, die in der Maske der Opposition mit dem Regime zusammenarbeiten, um den Kampf der spanischen Volksmassen in friedliche Bahnen zu lenken, in der Hoffnung, ihn gänzlich abwürgen zu können.

Die modernen Revisionisten, so heißt es jetzt zwar, sollen von der Anerkennung ausgeschlossen sein. Aber selbst wenn dies der Fall ist, werden sie durch den Beschluß mehr Spielraum erhalten und können sich gleichzeitig noch mehr den Mantel entschiedener Kämpfer gegen das Regime umhängen. Alle diese Parteien müssen sich öffentlich bereiterklären, sich voll und ganz auf den Boden der faschistischen Verfassung und der faschistischen Gesetze zu stellen, um die Anerkennung und Legalität zu erlangen – und alle haben sich schon zu diesem Kniefall vor dem Regime bereiterklärt.

Für das monarchofaschistische Regime und seine imperialistischen Oberherren ist die Zulassung der Verräter- und Lakaienparteien eine Lebensnotwendigkeit. Wie nie zuvor seit den Tagen der 2. spanischen Republik kämpfen heute die Volksmassen gegen den Faschismus und die Diktatur Juan Carlos. Heute finden überall in Spanien Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen Zigtausender Arbeiter, Bauern und Studenten statt. Die Demonstranten ziehen durch die Straßen der Städte und fordern „Wir wollen Freiheit!", sie rufen „Nieder mit der Juan-Carlos-Diktatur!" und kämpfen gegen die Polizei und Guardia Civil. Angesichts dieser Lage verschärft das Regime nicht nur seinen Terror gegen das Volk – in den spanischen Gefängnissen sitzen heute mehr politische Gefangene als in den Monaten vor dem Tod Francos –, sondern es setzt auch auf das Betrugsmanöver von der angeblichen Demokratisierung der Diktatur. Es sind gerade die Sozialisten Felipe Gonzales und die modernen Revisionisten Carrillos, die mit ihrer Losung vom „Pakt mit den reformwilligen Kräften des Regimes" die Kämpfe der Volksmassen zum Erlöschen bringen wollen.

Das spanische Volk soll also seine Hoffnungen darauf setzen, daß 30 000 US-Besatzer, die ausländischen und einheimischen Monopole und Großgrundbesitzer, der ganze faschistische Staats- und Unterdrückungsapparat sich Schritt für Schritt im Sinne des Volkes wandeln! Die Kommunistische Partei Spaniens/ML hat angesichts dieser Lage die spanischen Volksmassen dazu aufgerufen, den Kampf gegen die gegenwärtige Regierung, die Monarchie an die erste Stelle zu setzen. „**Wir müssen unbedingt verhindern, daß sich ein pazifistischer und pseudodemokratischer Kurs entwickelt, den die Monarchie und die Revisionisten versuchen durchzusetzen**", heißt es in einem ihrer Aufrufe.

Es war deshalb von großer Bedeutung, daß unter der Beteiligung der KPSp/ML und der FRAP am 22. und 23. Mai die „Republikanische Konvention der Völker Spaniens" gegründet wurde. In dem von den 300 Delegierten durch Akklamation verabschiedeten Bericht der Arbeitskommission heißt es unter anderem über die Ziele der „Konvention": „An erster Stelle für die Vereinigung aller Völker Spaniens im Kampf für den Sturz der faschistischen Monarchie mit allen ihren Institutionen, Repressionsorganen und Unterdrückungsinstrumenten." „An zweiter Stelle für die Vereinigung aller Patrioten zur Rückgewinnung der nationalen Unabhängigkeit und deshalb für die Auflösung aller ausländischen Militärbasen und die Annullierung aller Verträge und Verpflichtungen, die die Diktatur mit den USA oder jeder anderen ausländischen Macht zum Schaden unserer Souveränität und Unabhängigkeit eingegangen ist." Es wird betont, „nicht länger zu warten, weil die kritische politische Situation des Regimes und die Betrugsmanöver, die durchgeführt werden, um es aufrechtzuerhalten – eine Verschönerung der Fassade – es uns nicht erlauben, abzuschweifen, zu schwanken oder zurückzuweichen."

Die „Republikanische Konvention" ist ein großer Schritt vorwärts für den Sturz der Diktatur und die Errichtung der Republik, mit der der Weg zur Volksmacht und zum Sozialismus geöffnet wird.

Freiheit für Fanny Zulema Vila Roure!

Die chilenische Volksfront (Frente del Pueblo) ruft dazu auf, für die Freilassung von Fanny Zulema Vila Roure zu kämpfen, die von Pinochets faschistischem Regime eingekerkert worden ist. Fanny Zulema Vila Roure ist 28 Jahre alt, Mathematiklehrerin, Kämpferin des Widerstandes. Sie wurde am 1. September 1975 festgenommen, brutal gefoltert und ist heute im Konzentrationslager von Tres Alamos interniert. Fanny Zulema Vila Roure hat im Gefängnis eine beispielhafte Haltung bewahrt, wie die anderen 3 000 Frauen und 7 000 Männer, die von der faschistischen Diktatur gefangengehalten werden. Heute haben die modernen Revisionisten eine große Kampagne für die vom faschistischen Regime eingesperrten revisionistischen Führer wie Corvalan und andere entfacht. Sie stellen diese Verräter, die, als sie an der Macht beteiligt waren, das chilenische Volk entwaffneten und schutzlos den faschistischen Henkern auslieferten, als die Helden des Widerstandes hin. Es sind jedoch Fanny Zulema Vila Roure und die anderen eingekerkerten wirklichen Patrioten und Revolutionäre, die in Wirklichkeit den heldenhaften Kampf des chilenischen Volkes verkörpern. Die Corvalan und Co. sind Verräter, sie aber sind wirkliche Helden.

Sofortige Freilassung von Fanny Zulema Vila Roure!

Freiheit für alle politischen Gefangenen in Chile!

Eine Provokation gegen die Völker

OAS-Konferenz in Chile

Am 4. Juni begann in der chilenischen Hauptstadt Santiago die diesjährige Tagung der „Organisation amerikanischer Staaten" (OAS). Für die Völker Lateinamerikas ist dieser Tagungsort allerdings eine Provokation. Mexiko hatte sich unter diesen Umständen von vornherein geweigert, an der Konferenz teilzunehmen.

Pinochet, der Mörder Tausender chilenischer Patrioten und Revolutionäre, unter dessen Regime Chile in ein einziges KZ verwandelt wurde, eröffnete die Konferenz mit einer unglaublich zynischen und unverfrorenen Rede. Er behauptete sogar, Chile werde in Kürze ein „Menschenrechtsgesetz" verabschieden, das er als eines der „fortschrittlichsten der Welt" pries. Auch der amerikanische Außenminister Kissinger hielt auf der Konferenz eine Rede, in der er demonstrierte, daß die amerikanischen Imperialisten alles daran setzen, ihren Einfluß in Lateinamerika zu vergrößern, noch mehr Völker auszuplündern und zu unterdrücken und unter ihr Joch zu zwingen. Die lateinamerikanischen Nationen, so sagte er, sollten sich unter den Schutz der USA begeben, dann brauchten sie um ihre Zukunft keine Angst mehr zu haben. Wie das aussieht, beweist in aller Klarheit das faschistische chilenische Regime, das seine Existenz dem amerikanischen Imperialismus verdankt und ohne ihn nicht existieren könnte. Die Völker Lateinamerikas werden sich jedoch mit dem Joch des amerikanischen Imperialismus und den faschistischen Regimes von seinen Gnaden niemals abfinden. Unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Parteien haben die Völker mehrerer Länder bereits den Weg des bewaffneten Kampfes beschritten, um sich zu befreien. Trotz der grausamen Unterdrückung und des Terrors kämpft die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles für den Zusammenschluß der breiten chilenischen Volksmassen, um die Diktatur zu stürzen. Die von der Partei geführte Volksfront verankert sich immer mehr in den Massen. Unter der Führung der RKP Chiles werden sich die breiten Volksmassen Chiles erheben und den Weg der Volksrevolution beschreiten und ihre nationale und soziale Befreiung erkämpfen.

Erklärung des Demokratischen Kambodscha

Seit einiger Zeit streuen verschiedene kapitalistische Presseagenturen das Gerücht aus, die Regierung des Demokratischen Kambodscha beabsichtige, mit dem chilenischen Regime Beziehungen aufzunehmen. Der Leiter der Delegation des Demokratischen Kambodscha, Thiounn Prasith, erklärte dazu auf dem Treffen der Minister des Koordinationsbüros der blockfreien Staaten am 2. Juni 1976 in Algier folgendes:

„Wir versichern noch einmal ausdrücklich, daß unsere Regierung und unser Volk alle Beziehungen zu diesem Verräterregime am Tag seines faschistischen Staatsstreiches abgebrochen haben und daß sie seither keinerlei Beziehungen mehr mit diesem hatten. Wir versichern noch einmal die unzerstörbare und brüderliche Solidarität des Volkes des Demokratischen Kampuchea mit dem mächtigen Kampf, den das chilenische Volk heute für die Errichtung einer demokratischen und fortschrittlichen Regierung in Chile führt. Das Volk des Demokratischen Kampuchea hat diesen Kampf des chilenischen Volkes immer unterstützt, und betrachtet ihn als einen wesentlichen Bestandteil des Kampfes der Völker gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Rassismus und Zionismus. Unser Volk, das schwere Opfer bringen und viel Blut vergießen mußte, um sich im Verlauf des nationalen Befreiungskrieges vom Joch des amerikanischen Imperialismus zu befreien, hat den US-Imperialismus entschlossen verdammt, der die Regierung des Präsidenten Allende gestürzt und dem chilenischen Volk das heutige faschistische Regime aufgezwungen hat."

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Südafrika
Kämpfe gegen das Rassistenregime

Die grausame Ausplünderung und Unterdrückung des Volkes von Azania durch die südafrikanischen Rassisten und ausländischen Imperialisten (vgl. diese Ausgabe des RM, S. 1 und Nr. 24/76) ruft den wachsenden Widerstand der afrikanischen Arbeiter, Studenten und anderer Schichten der afrikanischen Bevölkerung hervor.

Anfang Mai begannen die Bergleute und die anderen Arbeiter in verschiedenen Teilen des Landes mit machtvollen Streiks. Sie setzten damit die Kämpfe fort, die Ende März im Bergbaurevier von Waalrifis begonnen hatten. Als sich dort 12 000 Bergarbeiter zu einer Demonstration versammelt hatten, eröffnete die rassistische Polizei das Feuer und verletzte zahlreiche Bergleute. Daraufhin demonstrierten Zigtausende von afrikanischen Arbeitern, Schülern und Studenten in allen größeren Städten des Landes. Diese Demonstrationswelle, die seither nicht mehr abgerissen ist, konnte das rassistische Regime weder durch den brutalen Einsatz der Polizei, noch durch Razzien und willkürliche Verhaftungen in den Ghettos der Afrikaner unterdrükken. Hunderte wurden verhaftet, aber Tausende setzten den Kampf fort.

Das azanische Volk vertraut auch nicht den honigsüßen Worten des Vorsterregimes über eine angebliche „Entspannung der Beziehungen zwischen Schwarz und Weiß" und den Versprechungen über angebliche Liberalisierungen und Zugeständnisse, die es den Afrikanern machen will. Das sind lediglich Betrugsmanöver des Regimes, um den Kampf der afrikanischen Volksmassen zum Erlöschen zu bringen. Gleichzeitig setzt das Regime aber seinen Terror unvermindert fort. Erst in diesen Tagen wurde bekannt, daß das Vorsterregime innerhalb eines einzigen Jahres seine Rüstungsausgaben verdoppelt hat, um seinen Unterdrückungsapparat weiter zu verstärken.

Besonders die Tatsache, daß das Volk von Azania zu den Waffen gegriffen hat, um das verhaßte Regime zu stürzen, die Tatsache, daß sich die bewaffneten Aktionen der Patrioten bereits auf das ganze Land erstrecken, hat das Regime in Panik versetzt. „Nur durch den Volkskrieg können wir unser Ziel erreichen, die nationale Unterdrükkung zu beseitigen, alle Ausbeuter und Unterdrücker besiegen und unser geliebtes Land befreien", heißt es in einer Erklärung des „Pan Africanist Congress", der an der Spitze des Kampfes des Volkes von Azania steht.

Heute ist die Lage für den Befreiungskampf des Volkes von Azania günstiger denn je. Die Völker des südlichen Afrika haben sich erhoben. Auch in Namibia und Zimbabwe erschüttert der bewaffnete Kampf der Völker die rassistischen Regimes. Das Volk von Namibia bereitet sich gerade jetzt darauf vor, in den nördlichen Gebieten des Landes die ersten befreiten Stützpunktgebiete zu errichten. Das Volk von Zimbabwe hat das weiße rassistische Regime Ian Smiths praktisch in den Städten eingekesselt. Die Soldaten der Befreiungsstreitkräfte stehen nur noch 35 Kilometer von der Hauptstadt Salisbury entfernt. Die Völker von Azania, Namibia, Zimbabwe und ihre Befreiungsorganisationen unterstützen sich gegenseitig in ihrem Kampf. Sie sind entschlossen, die Waffen nicht eher aus der Hand zu legen, bis der vollständige Sieg errungen ist, die rassistischen Regimes gestürzt und die Imperialisten aus dem südlichen Afrika vertrieben worden sind. Die Völker von Azania, Namibia und Zimbabwe wissen, daß es keinen anderen Weg gibt, um sich zu befreien.

Spendenaufruf:
Spendet für die Unterstützung des Pan Africanist Congress!

Spendenkonto
Stadtsparkasse Dortmund, Konto-Nr. 321 004 547
Vorstand der KPD/ML; Stichwort: PAC

Besucht die Veranstaltungen mit Genossen Gqobose, dem Schatzmeister des „Pan Africanist Congress"!

19. Juni, 18 Uhr, **Dortmund**, Parkhaus Barop, (Endstation der Linie 5)
22. Juni, 19 Uhr, **Hamburg**, (Ort wird noch bekanntgegeben);
23. Juni, 19 Uhr, **Westberlin**, (Ort wird noch bekanntgegeben);
25. Juni, 19 Uhr, **Frankfurt**, (Ort wird noch bekanntgegeben);
26. Juni, 19 Uhr, **München**, (Ort wird noch bekanntgegeben).

Indonesiens arme Stadtbevölkerung
Mit Messern und Steinen gegen die Polizei

In der letzten Zeit hat es in Indonesien immer wieder harte Kämpfe der armen Stadtbewohner gegen die faschistischen Behörden gegeben. Die Armen wehren sich dagegen, von dem faschistischen Regime aus ihren Häusern und von ihrem Land vertrieben zu werden. Die „Entwicklungsprojekte", für die das Land angeblich gebraucht wird, bestehen in Wirklichkeit darin, das Land an ausländische Firmen oder einheimische Kapitalisten zu verschleudern oder dort Luxushotels, Golfplätze und andere Vergnügungsstätten für Touristen und die indonesische Oberschicht anzulegen.

Wie der „Spiegel" unlängst berichtete, bereiten sich die westdeutschen Konzerne schon auf einen „Indonesienboom" vor, vor allem auch angesichts des Aufschwungs der revolutionären Kämpfe der Volksmassen in Thailand, das bis jetzt ein Eldorado der internationalen Touristikkonzerne war. Den folgenden Bericht über den Kampf der Bewohner des „Kampong" (Armenviertel) Bor Panas in Djakarta gegen ihre Vertreibung übernehmen wir von der Nachrichtenagentur des indonesischen Volkes „API".

Kürzlich war der Kampong Bor Panas im Osten der Hauptstadt Schauplatz eines Kampfs gegen die Vertreibung. **Bewaffnet mit Messern und anderen scharfen Werkzeugen und sogar mit Steinen kämpften die armen Bewohner des Kampong gegen die faschistischen Soldaten, die Polizei und andere Sicherheitsorgane, die den Kampong mit Gewalt räumen wollten.** Am 22. März rückten insgesamt 600 faschistische Soldaten und Polizisten an, um den Kampong zu räumen. Sie mußten jedoch erleben, daß alle Brücken über die Kanäle, die sich um Bor Panas ziehen, von den Bewohnern abgebrochen worden waren. Zugleich setzten einige Jugendliche die indonesische Staatsflagge, die sie mit der Inschrift „Wir fordern Gerechtigkeit" versehen hatten, auf halbmast. Als die Soldaten begannen, die Kanäle zu durchwaten, begann der Kampf und sie wurden mit einem Steinhagel überschüttet. Dabei wurden 15 faschistische Soldaten verletzt. Erst nach hartem Kampf gelang es den Truppen des Suharto-Regimes in den Kampong einzudringen und die Bewohner zu vertreiben. Inzwischen sind alle Hütten und Häuser dieses Gebiets abgerissen worden. Entsprechend den Gesetzen zahlten die Behörden den vertriebenen Bewohnern eine Entschädigung. Diese ist allerdings nichts als ein Hohn. Sie reicht kaum zum Leben, geschweige denn für neue Wohnungen, die den alten auch nur einigermaßen entsprechen. So berichtet der Korrespondent einer bürgerlichen Zeitung, daß einer zwölfköpfigen Familie insgesamt 40 000 Rupien als Entschädigungssumme angeboten worden sind, ein Betrag, der nicht einmal ausreicht, um eine Hütte mit einem Zimmer zu mieten. Einer der ehemaligen Bewohner von Bor Panas erklärte denn auch: „Es gibt in Indonesien keine Gerechtigkeit. (...) Die Gesetze dienen nur den reichen, aber nicht den armen Leuten."

Der Kampf von Bor Panas, wie auch die anderen Kämpfe dieser Art zeigen, daß die werktätigen Massen von Djakarta ihre Empörung über das faschistische Unterdrückersystem immer häufiger durch aktive Kämpfe zum Ausdruck bringen. Diese Tatsache hat das Suharto-Regime bereits in Unruhe versetzt. Mehrmals in den letzten Monaten führten Polizei- und Armeeeinheiten Manöver in Djakarta durch, in denen sie die Niederschlagung von Volkskämpfen übten. Gleichzeitig erließ das Regime auch eine Verfügung, in der den Studenten der Universität jegliche politische Aktivität innerhalb der Universitäten verboten wird. Die Suharto-Clique fürchtet offensichtlich den Ausbruch neuer Kämpfe der Studenten wie im Januar 1974, als Zehntausende von Studenten durch die Straßen der Stadt zogen und gegen die Polizei kämpften. Sie fürchtet, daß sich diese Kämpfe mit denen aller anderen unterdrückten Volksschichten zu offener Rebellion verbinden.

„Die Klassenwidersprüche", stellte die Kommunistische Partei Indonesiens bereits in ihrer Neujahrsadresse fest, „werden sich in der indonesischen Gesellschaft unweigerlich verschärfen. Das wird zum Ausbruch sozialer Kämpfe führen und einen reißenden Strom des Widerstandes der Volksmassen hervorrufen, der letzten Endes das volksfeindliche Regime stürzen wird."

Kolumbiens Volksbefreiungsarmee erklärt
"Im Kampf werden wir siegen!"

Vor kurzem veröffentlichte das Oberkommando der kolumbianischen Volksbefreiungsarmee ein Kommunique, in dem von neuen bewaffneten Aktionen gegen die Truppen des reaktionären Regimes Lopez Michelsens und seiner Steigbügelhalter die Rede ist. Mit diesen Aktionen zeigte die unter der Führung der Kommunistischen Partei Kolumbiens/ML stehende Volksbefreiungsarmee, daß sie ihren Kampf auch nach der Ermordung ihres 1. Politischen Kommisars, des Genossen Leon Pedro Arboleda, weiter verstärkt.

Die Truppen des Regimes Lopez Michelsens führen zur Zeit die „Operation Säuberung" durch. In die nordöstlichen Gebiete des Landes, in denen die Partisanenkräfte großen Einfluß haben und wo bereits befreite Stützpunktgebiete existieren, drangen Tausende von reaktionären Soldaten ein. An dieser Operation waren auch Spezialisten der amerikanischen Imperialisten beteiligt. Aber von dem heldenhaften Kampf des Genossen Pedro Leon Arboleda beflügelt, der, ehe er im Kampf fiel, 300 feindlichen Soldaten getrotzt hatte, fügte die Volksbefreiungsarmee den Truppen des Michelsen-Regimes schwere Verluste zu.

Nach heftigem Kampf gelang es den Befreiungskräften die ganze Provinz Puebla Nuevo ihrer Kontrolle zu unterstellen. In einer anderen Provinz stellten die kolumbianischen Patrioten einem Trupp der Regierungsarmee, der Vergeltungsmaßnahmen gegen die Bevölkerung ausübte, einen Hinterhalt. Dabei töteten sie einen Offizier und drei Spitzel und verletzten einige Soldaten. In dem Kommunique der Volksbefreiungsarmee wird betont, daß diese Aktionen Ausdruck der Entschlossenheit sind, den bewaffneten Kampf unter der Losung: „**Im Kampf werden wir siegen!**" noch stärker fortzusetzen. Die Aktionen sind zugleich die beste Antwort auf die verlogene Wahlkampagne, die das Regime zur Zeit durchführt, um den Anschein zu erwecken, daß das Volk durch eine Wahl seine Lage ändern könnte. Die Antwort der KP Kolumbiens/ML und der von ihr geführten Volksbefreiungsarmee ist klar: Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen. Unabhängigkeit und Freiheit für Kolumbien, Demokratie für die breiten werktätigen Volksmassen können nur durch die Volksrevolution, durch den gewaltsamen Sturz des reaktionären Regimes und die Verjagung des amerikanischen Imperialismus und aller anderen Imperialisten aus dem Land erkämpft werden!

Mehr als einmal hat deshalb die Kommunistische Partei Kolumbiens/ML klar erklärt, daß das Volk nur durch den Kampf gegen alle Kräfte der bürgerlichen Diktatur und des bürgerlichen Staates die alte Macht in ihren Grundfesten zerstören wird. „Die Massenkämpfe", betont die Partei in ihrem Zentralorgan „Revolucion", „auch die für die unmittelbaren Forderungen, müssen der Entwicklung und Stärkung des bewaffneten Kampfes dienen, des einzigen Mittels, um die Macht zu ergreifen."

Innerhalb dieses Rahmens ist die Bedeutung der wachsenden machtvollen Protestbewegung in Kolumbien verständlich. Sie wird charakterisiert durch Studentendemonstrationen in beinahe allen Universitätsstädten des Landes sowie durch Streiks der Arbeiter in den Städten Bogota, Cali, Medellin und anderen. Tausende Arbeiter und Studenten haben mehr als einmal auf den Straßen der wichtigsten Städte Kolumbiens mit Losungen gegen das herrschende Regime demonstriert und sind mit der Polizei und Armee zusammengestoßen. Diese berechtigte Revolte konnten nicht einmal die Kugeln aufhalten, mit denen die Polizei mehrere Demonstranten getötet und Hunderte verletzt hat.

Das kolumbianische Volk hat sich noch niemals mit der doppelten Ausbeutung und Unterdrückung durch den amerikanischen Imperialismus und die einheimischen Ausbeuterklassen abgefunden. Es kämpfte und kämpft in verschiedenen Formen und mit verschiedenen Mitteln für die Freiheit und den gesellschaftlichen Fortschritt. Es ist fest davon überzeugt, daß diese nur durch den revolutionären Kampf errungen kann.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00- 6.30	41 und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht 9,26 MHz (KW)
41 m entspricht 7,23 MHz (KW)
50 m entspricht 5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca. 1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

19.00-20.00	31,7 m, 42,7 m und 38,5 m (KW)	31,7 m entspricht	9,46 MHz (KW)
		42,7 m entspricht	7,01 MHz (KW)
21.00-22.00	ebenso	38,5 m entspricht	7,78 MHz (KW)

Aktionen der KPD/ML gegen Gierek-Besuch

Der sozialfaschistische polnische Diktator Gierek hat seinen Besuch in der Bundesrepublik beendet. Zufrieden erklärte Bundeskanzler Helmut Schmidt vor der Abreise Giereks: „Dieser Besuch hat uns sehr bewegt." Und auch Gierek lobte den herzlichen Empfang, der ihm von den westdeutschen Imperialisten bereitet worden ist. Die westdeutschen Imperialisten und die polnische neue Bourgeoisie haben allerdings auch allen Grund zufrieden zu sein.

Am letzten Tag des Besuches unterzeichneten der polnische Außenhandelsminister Olszewski und der Krupp-Kapitalist Beitz insgesamt vierzehn Wirtschaftsabkommen und -vereinbarungen, darunter auch die Lieferung einer Anlage zur Kohlevergasung in Polen, deren Wert allein auf 2,6 Mrd. DM geschätzt wird. Für die westdeutschen Imperialisten sind diese Abkommen ein fetter Brocken, der ihnen nicht nur erlaubt, Höchstprofite aus der Ausbeutung der polnischen Arbeiterklasse zu ziehen, sondern auch ihren gesamten Einfluß auf die polnische Wirtschaft erheblich vergrössert. Die Gierek-Clique, die im Inland in großen Schwierigkeiten



Parole am Autobahnkreuz Duisburg-Kaiserberg

steckt, weil sie den Kapitalismus wiederhergestellt hat und sich an die neuen Zaren im Kreml verkauft hat, die Polen hemmungslos ausplündern, erhofft sich von diesen Geschäften eine Verbesserung der chaotischen Wirtschaftslage in ihrem Land; wie weit sie dabei mit dem Ausverkauf der Interessen des polnischen Volkes zu gehen bereit sind, zeigt die gleichzeitige Unterzeichnung eines Kulturabkommens, das den westdeutschen Imperialisten auch auf diesem Wege grosse Möglichkeiten gibt, ihren Einfluß in Polen auszudehnen und nach der Verwirklichung ihrer revanchistischen Ziele zu streben. Dies alles zeigt, daß der Besuch Giereks in der Bundesrepublik und die dabei getroffenen Maßnahmen weder im Interesse des polnischen noch des deutschen Volkes liegen.

Unsere Partei hat deshalb in der ganzen Bundesrepublik den Leitartikel der letzten Ausgabe des ROTEN MORGEN als Flugblatt verteilt. Schwerpunkt der Agitation und Propaganda waren natürlich Duisburg und Moers, wo sich Gierek durch eine Grubenfahrt auf der Zeche Rheinpreußen den westdeutschen Arbeitern als Freund anbiedern wollte. Schon am Tag vor dem Besuch Giereks wurde an allen Duisburger Großbetrieben das Flugblatt verteilt, an der Zeche Rheinpreußen natürlich ebenfalls. In der Innenstadt von Duisburg und Moers errichteten die Genossen der Partei Informationsstände. Auf den Zufahrtswegen zur Zeche und in der Innenstadt von Duisburg und Moers wurden Parolen gegen den Besuch Giereks gemalt.

Als die Genossen in Moers gerade ihren Informationsstand aufgebaut hatten, erschien die Polizei und verlangte, den Tisch abzuräumen. Die Genossen ließen sich aber nicht einschüchtern, sondern riefen Parolen, um die Passanten auf diesen Angriff aufmerksam zu machen. Sofort sammelte sich eine interessierte Menschenmenge an, die in der überwiegenden Mehrheit das Vorgehen der Polizei verurteilte. Ein junger Mann setzte sich energisch für die Partei ein. Die Polizisten wagten es daraufhin nicht mehr, einzugreifen und zogen samt der inzwischen eingetroffenen Verstärkung sang- und klanglos ab. Bei der Agitation und Propaganda in der Innenstadt von Duisburg erklärte sich ein zufällig vorbeikommender Vertrauensmann von Thyssen spontan bereit, bei der Verteilung der Flugblätter zu helfen. Ein Jugendlicher war so begeistert, daß er den Genossen seine Adresse gab und Mitglied der ROTEN GARDE werden will.

Der Besuch Giereks in der Bundesrepublik, sein Schacher mit den westdeutschen Imperialisten, hat mit der „Aussöhnung" zwischen dem deutschen und polnischen Volk, von der in diesen Tagen so viel die Rede ist, nichts zu tun. Die Freundschaft zwischen dem deutschen und polnischen Volk wird im gemeinsamen Kampf gegen unsere Unterdrücker und Ausbeuter verwirklicht.

22.6.1941 Hitler überfällt die Sowjetunion

Am 22. Juni 1941, vor 35 Jahren, überfielen die deutschen Faschisten die damals sozialistische Sowjetunion. Dieser Tag ist von besonderer Bedeutung, denn Hitlers Überfall auf die Sowjetunion war der Anfang von seinem Ende. Von diesem Tag an änderte sich grundlegend der Charakter des 2. Weltkrieges. Während bis 1941 der Krieg ein Krieg zwischen Imperialisten war, ein Kampf zwischen Räubern um Beute, war der Krieg gegen die Sowjetunion ein Angriff auf ein sozialistisches Land, ein Angriff auf das damalige Bollwerk der Weltrevolution. In dieser Situation war es die Pflicht der Völker und des internationalen Proletariats, alle Kräfte aufzubieten, um die Hitlerfaschisten zu schlagen und die Sowjetunion, das damalige Vaterland aller Werktätigen zu schützen. Mit der Roten Armee als Hauptkraft und mit Genossen Stalin an der Spitze gelang es, die Hitlerfaschisten niederzuringen und Europa von diesem Kriegsbrandstifter zu befreien.



Die Rote Armee marschiert in Prag ein und wird vom Volk als Befreierarmee begrüßt. Der Einmarsch der sowjetischen Truppen im Jahre 1968 hatte damit nichts gemein, sondern war ein imperialistischer Überfall auf die Tschechoslowakei, und wurde deshalb entsprechend vom Volk bekämpft.

Heute hat die Sowjetunion ihren Charakter grundlegend gewandelt und ist selbst zusammen mit den USA Imperialisten zu einem der beiden größten Kriegstreiber geworden. Die heutigen Herren im Kreml, die den heroischen Kampf der Roten Armee und der Völker für sich in Anspruch nehmen, haben mit diesem Kampf nichts gemein. Die Breschnew-Clique herrscht heute in der Sowjetunion selbst nach der Art Hitlers und hat die Sowjetunion zu einer imperialistischen Supermacht verwandelt.

New Yorker Universität bankrott

Vor kurzem wurde die New Yorker Universität, eine der größten der USA, geschlossen. Der Rektor der Universität erklärte während einer Pressekonferenz, daß sämtliche Geldmittel, über die die Universität verfügt hat, ausgegeben worden seien. Die Uni ist also pleite, und was bedeutet das für die rund 250 000 Studenten? Sie konnten nicht einmal das Semester zu Ende führen. Viele von ihnen befanden sich mitten in den Vorbereitungen für ihre Abschlußprüfung. Sie sind gezwungen, ihr Studium zu unterbrechen. Das bedeutet, daß sie auch erst später die Uni verlassen und ihren Beruf ausüben können.

Die Schließung der New Yorker Universität ist eine Folge der allgemeinen Finanzkrise, in der die Städte der USA stecken. Die Stadt New York ist im Grunde schon seit Monaten bankrott. Um aus diesem Krisenzustand herauszugelangen, verstärkt die Ford-Regierung immer mehr die Ausbeutung und Ausplünderung der werktätigen Massen und kürzt die verschiedenen Finanzmittel für öffentliche Dienstleistungen, wie z.B. für das Bildungswesen. Das hat dazu geführt, daß in verschiedenen Schulen in den USA der Unterricht abgebrochen worden ist und daß verschiedene Schulen bereits geschlossen worden sind. Weitere Schließungen von Schulen sind bereits angekündigt sowie die Schliessung von ungefähr 30 Krankenhäusern.

Mietwucherskandal in Kiel



Für dieses Loch von weniger als 6 qm 165 DM Miete!

Im März 1975 wurde in Kiel ein unglaublicher Mietwucherskandal aufgedeckt. Eine Türkin wohnte mit ihrer 8jährigen Tochter in einem weniger als 6 qm großen Zimmer unter dem Dach. Auf Grund der Dachschrägen konnten aber nur 4 qm voll genutzt werden. Das ist weniger, als einem Hund durch die Tierschutzvorschriften als Mindestfläche zusteht. Dazu kommt noch, daß die Toilette 6 Stockwerke tiefer lag und von 12 Mietparteien benutzt werden mußte. Für diesen Zwinger mußte die Frau 165 DM Miete zahlen, also 41,25 DM pro qm. Der Kieler Mieterverein stellte Strafantrag dagegen. Fast ein Jahr hörte man nichts mehr von diesem Fall. Warum? Der Staatsanwalt hatte nach sage und schreibe 11 Monaten festgestellt, daß kein Mietwucher vorliegt. Das ist eine Ungeheuerlichkeit, die die Empörung vieler Menschen hervorrief, die sich bei den Behörden beschwerten. Offensichtlich deshalb wurde dann eine Ordnungsstrafe von läppischen 500 DM gegen den Vermieter festgesetzt. Das ist reinster Zynismus, wenn man sieht, wie dieser Vermieter die Türkin ausgeplündert hat. Diese Ausplünderung wird vor allem gegen ausländische Kollegen angewandt. Von insgesamt 45 ähnlichen Fällen waren 1974 allein 21 ausländische Kollegen betroffen, und in den meisten Fällen sind die Vermieter vom Staatsapparat noch gedeckt worden. Von den 45 Fällen wurden 13 eingestellt, 2 wurden lediglich an die Staatsanwaltschaft weitergegeben.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

○ Ich möchte besucht werden. Ich bitte um Informationsmaterial ○
(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/4399137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20. Tel. 0511/445162. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 bis 19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5. Tel.: 0621/376744. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69. Tel.: 089/535987. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711/432388. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morger", Schererstr. 10. Tel.: 030/4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86. Tel.: 0234/511537. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln, (Köln 91), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Öffnungszeiten: Di-Fr 15.00-18.30 Sa 9-13 Uhr. Tel.: 0221 / 85 41 24.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16. Tel.: 0251/65205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.